

# ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

## Antisemit Scharon

Die Welt hält entsetzt den Atem an. Millionen stockt das Blut in den Adern angesichts des Amoklaufs der israelischen Soldateska in Ramallah und Bethlehem, überall im Westjordanland und im Gaza-Streifen. Tel Aviv behandelt UNO-Beschlüsse als Makulatur, tritt die Menschenrechte mit Füßen, gebärdet sich als rassistische Kolonialmacht, setzt den Weltfrieden aufs Spiel.

Aus den angeblichen „Vergeltungsschlägen“ ist längst ein Ausrottungskrieg gegen Palästinenser geworden.

Der Terrorist Scharon erweist sich de facto als der gefährlichste Antisemit dieser Tage. Nicht nur, weil seine reihenweise niedergemähten Opfer semitische Araber sind, sondern weil er mit seinem Blutbad in den okkupierten Gebieten weltweit auch die schlimmste antisemitische Welle seit Jahrzehnten auslöst. Die radikale Rechte triumphiert. Schon brennen in Frankreich Synagogen, richtet sich in vielen Ländern Haß gegen Juden, die fälschlicherweise mit dem Staat Israel und den dort herrschenden Zionisten gleichgesetzt werden. Scharon, der zu faschistischen Methoden greift und in Anlehnung an üble Leitbilder den „totalen Krieg“ verkündet, schändet das Andenken der Millionen Toten der Shoa. Er gefährdet zugleich die Überlebenden der Massenausrottung wie deren Nach-

kommen, indem er die ganze arabische Welt gegen Israel aufbringt und dessen staatliche Existenz riskiert. Erlügt, wenn er behauptet, erst die furchtbaren Anschläge der Selbstmordattentäter, deren Verzweiflungstaten immer wieder Unschuldige in den Tod reißen, hätten den „Abwehrreflex“ der mit modernsten Waffen bestückten israelischen Armee ausgelöst. In Wirklichkeit war General Scharon schon vor vielen Jahren der Henker von Sabra und Shatila – der palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon, in denen er Frauen und Kinder unterschiedslos massakrieren ließ.

Auch damals gab sich der Terrorist als Fahnder nach „Terroristen“. Erneut hat er nur auf einen Anlaß gewartet, um mit den Palästinensern abzurechnen, ihre autonomen Strukturen zu zerschlagen, ihre Kader zu vernichten und ihre Führer zu demütigen. Doch das Volk Palästinas kann zwar zeitweilig niedergeworfen, aber nicht dauerhaft besiegt werden. Denn es steht für eine gerechte Sache, für seine Unabhängigkeit, seinen künftigen eigenen Staat mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt und die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat.

Aber Scharon macht nicht nur Blut- und Boden-Politik auf eigene Faust. Der israelische Premier weiß genau, wie weit er gehen kann. Er kennt sein Hinterland. Die Hauptmacht des Imperialismus hat Israel all die Jahre ausgehalten und als Sprungbrett im Nahen Osten benutzt. Als Lunte am Pulverfaß. Sie hat es zu seinen Kriegen ermutigt, den Raub fremder Territorien abgesegnet, Tel Aviv auf Kolonialistenkurs gebracht und zugleich den Rauchvorhang „permanenter Suche nach einer Friedenslösung“ gelegt. Während die Feuer brannten und die Toten beerdigt wurden, gaben sich scheinheilige USA-„Vermittler“ die Klinke in die Hand. Scharon ist frech und aggressiv, weil er Washington und dessen militärisches Potential, weil er das amerikanische Kapital in seinem Rücken weiß. Der Amokläufer von Ramallah und der texanische Erfinder des „Krieges gegen den Terrorismus“ sind ein Paar Schuhe.

Als ich elf war, mußte ich „aus rassistischen Gründen“ die Schule verlassen. Als ich zwölf war, erfuhr ich davon, daß die gesamte Verwandtschaft meines Vaters Theresienstadt und Auschwitz nicht überlebt hatte. Deshalb warne ich vor dem Antisemiten Scharon!

Klaus Steiniger



### INHALT

Nachgelieferter Report	S. 2
Aus meiner Sicht	S. 3
Zwischentöne und Hintertürchen	S. 4
Zwei schlicht, zwei kraus	S. 5
Ein konkretes Verwirrspiel	S. 6
„Modifiziertes Gedenken“	S. 7
Eine absurde Idee	S. 7
Drei Berliner Lehrerinnen erinnern sich	S. 8
Die Sache mit dem Kreuz	S. 9
Stoiber schlagen!	S. 9
Marx und Lenin als Marginalien?	S. 10
Nick Wright in Berlin	S. 10
Schlüsse aus der Pariser Commune	S. 11
Verharmlosung	S. 12
„Mietwucher“ in der DDR	S. 12
Absage an den „Ultraimperialismus“	S. 13
Ein guter Auftakt	S. 14
Eine unakzeptable Kandidatin	S. 14
Was Dr. Tichauer beim Lesen fand	S. 14
Parteien in China	S. 15
Manöver gegen Simbabwe	S. 16
NATO kreist Rußland ein	S. 17
Japan rüstet auf	S. 17
„Westentaschen“-Atombomben	S. 17
Zu Afghanistan: Die Falle	S. 18
Havanna verlieh Heldentitel	S. 18
¡Presente!	S. 20
Leserbriefe	S. 21
Termine & Anzeigen	S. 24



Protest in Chicago: „Ich bin jüdisch und die israelische Regierung spricht nicht für mich.“

## Am Vorabend des 1. Mai 1953 auf der Zeche Centrum in Wattenscheid

# Nachgelieferter Rapport

Der in Recklinghausen lebende Autor dieser bisher unveröffentlichten Reportage schrieb uns: Mit Interesse habe ich die Nachbetrachtungen von Walter Florath aus dem Arbeitsleben in der DDR verfolgt. Ist es nicht wichtig und an der Zeit, zur „Vermehrung“ des Fuchses hin und wieder auch an das Leben von Malochern im „Goldenen Westen BRD“ retrospektiv zu erinnern? Als Beispiel lege ich Euch eine authentische Geschichte zum 1. Mai bei. Die geschilderte Bergung auf der Zeche Centrum in Wattenscheid dauerte vom 18. bis zum 30. April 1953. So geschehen wie geschrieben.

Wegen der Glaubhaftigkeit ganz nebenbei: Ich war u. a. Bergingenieur (grad.) und habe außer einem Bergmannsroman, den natürlich kein bürgerlicher Verlag veröffentlichen würde, noch einiges in der Schublade. Hier mein Bericht:

Ich bin zurückgekommen. Nach vielen Jahren. Ich wohne wieder im Revier.

Der Krieg hatte mich in den Kohlenpott geschwemmt, hatte mir Notunterkunft, Arbeit und fremde Stadt aufgezwungen. Aus Ruinen kam ich in fremde Ruinen. Mein Fluchen nutzte nichts. Ich lernte in die Hände zu spucken, fluchte kräftiger und schlug Wurzeln. Tiefe Wurzeln. Aus dem Schacht vertrieben, blieben die Wurzeln stecken. Ich bin zurückgekommen.

Ich laufe durch die alten Straßen. Nicht neugierig, nicht erwartungsvoll, nicht fremd. Wir erkennen uns wieder, die Stadt und ich. Seilscheiben surren nur noch auf einer Zeche. Da, wo ich jahrelang einfuhr, protzt ein Supermarkt. Da habe ich nichts mehr zu suchen.

Zum Friedhof will ich. Noch nie war ich dort. Auch nicht, wenn die schwarze Fahne auf unserem Förderturm gezeigt werden mußte. Heute will ich hin. Ich bin nicht wehmütig.

Vor der Leichenhalle Menschen, schwarz, steif. Ich haste vorbei, brauch keine Auskunft. Halblinks, dann muß ich hinkommen. In Richtung Direktorenvilla. Ihm knöpften sie ein Stück Park ab. Für die Toten aus Flöz Mausegatt. Zweige streifen mein Gesicht, lichten sich. Die Schritte werden langsamer. Ich bin richtig. Verharre.

Den Kopf tiefgesenkt, schon allein, aber noch sitzend, der Bergmann. Die Trauernde kniet aufrecht, stützend, noch nicht allein. Den Kopf geneigt, nicht gebeugt. Aus Mauerwerk der Sockel.

Sieben Gräber hinter dem Denkmal, seitlich zwei und drei noch angesetzt. Ein unterbrochenes Quadrat, nicht fertig geworden. Schlichte Steintafeln; nur Namen, in geduckten Blumenbüscheln. Schlichte Blüten, kräftige Farben. Rasen rings um die Gedenkstätte. Viel Rasen. Platz für viele Gräber – der Pütt ist längst dicht.

Die ersten Sieben arbeiteten in „Mausegatt“. Namen bekommen Gesichter. 13 Tage brauchten wir, um alle zu bergen. Paul Nowak fanden wir zuletzt. Otto Stobbe und ich scharften ihn frei; in unseren Staubmasken Parfüm. Paul mußte sofort tot gewesen sein. Wir schlugen Wettertuch um den Erschlagenen, zurrten Bindedraht um das Paket. Keiner sprach.

Ich dachte an die Frau, wollte ihr sagen, daß der Paul nicht gelitten hatte; zwei hat-



ten wir mit verzerrten Gesichtern gefunden. Ich war nicht bei der Frau. Dem Paul habe ich die Hände gefaltet.

Unser Drittführer, der Griese Potthoff, meldete durchs Telefon: Um 8 Uhr 11 Hauer Nowak tot geborgen. Wir desinfizierten Hände und Stiefel. Für 14 Uhr war die Trauerfeier angesetzt. Wir mußten uns beeilen. Auf dem Weg zum Schacht entgleiste der Teckel zweimal. Den Sarg hatten wir mit einer Wolldecke geschützt.

Da liegt Paul. Hier Käsken, der seine erste Schicht verfuhr. Bergjungmann übertage bis zu diesem verfluchten Aprilmorgen. Nach zwei Stunden schon unterm Bruch. Einer in Bayern angeworben. In der Mitte der Steiger. Mitbegraben auch Haß. Aber nicht die Wut, auch auf uns.

Dankschreiben an die Rettungsmannschaften. Hektographiertes Pathos. Kameraden nannten sie uns jetzt. Brave Kameraden, machtlos gegen höhere Gewalt. Anbei eine Prämie. Schuld ist der Berg, diktierte der Schuldige. Wir wußten es besser.

Machtlos ohne uns blieb Willi Agatz, der Bergmann im Landtag. Er klagte an, nannte Ursache und Namen. Der Staatsanwalt ermittelte gegen Willi, den Kommunisten.

Die Kumpels in den seitlichen Gräbern erwischte es in Flöz Sonnenschein. Schlagende Wetter. Hier liegt der Schwiegersohn von Hermann, dem Betriebsrat. Jung verheiratet, ein Kind unterwegs. Daran erinnert man sich zuerst; zerbrochene Leben werden verborgen weitergeschleppt. Acht Kumpels in den Flammen, sofort tot waren

nur zwei. Tage und Wochen nach der Explosion starben die anderen. Kohlenmonoxyd, heimtückisch; einige glaubten sich schon genesend. Den letzten Toten erwähnten die Zeitungen schon nicht mehr.

Nur fünf von ihnen liegen hier begraben. Einer in die Heimat überführt. Die beiden anderen sonderte der Glaube ab; Verwandte wollten, daß sie in katholischer Erde ruhen.

Die Trauerfeier für die verschütteten Kumpels fand noch auf dem Zechenplatz statt, wurde noch vom NWDR übertragen. Pferdewagen voller Kränze. Viele rote Schleifen. Ihre Aufschriften kontrollierten schon wieder Achtgroschenjungen. Mein Kumpel und ich sollten den Kranz der DKBL (Deutsche Kohlenbergbauleitung) tragen.

Ehre für 13 Tage Einsatz, vielleicht auch für schweigendes Mitmachen. Schüler im Bergkittel rissen uns die „Ehre“ aus der Hand.

Ich atmete auf. „Wir hauen ab“, sagte Heinz nur. Der Pickhammer brauchte noch Informationen. Unsere Betriebszeitung mußte raus, tagsdrauf war 1. Mai\*. Die Genossen druckten die ganze Nacht; Heinz und ich gingen zu den vielen in den Kneipen.

Ich bin zurückgekommen.

Stehe vor einem Denkmal.

Schuld ist der Berg diktierten sie. Wir wußten es besser.

Es muß ein Mahnmal sein! Die Faust bleibt unten; ich hebe den Kopf, blicke wieder fest nach vorn. **Hans-Dieter Hesse (Juli 1977)**

## Der Weg eines Arbeiters in der DDR (1)

# Aus meiner Sicht

Unser Autor, von Beruf Spinner (Kunstfaserfachtarbeiter), später Betriebszeitungs- und Lokalkorrespondent, nach der Konterrevolution Tag- und Nachtwächter, gehört heute zum Gestaltkollektiv der PDS-Zeitung „Der Vogtlandbote“, die ihren Lesern kürzlich den „RotFuchs“ vorstellte.

Wir veröffentlichen eine gekürzte Fassung seines autobiographischen Berichts „Aus meiner Sicht oder die andere Seite der Medaille/Episoden, Erinnerungen, Beobachtungen, Überlegungen, Gedanken, Fragen eines DDR-Durchschnittsbürgers“.

Die aktuelle Darstellung der DDR in der deutschen Politik und in den deutschen Medien hat bei mir Zweifel aufkommen lassen, ob ich in dem Land wirklich gelebt habe. Ich bin am 8. Januar 1939 in Plauen (Sachsen) geboren und habe die Stadt bis auf Ausflüge, Urlaubsreisen, Armeedienst oder zum Pilzesuchen und Heidelbeerpflücken nicht verlassen. Dem Land kehrte ich nur wenige Male und dann nur kurzzeitig bei Absteuern ins Ausland den Rücken zu. Ich habe also die DDR von ihrem Beginn bis zu ihrem Ende erlebt. Allerdings nicht so, wie in Presse, Funk und Fernsehen „dokumentiert“. Meinen Lebenslauf habe ich aufgeschrieben, um von mir Vergessenes in Erinnerung zu rufen. Und für viele, viele andere auch.

Ich habe mein Leben – ein millionenhaftes Leben – geschildert, um die andere Seite, die prägnante Seite der Medaille – der DDR – darzustellen. Aus meiner Sicht.

Als Kind war ich zur vielmaligen Nutzung des Gemeinschaftskellers gezwungen, der Ende 1944/Anfang 1945 während der angloamerikanischen Bomberangriffe als Schutzraum diente. Weil das des öfteren auch nachts geschah, haßte ich diese Kriegsmaschinen und die Männer, die sie flogen, ob des geraubten Schlafes. Später begann ich auch jene zu hassen, die die Bombardierungen, die Zerstörung von Fabriken und Häusern, die Tötung eines meiner Freunde und anderer heraufbeschworen hatten.

Die letzten Wochen des Krieges verbrachten wir bei Verwandten in einer 15 km entfernten Kleinstadt. Dort war vom Schlachtenlärm nichts zu spüren. Bis auf den 10. April 1945. Vor Mitternacht wurde ich durch Geräusche im Haus wach. Meine Mutter, mein Bruder und meine Verwandten eilten ins Freie. Ich hinterher. Fernab am Horizont waren grell leuchtende „Christbäume“ zu sehen, die langsam zu Boden schwebten. Es war ein herrliches Feuerwerk. Dazu hörte man dumpfe Laute. Fünf Wochen später konnte ich nach einem dreistündigen Fußmarsch die Folgen des „Feuerwerkes“ sehen: Alles lag in Trümmern.

Bald kam für mich der „Ernst des Lebens“ – die Schule. Ich weiß nicht, was mich bewog, diesen Ernst ernst zu nehmen. Ich war wissensdurstig und fand an allem Gefallen, was mir der Unterricht bot. Und ich lernte zugleich profane Dinge zu besorgen – Lebensmittel. Im Sommer Getreideähren von abernteten Feldern (manchmal auch mit der Schere vom Halm), im Herbst mit Rucksack und Harke Kartoffeln von geräumten Schlägen (bisweilen mit der Hand aus den Furchen). Es war der Hunger, der mich und andere dazu trieb, weil die Zuteilungen auf Lebensmittelkarten nicht reichten. Und auch

der Brennstoff war knapp bemessen. Deshalb strebte ich gleich nach der Schule zum nahegelegenen Bahnhof, wo Briketts von Wagons auf Lastkraftwagen der Kohlenhändler geschaufelt wurden. Was daneben fiel, sammelten wir Kinder ein. Auch auf LKW verladene Weißkrautköpfe „flogen“ uns in die Arme. Einmal hatte ich im Beschaffungseifer vergessen, mein blaues Pionierhalstuch abzulegen. Dabei gehörte es doch zu unseren Geboten, nicht zu stehlen. Aber: Was damals wirklich Diebstahl? Aus heutiger Sicht handelte es sich – auf neudeutsch – um „Peanuts“. Denn: Was ist die Plünderung einer Bank gegen die Gründung einer Bank? Was sind ein paar geklaute Äpfel, Kartoffeln, Briketts und Weißkrautköpfe gegen die Aneignung fremder Betriebe und Ländereien, gegen die massenhafte Veruntreuung von Fördermitteln und die Annahme von „schwarzen Parteispenden“ in Millionenhöhe?

Nach der Schule verbrachte ich viel Freizeit in der Pionierorganisation beim Basteln, beim Modellbau und beim Singen. Auch „ernste“ Versammlungen gab es. Und in unserem Garten war ich oft. Anbau und Pflege von Kartoffeln und Gemüse kosteten Kraft. In den Sommerferien war ich fast jedes Jahr zwei oder drei Wochen in Pionierzeltlagern.

Ein für mich merkwürdiges Ereignis trug sich damals zu. Da ich keine ordentlichen Straßenschuhe besaß, stolperte ich, weil ich spät dran war, noch im Herbst mit Holzlatzchen die Treppe zu meinem Klassenzimmer hinauf. Dabei kam mir der Direktor in die Quere. Zur nächsten Pause hatte ich einen Bezugschein für ein Paar Schuhe im Ranzen. Diesmal waren sie schwarz und obendrein lackiert.

Mit den Jahren vergingen Hungern und Frieren. Das Leben kam in normale Bahnen: erfolgreicher Abschluß der Grundschule, Beendigung der Lehre, Arbeit. Kunstfaserfachtarbeiter. Eigentlich sollte ich – von der Schule aus – das Abitur machen und dann studieren. Von meinem Jahrgang noch elf andere. Aber alle wollten so schnell wie möglich Geld verdienen und sagten ab. Einigen von ihnen blieb im Laufe ihres Berufslebens ein Studium oder Fernstudium jedoch nicht erspart. Auch mir nicht.

In den Jugendjahren wurde mein Betrieb für mich zum zweiten Zuhause. Fernseher waren damals rar und sündhaft teuer, Mopeds und andere Maschinen auch. Jugendklubs und Diskos gab es noch nicht. So unterhielten wir Jungen uns selber. In der Gesellschaft für Sport und Technik machte ich meinen Motorradschein und lernte mit einem KK-Gewehr umzugehen. Im Betriebschor trainierte ich meinen Tenor. In der Freien Deutschen Jugend wurde ich auch mit politischen Dingen

vertraut gemacht. Und nicht zuletzt hat die Schauspielerei im Laienzirkel des Betriebes



mein Leben ausgefüllt. Mit mimischen und musikalischen Talenten habe ich dazu beitragen können, die Kolleginnen und Kollegen bei Betriebsfeiern und zu anderen Anlässen kulturell zu unterhalten. Im Deutschen Turn- und Sportbund war ich nur zahlendes Mitglied. Es war Usus, der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft anzugehören. Und weil ich ein Herz für die Alten hatte, bin ich obendrein auch noch der Volkssolidarität beigetreten. Außer dem Demokratischen Frauenbund Deutschlands gab es zu dieser Zeit wohl keine Massenorganisation, der ich nicht angehört hätte. Anderen ging es ähnlich.

Aus Presse, Funk und Fernsehen – auch den Westsendern – erfuhr ich von internationalen Kontroversen und Konflikten, von Untrieben sudetendeutscher und schlesischer Landsmannschaften in der BRD, von Drohungen bundesdeutscher Politiker, Militärs und anderer „Alleinvertreter“ aller Deutschen. Forderungen nach Einverleibung der DDR, nach Revision der nach dem Zweiten Weltkrieg – auch durch Beschlüsse der Siegermächte – in Europa entstandenen Realitäten, darunter nach Rückgabe polnischer und tschechischer Gebiete an die Initiatoren und Gewinner des Krieges, haben mir Angst gemacht. Konnte das zu einem neuen Krieg führen? Diese Frage hat mich allerdings nicht bewegt, zur Nationalen Volksarmee zu gehen. Als man mich aber darauf ansprach, bedurfte es keiner langen Überlegung. Ich war gerade 21.

Zweieinhalb Jahre habe ich gedient. Es waren keine verlorenen Jahre. Trotz mancher Härten und Entbehrungen. Die plötzliche Schließung der Grenzen zu Westberlin und der BRD am 13. August 1961 hat mich um einen Urlaub im Kreis der Familie gebracht. Und sie trug mir einen dreimonatigen Einsatz im Südwesten der Republik zu Grenzsicherungsarbeiten bei gleißender Sonne und strömendem Regen ein. Ich sah die Notwendigkeit dieser Maßnahme ein. Das hat mir die Strapazen erträglich gemacht. Damals stellte ich mir vor, irgendwann einmal an der Beseitigung der Sperrrenn mitzuarbeiten, wenn die internationalen Beziehungen und die Lage sie überflüssig machen würden. Drei Jahrzehnte später ist die Mauer ohne mein Zutun abgeräumt worden, obwohl die Verhältnisse nicht so waren, wie ich sie für notwendig erachtet hätte. Dafür ist die Mauer in den Köpfen der „Brüder und Schwestern“ aus West und Ost um so höher geworden.

Die enormen Anstrengungen vieler Werktätiger in meinem Land, die nach dem Mauerbau entstandenen Scharten in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der BRD und der DDR zu stopfen, die vielen Initiativen, den Embargos kapitalistischer Staaten uns gegenüber zu widerstehen, haben mich bewegt, in die Partei einzutreten, die die Hauptverantwortung für die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR trug. Zu einer Truppenübung im Frühjahr 1962 stellte ich den Antrag um Aufnahme in die SED. Die beiden relevanten Daten hierzu muten spaßig an: Am 1. April wurde ich Kandidat, am 31. Oktober, dem Reformationsstag, Mitglied. **Siegfried Joch**

**Gewerkschaftsdemonstration in Bratislava: „Kommunisten, kommt zurück!“**

## Rostocker PDS-Parteitag: Auftakt zum Bundestags-Wahlkampf

# Zwischentöne und Hintertürchen

Mit ihrem in Rostock beschlossenen Programm zur Bundestagswahl unterscheidet sich die PDS deutlich von ihren politischen Konkurrenten. Um sich mit „6 plus x Prozent“ als drittstärkste parlamentarische Kraft zu etablieren, setzt sie auf drei Trümpfe: 1. Mit ihrem NEIN zur kriegerischen (Pseudo-)Lösung von Konflikten bekräftigt sie ihren Anspruch als Friedenspartei. 2. Mit der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit stellt sie sich als Interessenvertreterin von Unterprivilegierten, Bedrängten und Ausgegrenzten dar. Und 3. verspricht sie, die gesamte Legislaturperiode über als „klare Oppositionskraft“ für gesellschaftliche Veränderungen zu wirken, statt durch Regierungsteilnahme mitverantwortlich zu werden für eine unsoziale, nun schon bis zur Mitwirkung an militärischen Aggressionen pervertierte Politik. Ein solches Programm entspricht dem Denken, Fühlen und Wollen breiter Schichten. Es bietet reale Chancen, im Osten die Mehrheit der abgegebenen Stimmen zu gewinnen. Und auch im Westen läßt sich damit Wirkung erzielen, insbesondere bei enttäuschten bisherigen Wählern von SPD und Grünen.

War der Rostocker Parteitag also ein guter Start in den Wahlkampf?

Man könnte das bejahen – wären da nicht gewisse Zwischentöne, wie sie in Rostock anklangen und weiterhin vernehmbar sind. Die wecken zumindest Zweifel hinsichtlich der Verlässlichkeit des namens der PDS Zugesagten. Und sie nähren die Befürchtung, daß sich nach der Wahl – wie im parlamentarischen System bürgerlicher Machart üblich – vorher Versprochenes als unverbindlicher Versprecher erweist. Bereits während des Parteitages klang an, daß PDS-Spitzenpolitiker die im Wahlprogramm zugesagte Weigerung, sich an Kriegspolitik zu beteiligen, zu unterlaufen gedenken. So wartete Fraktionschef Claus mit der Floskel auf, die PDS müsse „auf der Suche nach eigenen Vorschlägen zur Friedenssicherung bleiben“, was nicht „Stillgestanden für den Frieden“ bedeute. Das hörte sich nicht nur fast schon wie „Frieden schaffen – auch mit Waffen“ an, sondern war auch so gemeint, wie Parteichefin Zimmer prompt verdeutlichte: Die plädierte nämlich unverhohlen für die Entsendung einer „UN-Schutztruppe“ in den Nahen Osten. Womit sie sich über den (nach wie vor gültigen) konsequenten Antikriegsbeschluß des Münsteraner PDS-Parteitages von 1999 hinwegsetzte, der wohlweislich selbst UN-Mandatierung als Feigenblatt für militärische „Friedens-erzwingung“ ausschloß. Ist es doch spätestens seit der Kosovo-Invasion unter „UNO“-Ägide ein offenes Geheimnis, daß das Signum der Vereinten Nationen bisweilen nur als Synonym für NATO Verwendung findet. Übrigens: Weder Claus' versteckte Abkehr noch der unverhüllte Richtungswechsel von Frau Zimmer stießen bei den Delegierten in Rostock auf Einwände – ein aufschlußreiches Indiz dafür, wie weit es die „Reformer“ bei der Zähmung ihrer Partei bereits gebracht haben. Auf welche praktischen Konsequenzen diese „Korrektur“ hinausläuft, ließ schon tags darauf der PDS-Politiker und Vizeminister-

präsident von Mecklenburg-Vorpommern, Holter, verlauten. Der distanzierte sich gleich einmal von der gerade beschlossenen Oppositionsstrategie seiner Partei und schwadronierte von Kompromißmöglichkeiten auch in der Außen- und Sicherheitspolitik, wenn nach der Wahl sicherer ein Eintritt der PDS in eine Koalitionsregierung mit SPD und Grünen geboten sei. Klartext Holter: Die PDS müsse die Realitäten anerkennen, daß Deutschland zur NATO gehöre und sich an Militäreinsätzen „mit UNO-Mandat“ (?) beteilige. Und um ob solcher Direktheit mögliche Schockwirkungen bei einem Teil der PDS-Mitglieder und -Wähler abzufedern, verstieg sich Holter zu der Verheißung, durch eine Regierungsbeteiligung im Bundesmaßstab könne die PDS auf einen Abbau des militärischen Engagements der BRD hinwirken. Das umschließe selbst die Frage eines deutschen Ausstiegs aus der NATO oder einer NATO-Reform! In solcher Kraftmeierei gefällt sich ein Mann, der es – in seinem Bundesland mitregierend – noch nicht einmal dort vermochte, die Einhaltung des Koalitionsvertrages durchzusetzen. Erinnert sei hier nur an die wortbruchartige und die PDS überfahrende Zustimmung des SPD-Ministerpräsidenten Ringstorff zur Rentenreform im Bundesrat. Nun jedoch sollen laut Holter die in solchen Fällen erst hilflos, dann folgsam reagierenden PDS-Vertreter sogar grundlegenden Einfluß auf die Veränderung der NATO-Strategie nehmen – „in jedem Falle eine Entmilitarisierung der Außenpolitik“ bewirken. Welche Lachnummer, weiß doch inzwischen jedes Kind, daß ohne bedingungslose Zustimmung zur NATO und zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung keine Partei in dieser Bundesrepublik jemals „regierungscompatibel“ wird; es sei denn, es käme zu einer Revolution. Man braucht nicht lange zu rätseln, was PDS-Politiker vom Schlage Holters zu solcher Kompromißbereitschaft in der Krieg-Frieden-Frage treibt. Es ist ihr unbezähmbarer Drang, endlich auch auf Bundesebene Ministersessel besetzen zu dürfen. Ihr politischer Ehrgeiz speist sich nicht zuletzt aus jener Quelle, die in vornehmer Umschreibung „integrative Wirkung von Parlamentsmandaten und Regierungssitzen“ genannt wird, aber nichts anderes bedeutet als die Geneigtheit, sich durch das herrschende System korrumpieren zu lassen.

Von solcher Neigung befallen sind beileibe nicht bloß eilige Vorpriester wie Holter. Sie wird auch von PDS-Vorständlern wie Parteichefin Zimmer und Bundesgeschäftsführer Bartsch geteilt, die derzeit zwar verbal einen Regierungseintritt im Bund bereits 2002 als „spekulativ“ zurückweisen, ihn „mittelfristig“ jedoch anstreben – und sich zugleich eine Hintertür für frühere Termine offenhalten. Bot Frau Zimmer unlängst noch ihre Partei als „Alternative zu Schröder und Stoiber“ an (ND 22.

1. 02), so wird nun verkündet, daß die PDS Schröders erneute Kanzlerschaft nicht verhindern werde, „wenn Stoiber droht“: Sollte das Wahlergebnis keine ausreichende Mehrheit für eine Neuaufgabe der derzeitigen Koalition ergeben, dann wäre die PDS als „Zünglein an der Waage“ bereit, dem Kriegskanzler Schröder wieder in den Regierungssattel zu verhelfen. Daß man solchen Liebesdienst nicht selbstlos leistet, sondern dafür Honorar einfordert, ist eine politische Binsenweisheit. So könnte der „Zeitplan Holter“ vielleicht doch realisierbar werden. Zusammen natürlich mit der dann unumgänglichen Preisgabe jener Positionen, von denen es im Wahlprogramm der PDS hieß: „Darauf können sie (die Wählerinnen und Wähler) sich verlassen.“ NATO-Abstinenz und Oppositionsrolle wären in einem solchen Falle ersatzlos zu streichen.

Mag sein, daß Schröders Partei nach dem 22. September noch mit den Grünen als folgsamem Koalitionspartner auskommt und PDS-Hilfsdienste nicht benötigt. Dann gilt für Zimmer, Bartsch, Claus und Co. nur, daß aufgeschoben nicht aufgehoben heißt. Nach der Wahl ist ja auch wieder vor der Wahl. Und wovon sich die politischen Kursbestimmer der PDS in den vier Jahren bis dahin leiten lassen, hat Vordenker André Brie schon mal ausgeplaudert: „Bis 2006 wollen wir uns weitere realistische Positionen (!) erarbeiten sowie unsere demokratische Verlässlichkeit (!) unter Beweis stellen.“ (Schweriner Volkszeitung, 18. 3. 02) Womit die PDS dann auch in der Außen- und Sicherheitspolitik den Grünen dicht auf den Fersen wäre. Auf sie träfe noch mehr zu, wovor die Parteitagsdelegierten durch linke Sozialisten gewarnt wurden. In einem Appell „Schluß mit Unterwürfigkeiten!“ hatten diese kritisiert, daß die Reformpolitik der PDS zunehmend konturlos werde und nicht mehr erkennen lasse, „daß sie als Fernziel eine sozialistische Gesellschaftsordnung erstrebt“.

Den PDS-Oberen ein solches Fernziel überhaupt noch zuzumuten, muß heute schon als völlig unangebrachte Empfehlung bezeichnet werden. Selbst im ND (vom 22. 1.) war die Erkenntnis nachzulesen, daß „radikale Gesellschaftsreformen anzustreben und gleichzeitig Regierungsverantwortung im Auge zu haben, sich eigentlich ausschließt“. Das Rostocker Motto „Die linke Kraft“ ist da bloßes Dekor.

Wolfgang Clausner



## Der Berg kreißte und gebar ein Mäuslein

# Zwei schlicht, zwei kraus

Als pflichtbewußte Kommunisten müssen wir uns auch mit „programmatischem Gestolper“ (RF 50, S. 5) auseinandersetzen, wenn es denn das Ergebnis der (anderthalbjährigen!) Arbeit einer vom Parteivorstand der DKP eingesetzten Programmkommission ist. Sie machte sich diese Mühe, obwohl es bereits seit Januar 1993 mit den „Thesen zur Programmatischen Orientierung“ ein brauchbares Programm skelett gibt, das eine kleine Arbeitsgruppe marxistisch-leninistisch gebildeter Genossinnen und Genossen in kurzer Zeit aktualisieren und mit dem notwendigen „Fleisch“ hätte versehen können.

Hier nun einige Gedanken, die ich beim Durchlesen der „Ersten Grundlagen zur Diskussion und Erarbeitung eines Programmentwurfs“ zu Papier brachte.

Zum II. Kapitel „Imperialismus heute“: Ohne auch nur den Versuch zu machen, Lenins Imperialismus-Analyse anzuwenden, zu untersuchen oder gar zu kritisieren, wird gleich am Anfang dieses Abschnitts behauptet: „Die kapitalistische Gesellschaft befindet sich offensichtlich in einer neuen imperialistischen Entwicklungsphase ...“ Wohl zum quantitativen Beleg der neuen Qualität werden nach flüchtiger Zählung genannt: transnationale Konzerne (außer in zwei Überschriften) im Text 12 x, transnationales Kapital 8 x, transnationales Finanzkapital 2 x, transnationale Finanzgruppen 2 x, transnationale Kapitalgruppen 2 x, transnationaler Monopolkapitalismus 2 x usw. Es wird behauptet, daß diese transnationalen Phänomene „die Regulierungsfunktion der Nationalstaaten“ (und zwar nicht etwa nur der abhängigen und ausgebeuteten, sondern auch und gerade der imperialistischen Staaten!) „untergraben und entwerten“. Weiter wird behauptet: „Investmentbanken, Rating-Agenturen und Investitionsfonds erhalten eine herausragende Stellung. Sie sind die neuen Kommandohöhen der Weltwirtschaft.“ Soll das alles heißen, daß der Hauptfeind nicht mehr im eigenen Land steht, daß er also für deutsche Kommunisten nicht mehr der deutsche Imperialismus ist?

Zum III. Kapitel „Der deutsche Imperialismus – Partner und Konkurrent“: Im Programm einer kommunistischen Partei wäre dies eine etwas irritierende Überschrift – der Imperialismus als Partner? In diesem Kapitel findet sich die abenteuerliche Behauptung: „Die Rolle der G7-Staaten besteht darin, die Umstrukturierung des eigenen Territoriums nach den Kriterien und den Interessen des transnationalen Kapitals voranzutreiben ...“ Und weiter: „Europa wird den Profit- und Machtinteressen des transnationalen Kapitals unterworfen, ohne daß die widerstreitenden Interessen der transnationalen und der nationalen Bourgeoisien aufgehoben werden.“ Frage: Was sind „transnationale Bourgeoisien“?

Zum V. Kapitel: „Widerstand gegen Sozial- und Demokratieabbau – für Reformen und gesellschaftliche Veränderungen“: Die superlange Überschrift klingt ausgesprochen reformistisch, und das Kapitel ist auch danach. So muß man lesen: „Die Zurückdrängung und schließliche Überwindung der

Herrschaft dieses mächtigen Teils der Bourgeoisie ist deshalb die entscheidende Voraussetzung für die Öffnung des Weges zum Sozialismus.“ Oder: „Die DKP hält es für möglich und erstrebenswert, daß im Ergebnis des antimonopolistischen Kampfes grundlegende antimonopolistisch-demokratische Umgestaltungen durchgesetzt werden können, die den Weg zum Sozialismus freimachen.“

Zum VI. Kapitel „Der Sozialismus“: Als ob es nicht einen riesigen theoretischen und praktischen Wissens- und Erfahrungsschatz gäbe, als ob die Klassiker des Marxismus-Leninismus für die Katz' geforscht, analysiert und geschrieben hätten, als ob es die weltgeschichtlichen Leistungen und Erfolge der Sowjetunion beim Aufbau des Sozialismus nie gegeben hätte, als ob die DDR, die bisher größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung (wer wüßte eine vergleichbare?), mit zahlreichen vorbildlichen Dingen und Einrichtungen vergessen wäre, beginnt dieses Kapitel: „Was tritt an die Stelle der bisherigen Gesellschaft? Jede heutige Vorstellung von der neuentstehenden Gesellschaft, ihren möglichen Institutionen usw. kann nur vorläufig sein ... Wir können heute nicht voraussagen, welche sozialen Bewegungen und Kräfte künftig unter welchen konkreten historischen Bedingungen agieren werden, wenn die Frage des Sozialismus direkt steht. Dies betrifft Übergangsformen ebenso wie die Gestaltung der neuen Gesellschaft.“

Sehr auffällig ist die panische Angst vor der Verwendung von (für Kommunisten) selbstverständlichen Begriffen wie Marxismus-Leninismus, sozialistische Revolution und Diktatur des Proletariats. Dafür muß man die (für uns) unmögliche Sentenz lesen: „Letzten Endes wird der Sozialismus sich nur dann geschichtlich bewähren, wenn er zur Formation der Weltgesellschaft wird ...“

Unter der Zwischenüberschrift „Erfahrungen berücksichtigen“ erfolgt – immerhin – eine äußerst knappe Würdigung von Sowjetunion und DDR: „Die Oktoberrevolution gab der Menschheit das Signal zum Aufbruch in eine neue weltgeschichtliche Epoche. Unter ungünstigsten Ausgangsbedingungen wurden in der Sowjetunion und später in weiteren sozialistischen Staaten großartige Leistungen vollbracht.“ Und: „Die Existenz der DDR hat auf deutschem Boden nach 1945 vierzig Jahre der Macht des Kapitals Grenzen gesetzt. Die Existenz der DDR hat eine nicht aufzuhebende historische Dimension: Als sozialistische Alternative zum Imperialismus der BRD.“

Warum wird hier ausdrücklich (zweimal!) nur die „Existenz“ der DDR gewürdigt und nicht die DDR selbst mit ihren zahlreichen Errungenschaften? Ist es nicht der Erwähnung wert, daß die DDR ein friedliebender und antifaschistisch-demokratischer Staat war, in dem es keine Arbeitslosigkeit gegeben hat und in dem ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit verwirklicht wurde, weil mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel der kapitalistischen Ausbeutung ein Ende gesetzt worden war? (Um mit Peter Hacks zu sprechen: All' die sozialen

Probleme, mit denen sich die BRD herumschlägt, hatte die DDR nicht – sie war eben eine Epoche weiter! Und: „Wessen sollten wir uns rühmen, wenn nicht der DDR?“)

Während solches fehlt, folgt im Entwurf des Entwurfs dafür eine um so ausführlichere Besprechung von „Fehlern und Irrtümern“. Dazu zählt der Entwurfsentwurf „die Geringschätzung politischer und bürgerlicher Rechte und die Verabsolutierung der Rolle der kommunistischen Partei und ihrer ‚Führungsrolle‘ beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft“.

Was hat im Programm einer deutschen kommunistischen Partei der lapidare, die Sowjetunion betreffende Satz zu suchen „Es kam in der Stalinzeit zu Verbrechen, die nicht zu rechtfertigen sind“? Soll vergessen gemacht werden, daß die Sowjetunion gerade in dieser Zeit (unter größten Opfern) die vorher gewürdigten „großartigen Leistungen“ erbracht, den Sozialismus in einem fast hoffnungslos rückständigen Land errichtet, den Sieg über den deutschen Faschismus und mit ihm die Befreiung Europas errungen, den Wiederaufbau des furchterlich zerstörten europäischen Teils des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg vollzogen hat?

Unter der Zwischenüberschrift „Die Rolle der kommunistischen Partei im Sozialismus“ wird, als hätte man mit dem Begriff der Diktatur des Proletariats auch dessen Inhalt verdrängt, (die Erkenntnis, daß nach dem Sieg der Revolution die konterrevolutionären Bestrebungen des Klassenfeindes um jeden Preis unterdrückt werden müssen), blauäugig phantasiert: „Ihre Aufgabe wird es sein, im Wettstreit mit anderen politischen Kräften um die besten politischen Ideen und Initiativen immer wieder aufs Neue das Vertrauen des arbeitenden Volkes zu erringen.“

Zum VII. Kapitel „Die DKP“: Das krampfhafte Bemühen, den Begriff „Marxismus-Leninismus“ zu vermeiden, treibt Blüten: „Theoretische Grundlage des politischen Wirkens der DKP ist die wissenschaftliche Weltanschauung, deren Fundamente im Wesentlichen von Marx, Engels und Lenin erarbeitet wurden.“ Das ist beliebig unscharf, also das Gegenteil einer Definition. Was heißt „im Wesentlichen“? Welche Einschränkungen oder Erweiterungen hat man sich vorzustellen? Wenn nur die Fundamente (auch noch unscharf) beschrieben werden, wie soll man sich dann die auf ihnen errichtete „wissenschaftliche Weltanschauung“ ausmalen? An anderer Stelle heißt es, Marx, Engels und Lenin hätten den Marxismus als Weltanschauung begründet. Wird der Begriff des Leninismus in der Bezeichnung dieser Weltanschauung vielleicht deswegen unterdrückt, weil man sich von den über Marx und Engels hinausweisenden Arbeiten Lenins (insbesondere der Imperialismus-Analyse sowie der Partei- und Revolutionstheorie) distanzieren will? Eine letzte Frage: Warum beläßt man es nicht bei der schon im „Manifest der Kommunistischen Partei“ ausgegebenen Lösung: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“?

Horst Mette, Ebersberg (Südbayern)

## Über kolonialistischen Zionismus und progressiven Antizionismus (1)

# Ein konkretes Verwirrspiel

*Die Spitze des antisemitischen Spießes der Nazi-Zeit, nur eben umgedreht, wird gegenwärtig vom USA-gestützten Israel todringend gegen die gleichfalls semitischen Palästinenser eingesetzt. Ausgangspunkt ist die kolonialistische Ideologie des Zionismus. Diesen hatte der seinerzeit maßgebende SPD-Theoretiker Karl Kautsky als „objektiv anti-semitisch“ charakterisiert: „Zionismus ist eben keine fortschrittliche, sondern eine reaktionäre Bewegung“ (Rasse und Judentum. 1921).*

Weltweit hochschwappender Antisemitismus hatte an der Wende zum 20. Jahrhundert den jüdischen Großbürger Theodor Herzl (1860-1904) alarmiert. 1896 präsentierte er seine Schrift „Der Judenstaat“. Zur Lösung der Judenfrage wurde darin eine kolonialistische Variante ins Spiel gebracht: der Zionismus. Sofort widersprachen sozialistische, liberale, auch messianisch orthodox orientierte Juden. Unterstützt wurden sie von fortschrittlichen nichtjüdischen Persönlichkeiten. Die Antizionisten fanden weithin Gehör. Die Mehrheit der Juden lehnte über Jahrzehnte den Zionismus ab. Parallel war der jahrhundertalte religiöse Anti-Judaismus in rassistischen Antisemitismus hinübergewachsen. Während dieser auch von Linken vornehmlich als ein Überbleibsel aus düsterster Vergangenheit gesehen wurde, erkannte Rosa Luxemburg, daß es sich um Neues handelte, um eine Ideologie des aufkommenden Imperialismus. Dementsprechend müsse dem Antisemitismus, wie jedem Rassismus, klassenkämpferisch entgegengetreten werden. Angesichts des mächtigen Gegners habe die Arbeiterbewegung in den verschiedenen Staaten, geschlossen und durch keine Nationalismen auseinanderdividiert, dabei voranzugehen.

Seitdem sind mehr als 100 wechselvolle Jahre vergangen. Der Imperialismus verfolgt mit weiter zunehmender Brutalität seine menschheitsfeindlichen Ziele. Die USA, zur Zeit einzig verbliebene Supermacht, greifen waffenstrotzend nach Alleinherrschaft über die Welt.

In dieser Situation veröffentlicht „konkret“, Hamburg 2001, zum Teilaspekt Nahost, der wegen des dortigen Schnittpunktes von Europa, Asien und Afrika geostrategisch für Washington besonders wichtig ist, den „Text 29“: Mit H. G. Gremliza als Herausgeber erscheint die Aufsatzsammlung „Hat Israel noch eine Chance? – Palästina in der neuen Weltordnung“. Der zweite Titel liest sich so, als wäre jene bereits Tatsache. Manch Älterer erinnert sich dabei des vorangegangenen rücksichtslosen Anpeilens einer gleichfalls „neuen Weltordnung“ – ... „und morgen die ganze Welt!“, sangen die Nazis. Das allerdings hatte für das Vorherrschaft beherrschende Großdeutschland unter Strömen von Blut und Tränen in desaströsem Zusammenbruch geendet. Dessen ungeachtet wird unter Gremlizas Obhut dem seit mehr als einem halben Jahrhundert landnehmenden USA-Satelliten Israel das Wort geredet. Philosemitischer geht's nimmer!

Philosemitismus? Dieser oder jener wird daher sagen, weshalb nicht? Nur, was ist Phi-

losemitismus? Schon 1891 hatte der Brüsseler Kongreß der Zweiten Internationale auf Antrag des aus jüdischer Familie stammenden Gründers der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, Victor Adler (1852-1918), in einem Beschluß festgestellt, zwischen Philo- und Anti-Semitismus gebe es keinen Unterschied. Doch warum in die Vergangenheit streifen? Erst vor kurzem hat der jüdische, betont bürgerliche Direktor des Moses-Mendelssohn-Zentrums Potsdam, Prof. Julius H. Schoeps, in einem Zeitungsinterview hervorgehoben: „Philosemitismus, dem wir allerorts begegnen, ist die Kehrseite des antisemitischen Vorurteils. Es ist dieselbe Münze, nur eben die andere Seite.“ (ND 26./27. 1. 02)

In Deutschland wird aufgrund miserabler Nach-Shoa-Gewissen oft ohne viel nachzudenken das allermeiste gutgeheißen, was über Israel oder Juden verlautet. Die meisten Hiesigen sind zudem über jüdische Probleme bestenfalls lückenhaft unterrichtet. Wer weiß schon, daß Jude eine Nationalität ist, worüber sich ungeachtet von Differenzen zu nationalen Fragen sogar Lenin und Luxemburg einig waren? Daß Judentum eine nicht unbedingt mit ethnischen Zusammenhängen verklammerte Religion ist? Daß es sich bei Israelis ausschließlich um Bürger des Staates Israel handelt? Daß Zionismus eine breitgefächerte Ideologie im Rahmen des ausgedehnten politischen Richtungsspektrums unter Juden ist? In diesem Zusammenhang nochmals Prof. Schoeps: „Was gegenwärtiges jüdisches Leben betrifft, weiß man in diesem Land nur wenig. Jude und Israeli sind im Alltagsleben fast identische Begriffe, obwohl beides weniger miteinander zu tun hat, als man glaubt.“

Mit seinem Verwirrprodukt hat „konkret“ im Zusammenhang mit verbreiteter Unkenntnis leichtes Spiel. Hinzu kommt ein besonderer Trick: Nur kurz wird die Zionismus wie Antizionismus prägende Auftaktdebatte von 1896 bis etwa 1915 gestreift, obwohl damals beiderseits Entscheidendes dargelegt worden war. Nun jedoch, nach Ausdünnung a la „Text 29“, können meist nachgeborene Epigonen gestrige Schlachten auf zielgemäßem gereinigtem Terrain abwegig neu schlagen.

Herzl war seinerzeit Korrespondent der Wiener „Neuen Freien Presse“ in Paris gewesen. Dort fand gerade der von hohen Militärs antisemitisch manipulierte Verratsprozeß gegen den jüdischen Hauptmann Dreyfus statt. Zu Recht war Herzl empört! In Verkennung der Geschichtsdialektik mit ihrem Auf und Ab hielt er Judenfeindschaft für eine ewige Kategorie und setzte auf jüdische Absonderung. Seiner Obrigkeitmentalität entsprechend entschied er sich so für ein kolonialistisches Abenteuer. Als wäre Palästina nicht seit biblischen Zeiten hauptsächlich von Arabern besiedelt, wurde die wahrheitswidrige Sammlungsparole lanciert: „Für ein Volk ohne Land – ein Land ohne Volk“. Warnungen von Antizionisten wurden in den Wind geschlagen. Jene hatten von Anfang an den Gegenvorschlag Assimilation eingebracht. Juden sollten sich voll in die jeweiligen Gastländer einbringen und so die Reihen der Kämp-

fer und Kämpferinnen gegen Diskriminierung, Rassismus und Ausbeutung stärken. Dagegen hatte Herzl auf europäische Großmächte gesetzt. Der in Österreich-Ungarn Geborene hatte anfangs auf Förderung durch den am Orient interessierten Kaiser Wilhelm II. gehofft; als Staatssprache wurde von ihm sogar das deutschverwobene Jiddisch in Betracht gezogen. Dann hatte er sich auf das konservativ regierte britische Empire umorientiert. Den dortigen Obrigkeiten kam der vom Zionismus angesteuerte Transfer von Juden nach Nahost auch deshalb zupass, weil vor allem arme Einwanderer dafür in Betracht zu ziehen waren. Dadurch würde die einheimische Arbeiterbewegung geschwächt werden. Darauf und auf vieles andere wiesen Antizionisten hin. Sie sahen logischerweise voraus, daß die Palästinenser auf den ihnen zustehenden Rechten beharren und ihre Heimat gegen fremde Eindringlinge verteidigen würden. So werde Blut fließen. Zerbrechen müßte die uralte, immer wieder neu geknüpfte arabisch-jüdische Symbiose. Weltweit wäre im Zusammenhang mit Konflikten eine Zunahme des Antisemitismus zu befürchten.

Inzwischen hatten im Zuge imperialistischer Zwischenkonjunkturen in den Industriestaaten führende Sozialdemokraten zunehmend von klassenkämpferischen auf revisionistische Positionen gewechselt. Kaum bekannt ist die Tatsache, daß der Initiator des Revisionismus in Deutschland, Eduard Bernstein (1850-1932), seinen fatalen Umschwung nicht zuletzt durch allmähliches Abgleiten in den kolonialistischen Zionismus eingeleitet hatte. Bereits 1897 ließ er die Katze aus dem Sack: „Wir werden bestimmte Methoden der Unterdrückung wilder Völker (!) verurteilen und dagegen kämpfen, aber nicht gegen die Tatsache, daß sie unterworfen werden, um ihnen das Recht zu höherer Zivilisation aufzuzwingen.“ (!)

Ab 1914 schalteten die revisionistischen Exponenten in den unterdessen teils gegeneinander Krieg führenden Großstaaten auf jeweilige Vaterlandsverteidigung um (ausgenommen vor allem die russischen Bolschewiki). Die Zweite Internationale brach praktisch auseinander.

Nach riesigen Kriegsverlusten kam es am 9. November 1918 in Deutschland zur Revolution. Der über Bernstein revisionistisch inspirierte SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert wurde Reichskanzler. Unter ihm wurden Arbeitermassen, die zur sozialistischen Vollendung der Revolution auf die Straße gegangen waren, durch zu Hilfe gerufene kaiserliche Freikorps grausam niedergemetzelt. Damit war nicht nur die Weimarer Republik schon vor ihrer Konstituierung und von Beginn an mit erzreaktionären und antisemitischen Todeskeimen infiziert; unterbunden war auch die dringende erforderliche direkte Unterstützung der jungen Sowjetmacht durch Deutschland und das westliche Industrieproletariat. Rechte deutsche Sozialdemokraten haben sich dabei mit einer furchtbaren Grundschuld beladen.

**Fritz Teppich**

(2. Teil folgt in Nr. 52)

## Ist der Geist von Torgau ausgelöscht?

# „Modifiziertes Gedenken“

Ein historisches Datum, heute scheinbar nur noch lokalen Gewichts und sein Schicksal im Sog des Zeitgeistes zwingen dazu, der Tatsache nachzuspüren, auf welche Weise die heutige Politik der BRD im Spannungsfeld der Vergangenheit vorbereitet wurde. Der 25. April 1945 markiert ein denkwürdiges Datum. Er ist als „Tag der Begegnung an der Elbe“ in die Geschichte eingegangen. Die Vorgänge in Torgau verbanden sich mit bedeutenden militärischen Ereignissen kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Truppen der Sowjetarmee hatten den Ring um Hitlers „Reichshauptstadt“ bereits geschlossen. Die Tage des faschistischen Regimes waren gezählt. „Das aber vollzog sich nicht in Berlin, sondern an der Elbe, wo das Gardekorps Baklamows amerikanischen Truppen begegnete“, schrieb der sowjetische Marschall Konew in seinem Buch „Das Jahr 1945“. Das deutsche Wehrmachtspotential wurde durch diese Operation endgültig gespalten. So gestaltete sich das Zusammentreffen zum Symbol des unmittelbar bevorstehenden Sieges der Alliierten. Am 26. April gingen die Kommandierenden der sowjetischen und der amerikanischen Truppen auf der zerstörten Elbe-Brücke in Torgau aufeinander zu. Die bewegenden Bilder von Soldaten beider Armeen, die sich in den Armen lagen, wurden weltweit bekannt. Das alles geschah nur 13 Tage vor der bedingungslosen Kapitulation Nazi-Deutschlands. Der Geist, der damals unter den Alliierten herrschte, fand in einem spontan verfaßten „Schwur von Torgau“ seinen Ausdruck. Er bekundete ihren Willen und ihre Vision zur Gestaltung künftiger internationaler Beziehungen in Frieden und Freundschaft.

Mit den Beschlüssen von Jalta und Potsdam sowie der zur gleichen Zeit in San Francisco erfolgten Gründung der Vereinten Nationen schien der Weg dafür geebnet zu sein. Die Bedingungen waren zunächst günstig. Aber bereits Anfang 1946 änderte sich die Strategie der westlichen Alliierten. Churchills Fulton-Rede, in der er erstmals vom „Eisernen Vorhang“ sprach, war das Signal. An die Stelle einer Politik zur Verhinderung der Wiedergeburt des deutschen Imperialismus trat nun militanter Antikommunismus. Obwohl die Erinnerung an die historische Begegnung bei Torgau vom Kalten Krieg überschattet wurde, hielten die Veteranen beider Seiten an ihrem Gelöbnis fest und bekräftigten es bei mehrfachen Treffen zum „Elbe-Tag“ in der DDR und in Moskau. Die letzte Wiedersehensfeier, die im Geist von Torgau verlief, fand 1985 auf Initiative der DDR am 40. Jahrestag des Ereignisses statt. Sie wurde weltweit beachtet.

Nach der Konterrevolution von 1989 und der Annexion der DDR – bald darauf er-

folgte auch die Zerschlagung der Sowjetunion – bestimmte finsterner Geschichtsrevisionismus zunehmend das „Gedenken“. Nicht nur Verdrängung, sondern auch Verfälschung und schamlose Instrumentalisierung wurden zur gängigen Praxis. Man ging noch weiter: Am 17. Juni 1994 wurde Dynamit eingesetzt. In einer Nacht- und Nebel-Aktion sprengte man die berühmte Brücke. Seither wird der Elbe-Tag mit Shows amerikanischer Prägung, mit Jazz-Spektakeln und Bierorgien begangen. Der geschichtliche Inhalt ging verloren. In den Statements der Politiker vermied man peinlichst den Begriff „Befreiung“. Statt dessen wurde in „Würdigungsreden“ vom „Kriegsende“ und von „Versöhnung“ gesprochen. Es sei unangebracht, „daß Deutsche jährlich einen Gedenktag der Siegermächte“ begingen. Natürlich sprach man nun von „russischen Truppen“. Die Sowjetarmee hat es ja nie gegeben! Und statt der Fahne mit Hammer und Sichel wird das von Jelzin eingeführte Blau-Weiß-Rot gehißt. In einer Grußbotschaft Biedenkopfs hieß es, „die Form des Erinnerns“ sei „modifiziert“ worden. Am Beispiel dieses makabren Vorgangs wird deutlich, mit welcher Totalität man die Geschichte „entsorgt“.

Die Wurzeln dieses Prozesses reichen allerdings weiter zurück. Sie sind schon in den inneren Gegensätzen der zerbrechenden Anti-Hitler-Koalition zu suchen. Unter Schirmherrschaft der imperialistischen Mächte vollzog sich im Westen die Restauration der alten Machtverhältnisse. Spaltung Deutschlands, Remilitarisierung und NATO-Beitritt gehörten dazu. Die früheren Eliten, darunter zahlreiche Nazi-Aktivistinnen, sorgten für die inneren Strukturen. Die Nachkriegsordnung, von den Alliierten geschaffen, um dem deutschen Imperialismus nie wieder eine Renaissance zu erlauben, wurde erst unterhöhlt und dann systematisch zerbrochen. Damit verband sich die Konservierung einer entsprechenden Geisteshaltung.

Seit Anfang der 80er Jahre gingen die Verfechter des Geschichtsrevisionismus zum Großangriff über. Dafür stehen Namen wie

Nolte und Baring. Immer deutlicher traten Züge von Revanchismus in den Vordergrund. Zu Beginn der 90er Jahre begann im „größer gewordenen Deutschland“ eine neue Etappe dieser Entwicklung. Hinter den nun von Politikern aus Regierung und Opposition gleichermaßen gebrauchten Redewendungen von der „gewachsenen internationalen Verantwortung“ Deutschlands, von der „Rolle als Mittelmacht in Europa“, verbarg sich nichts anderes als die Staatsdoktrin, um jeden Preis zur Weltmacht aufzusteigen. Eine Neuauflage der alten Strategie deutscher Imperialisten! Um aber Weltmacht werden zu können, müssen bestimmte Voraussetzungen geschaffen werden. Dazu gehören u. a. ein Ständiger Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (als Anspruch bereits offen angemeldet) und eine global einsetzbare, technisch hochgerüstete Armee. Die im Jahre 1992 erlassenen neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ der BRD haben inzwischen zur Installation eines durch die Potsdamer Konferenz ausdrücklich verbotenen „Generalstabs“ geführt, der provokatorischerweise angesprochen in Potsdam angesiedelt ist. Zugleich soll Berlin die Landeshauptstadt Neu-Preußens werden. Zur Weltmacht gehörte eigentlich auch die Verfügung über eigene Atomwaffen, was sich vorerst indes etwas komplizierter darstellt. Am geopolitischen Umfeld (siehe Balkan) hat man mit diplomatischen und militärischen Mitteln schon erfolgreich gearbeitet. Der revanchistische Geist dringt so buchstäblich in alle Poren der Gesellschaft ein. Die „Modifizierung des Erinnerns“ ist daher nur Teil des Ganzen. Mit ihr werden die letzten „Hindernisse“, die noch aus der Nachkriegsordnung stammen, abgeräumt.

Es ist zu befürchten, daß der Torgauer „Elbe-Tag“ in diesem Jahr für Bushs „Krieg gegen den Terrorismus“ instrumentalisiert wird. Der Schwur von einst wäre damit endgültig begraben. **Dieter Itzerott**

*Unser Autor war 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Torgau*

## Wer kennt den „Mielke-Plan“?

# Eine absurde Idee

Man versetze sich um 20 Jahre zurück und stelle sich für einen Augenblick die absurde Situation vor: In einem x-beliebigen Land Osteuropas kommt es zum Zusammenprall zwischen zwei Konfliktparteien. Die Sache spitzt sich zu. Da wird plötzlich ein „Mielke-Plan“ für die friedliche Beilegung der Auseinandersetzungen unterbreitet. Ja, Erich Mielke, der Minister für Staatssicherheit der DDR, betritt ganz offiziell die internationale Bühne und bietet sich als Schlichter an. Nach ihm nennt man sogar den dazu entwickelten Plan.

Ohne Zweifel: Eine groteske, unvorstellbare Situation. Ein Hirngespinnst. Wäre das dennoch Wirklichkeit gewesen, die bürgerlichen Medien hätten vor Empörung Kopf gestanden und Zeter und Mordio geschrien.

Jetzt aber gibt es den „Tenet-Plan“ für eine „friedliche Nahost-Lösung“. George Tenet, der Chef des amerikanischen Geheimdienstes CIA, hat – um den von Washington absegneten blutigen Krieg Scharons zu verschleiern – noch kurz vor dem großen Waffengang eine sechswöchige Waffenruhe zwischen Israel und Palästinensern vorgeschlagen. Von USA-Präsident Bush wurde daraufhin der CIA-General Anthony Zinni als „Vermittler“ mehrfach in Marsch gesetzt. Eine Absurdität ohnegleichen! Während Scharons Krieg tobt, tritt der CIA-Boß höchstpersönlich als „Friedensstifter“ auf. Und niemand protestiert gegen solchen Zynismus. Denn der ist ebenso ein Stück imperialistischer Normalität wie die israelische Aggression selbst. **S. R.**

Am 4. Mai 2002 begeht

**Genossin Erika Urbanek**

aus Ratingen ihren 80. Geburtstag.

Der „RotFuchs“ übermittelt der theoretisch hochgebildeten, politisch standhaften Genossin, die gemeinsam mit ihrem Mann den „RotFuchs“ von Beginn an aktiv unterstützt hat, herzlichste Glückwünsche und solidarische Grüße. ■

## Streiflichter aus der DDR-Wirklichkeit

## Drei Berliner Lehrerinnen erinnern sich

„RotFuchs“ bat die Pädagoginnen Helga ARCHUT (Friedrichshain), Bruni BÜDLER (Pankow) und Brigitte MÜLLER (Marzahn), einige Fragen zum DDR-Schulsystem zu beantworten.

Hätte die Riesenblamage, die das westdeutsche Volkssystem mit der sogenannten PISA-Studie erlebte, auch uns passieren können?

**B. Büdler:** Mit Sicherheit nicht. Wir haben keine Zeit verschwendet. Unsere Schüler mußten bereits in der 1. Klasse einen Grundwortschatz von 100 Wörtern schriftlich und im sinnerfassenden Lesen beherrschen. Der wurde dann Jahr für Jahr systematisch erhöht. **B. Müller:** Normalerweise konnten die Kinder bereits zu Weihnachten einfache Texte eines Bilderbuches lesen. Heute zieht sich das bis in die 3. Klasse hinein. Die Überlegenheit des DDR-Schulsystems hat indirekt sogar die derzeitige Bundesbildungsministerin Bulmahn zugegeben, als sie kürzlich in einem Interview (ausgerechnet mit der „Super-Illu“) sagte: „Ich bin der Meinung, daß man von den positiven Erfahrungen aus der früheren DDR profitieren kann: Praxisbezug und Schülerorientierung sind zwingend notwendig für guten Unterricht.“

Waren unsere Kinder überfordert?

**H. Archut:** Diese Diskussion gab es jedesmal, wenn Lehrplanänderungen bevorstanden, etwa alle zehn Jahre. Solche Befürchtungen haben sich stets als gegenstandslos erwiesen. Das ist ja auch logisch: Ob sich die Kinder gleich den Begriff „Verb“ oder den Begriff „Tu-Wort“ einprägen müssen, erfordert den gleichen geistigen Aufwand. Die größte wirkliche Umstellung mußten die Lehrer vollziehen. **B. Büdler:** Ganz wichtig war die Abstimmung der Bildungsarbeit der Kindergärten auf die Ansprüche in der 1. Klasse. Ich kann nur lachen, wenn ich jetzt lese, man müsse die Erziehung im Kindergarten mehr den schulischen Anforderungen unterordnen. Ohne Beherrschung der Zahlen von 1 bis 10 oder von Grundbegriffen der Mengenlehre schon im Kindergarten hätten wir in der 1. Klasse nicht das Rechnen mit Unbekannten einführen können. Und den allermeisten Kindern hat das Spaß gemacht. Aber Schule ist doch – auch im Sozialismus – nicht nur Spaß?

**H. Archut:** Lernen erfordert Konzentration und damit Disziplin. Ohne Disziplin läuft gar nichts. Ende der 60er Jahre hatten viele im Westen den Drall zur „antiautoritären Erziehung“, der stellenweise auch in die Schulen hineinschwappte. Davon sind sie aber schnell wieder abgerückt, weil das nun wirklich alles andere als eine Vorbereitung auf das spätere Leben ist. **B. Büdler:** Durch die allgemeinverbindliche Einführung des Fachs „Beschäftigung“ lernten die Kinder schon im Kindergarten, sich zu konzentrieren. Zuerst 10 Minuten, in der Gruppe der Vorschulkinder dann 20 Minuten. Die pädagogische Leistung der Kindergärtnerinnen der DDR kann man nicht hoch genug würdigen. **H. Archut:** Disziplin beginnt bei den einfachsten Dingen. Zur Kultivierung der Umgangsformen wurde einmal angewiesen, daß die Kinder im Schulgebäude alle Erwachsenen zu grüßen hätten. Als ich am Nachmittag des gleichen Tages in der Schule einen Korridor entlangging, kamen mir zwei Knirpse entgegen, von denen einer prompt sein „Guten Tag“ entbot. Als sie ein paar Meter weiter waren, meinte der eine zum anderen: „Wir sollen doch grüßen“. Sagte der andere entrüstet: „Ja, aber doch erst ab morgen.“ Wie war das Verhältnis der Lehrer untereinander?

**B. Müller:** Es war in erster Linie geprägt durch gegenseitige Hilfe. Das ging auch gar nicht anders: Wenn die Absolventen der Pädagogischen Fakultäten, Hoch- oder Fachschulen zum ersten Mal ins Lehrerzimmer kamen, sah man meistens schon, wie ihnen die Knie schlotterten. Und manche brachten auch keine besonders ausgeprägte Eignung für diesen Beruf mit. Aber da wurde keiner alleingelassen. Niemals habe ich erlebt, daß in solchen Fällen oder, wenn jemand in einer Klasse nicht zurecht kam, mit Häme reagiert worden wäre. Wir hatten mal einen jungen Kollegen, der morgens regelmäßig verschlief und zu spät zum Unterricht erschien. Ein Lehrer! Da haben wir so lange gebohrt, einschließlich der Aufstachelung seiner Wohnungsnachbarn, bis sich die Sache eingerenkt hatte. Heute ist das anders. Ich kann das beurteilen, weil ich noch unterrichtete. Die vielen „Überhangstellen“ veranlassen alle Lehrer, ihre Sorgen in der eigenen Brust zu verschließen; es könnte ja der eine oder andere Kollege sonst Morgenluft wittern.

Wie lief die Verbindung von Elternhaus und Schule?

**H. Archut:** Die Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder tragen die Eltern, die Schule kann ihnen dabei nur helfen. Wichtig war uns jedoch eine gewisse Übereinstimmung, der achtungsvolle Umgang im Elternhaus mit Schulproblemen. Dazu hatten wir viele Möglichkeiten, begonnen mit Pflichtbesuchen der Lehrer bei den Eltern über regelmäßige Elternversammlungen bis zum gewählten Elternaktiv der jeweiligen Klasse und zum Elternbeirat der

Schule. **B. Büdler:** In diesem Zusammenhang muß man unbedingt auch die Patenschaftsverträge mit Brigaden und ganzen Betrieben nennen. Die gegenseitigen Besuche haben viel geholfen, nicht nur materiell, so etwa bei Ausflügen. Ich erinnere mich noch genau, wie ich mit meiner Klasse unsere Patenbrigade im Betonwerk Grünau besuchte. Der unmittelbare Eindruck von der Schwere der dortigen Arbeit, der allgegenwärtige Betonschlamm – all das bewirkte eine hohe Achtung der Kinder vor der Leistung ihrer Paten. **B. Müller:** Als ich einmal mit meiner Klasse eine Frauenbrigade im Glühlampenwerk NARVA besuchte, hatten wir den gleichen Effekt; das persönliche Erleben der Fingerfertigkeit und Präzision bei großer Hitze übertraf bei weitem das, was wir mit Worten hätten ausrichten können.

Hatten wir so etwas wie eine Begabtenförderung?

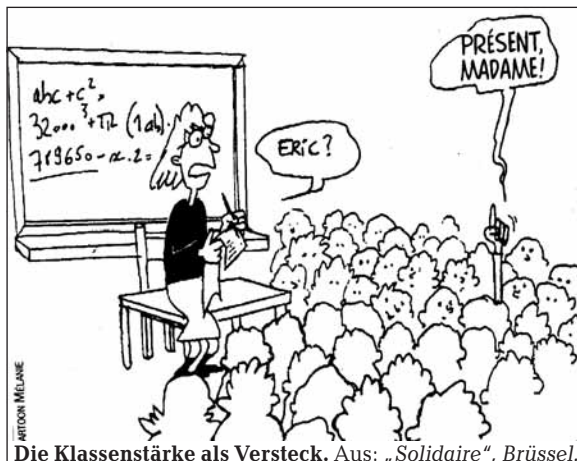
**H. Archut:** Die war sogar sehr stark ausgeprägt und lief vor allem über die frühzeitige Delegation zu Spezialschulen, z. B. für Mathematik. In Berlin war die Heinrich-Hertz-Schule auf diesem Gebiet besonders bekannt. In jedem Stadtbezirk gab es Spezialschulen für Sprachen, nicht nur Russisch, sondern über die ganze Breite bis zu alten Sprachen. Wir hatten zahlreiche Musikschulen. Unsere Kinder- und Jugendsportschulen waren ein Begriff. Von ihren Ausbildungsergebnissen lebt die BRD heute noch bei jeder Olympiade oder Weltmeisterschaft.

Gab es bei uns ein zentralistisches Volkssystem?

**B. Büdler:** Die DDR war doch ein kleines Land. Und in der Schulbildung haben sich die einheitlichen Lehrpläne, einheitliche Schulbücher und einheitliche Gesichtspunkte bei der Verallgemeinerung pädagogisch-wissenschaftlicher Erkenntnisse sehr bewährt. **B. Müller:** Heute ist nicht einmal gewährleistet, daß jeder Abiturient Lessings „Nathan der Weise“ gelesen hat, weil das u. a. davon abhängt, ob das Buch in der Schulbibliothek vorhanden ist bzw. Geld für seine Beschaffung zur Verfügung steht. Oder ob der Lehrer mit seinen Schülern andere Schwerpunkte setzt. Die Eltern müssen für Kindergartenplätze viel Geld aufbringen; in Marzahn z. B. besuchen nur noch etwa zwei Drittel der Kinder die sogenannten Kitas bzw. die angebotenen Vorschulen – die anderen kommen weitgehend unvorbereitet in die 1. Klasse.

**H. Archut:** Das ist doch das eigentliche Problem heute. „Man kann am Volkssystem noch so viel herumflicken, die Behandlung als 5. Rad am Wagen bei der finanziellen Ausstattung zeigt, daß es sich hier um die Krise des ganzen Gesellschaftssystems handelt.“ **B. Müller:** Das haben nun sogar Leute begriffen, deren politisches Credo sich von unserem möglicherweise krass unterscheidet. Unlängst schrieb eine Berliner Lehrerin verbittert in der „Süddeutschen Zeitung“: „Winzer sind schuld am Alkoholismus, Richter an zunehmenden Autodiebstählen, Ärzte an den vielen Krebsstoten – und Lehrer an der Bildungsmisere“.

Interview: Frank Mühlefeldt



Die Klassenstärke als Versteck. Aus: „Solidaire“, Brüssel.



# Die Sache mit dem Kreuz

*Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat entschieden, daß das Kreuz in Deiner Klasse abgehängt werden muß. Doch das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Was könnte noch passieren?*

Die Landesadvokatur könnte, wenn die schriftliche Begründung vorliegen wird, Widerspruch einlegen. Dann ginge die Sache weiter nach Berlin an den Bundesverwaltungsgerichtshof. Das wäre mir sehr recht, denn dann müßte der nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1995 neu geschaffene Kruzifixparagraf des Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes überprüft werden. Ich kann in keine weitere Instanz mehr gehen, weil ich gewonnen habe. Doch Herr Goppel, der CSU-Generalsekretär, hält das Urteil ja für verfassungsrechtlich bedenklich. Wenn er ernst nimmt, was er da sagte, wird er Mittel und Wege finden, das bayerische Urteil überprüfen zu lassen.

*Wenn Du jetzt nach sechs Jahren zurückblickst: Was hast Du für Dich erreicht?*

Ich habe für mich viel mehr Klarheit erreicht. Es war natürlich ein Wagnis. Aber ich habe mich innerlich immer sehr wohl und einfach „ganz“ gefühlt. Denn es war die Absicht der Schulbürokratie, mich zu zerbrechen. Das ist nicht gelungen. Ich bin

nicht zu Kreuze gekrochen. Ich habe nicht mein Rückgrat durch das Kreuz ersetzt. Dieser Erfolg wird Auswirkungen auf die Lehrerschaft in ganz Bayern haben, weil ihre Rechte gestärkt sind.

*Das Bayerische Verwaltungsgericht sagt, bei diesem Urteil handle es sich nicht um eine Grundsatzentscheidung, sondern nur um eine Entscheidung zu einem atypischen Einzelfall. Die bayerische GEW andererseits sagte durch ihre stellvertretende Vorsitzende Angelika Neubücker, daß nunmehr ebenso wie schon die Eltern auch Lehrer das Recht haben, aus Gewissensgründen die Abnahme des Schulkreuzes zu verlangen.*

Jedes Urteil ist zuerst einmal ein Einzelfallurteil. Doch wird diese Einzelfallentscheidung ihre Auswirkung auf die künftige Rechtsprechung haben. Denn das Bayerische Kultusministerium ging fehl, als es per Rundschreiben und auf dem Verwaltungsweg Lehrkräften das Recht verweigerte, einen rechtswirksamen Antrag zum Abhängen des Kruzifixes zu stellen. Das ist jetzt widerlegt. Jeder Lehrer kann sich auf dieses Urteil berufen.

*Wenn Gewissensgründe und dahinter die Menschenrechte schwerwiegender sind als beamtenrechtliche Vorschriften, könnte es*

*da nicht passieren, daß die Behörde das Gewissen prüfen möchte und vielleicht sogar Ausschüsse einsetzen wird, ähnlich wie die früheren Gewissensprüfungsausschüsse für Kriegsdienstverweigerer?*

Das ist die Gefahr. Was in München stattgefunden hat, war eine Gewissensprüfung. Ich möchte aber betonen, daß ich in meiner Begründung nicht religiös, sondern philosophisch, psychologisch und historisch argumentiert habe.

*Im Verlauf des Prozesses gab es auch persönliche Attacken. Möchtest Du darüber etwas sagen?*

Hier in der Umgebung war es eigentlich recht ruhig. Wenn überhaupt, dann kamen die Angriffe von außerhalb, sowohl aus der bigotten als auch aus der grundsätzlich rechtsgerichteten Ecke. Wie ich der Presse entnahm, haben während meines Prozesses etwa 30 Fundamentalisten samt einem Ruhestandspfarrer ein Kruzifix in meine Richtung gehalten und in der Pause den Rosenkranz gebetet.

*In Deiner Schule wurden zwischenzeitlich sogenannte Soft-Kreuze aufgehängt. Das sind kreisrunde Scheiben, im Zentrum ein etwas überdimensioniertes Kreuz, welches die Scheibe in vier Viertel teilt, ohne Leiche, aber mit einem Schmetterling in der Mitte, der nicht angenagelt, sondern lediglich aufgeklebt ist. Was hältst Du denn davon?*

Das überschreitet eigentlich schon die Grenzen zur Blasphemie, denn beispielsweise wurde einmal ein Aktionskünstler wegen Gotteslästerung verklagt, weil er ein Schwein am Kruzifix abgebildet hatte. Dabei ist das Schwein ein vergleichsweise hochintelligentes Tier, das evolutionär wesentlich über dem Schmetterling steht. Ich empfand es als Verhöhnung, daß man mir, dem Weichling, der die im Kruzifix ausgedrückte Gewalt nicht erträgt, ein scheinbar moderateres und weiches Kreuz hinhängt, wie es der Rektor gesagt hat. Im Umkehrschluß heißt das, daß die im normalen Kreuz dargestellte Gewalt unmäßig ist. Und das ist sie auch.

*Die Presse schrieb, Du seiest Christ ...*

Ich bin dezidiert Nicht-Christ und Mitglied des Bundes für Geistesfreiheit. Ich bin entschiedener Kritiker des Christentums, lehne es aber nicht pauschal ab. Ich sehe durchaus seine sozialen Seiten und erkenne Menschen im Christentum, die hohen Respekt verdienen.

*Wie soll es für Dich weitergehen?*

Ich plane jetzt erst einmal, mein Buch „Kruzifix und Holocaust. Über die erfolgreichste Gewaltdarstellung der Weltgeschichte“ herauszubringen. Es erscheint im Espresso Verlag Berlin.

**Eingesandt von: Hansjörg Schupp, Appetshofen**

## BRD-Topmanager träumen vom bajuwarischen Bewerber

# Stoiber schlagen!

Deutschlands Ausbeuterklasse ist mit dem Sozialdemokraten Schröder bestens gefahren, hat er doch all das durchgesetzt, was Kohl und seine CDU vorher nicht wagen konnten. Doch jetzt schwenken maßgebliche Kreise des BRD-Kapitals auf Stoiber um. Sie wollen wieder den Hausherrn selbst - die CDU - und nicht den Hausmeister - die SPD - an der Spitze der Regierung sehen. Nach einer Umfrage des Psephos-Instituts, die das großbürgerliche „Handelsblatt“ in Auftrag gegeben hatte, sind 73 % aller Topmanager der deutschen „Wirtschaft“ dafür, daß der bayerische Ministerpräsident nächster Bundeskanzler wird. Nur noch 15 % bevorzugen Schröder. Die eigentlichen Machthaber und Macher der BRD haben also ihre Wahl bereits getroffen. So ist damit zu rechnen, daß bald auch die Medien umschalten werden. Während der Kanzler bei Meinungs Sondierungen vorerst noch vorn liegt, ist seine Partei schon deutlich ins Hintertreffen geraten. Die vom gerade rechtzeitig ruchbar gewordenen Kölner Spendenskandal gezeichnete SPD bekommt die Quittung für ihre repressive Innen- und ihre aggressive Außenpolitik. Breite Schichten von Wechselwählern orientieren sich immer deutlicher auf die CDU. Das begünstigt Stoiber und mit ihm die weitere Faschisierung im Land. Denn Stoiber - das ist ein deutscher Berlus-

coni. Dessen Stellvertreter aber heißt Fini. Der wiederum steht an der Spitze der italienischen Neofaschisten und bewundert Mussolini. Deshalb: Stoiber schlagen heißt im Herbst die Devise! Wer den Rechten eine Niederlage bereiten will, darf zugleich nicht der Illusion nachjagen, daß die Kriegspartei SPD mit ihrem Kriegskanzler Schröder eine rote, linke oder sonstwie geartete Alternative dazu sei. **S. R.**



## Wie man mit neuen Sprüchen alte Werte entsorgen will

# Marx und Lenin als Marginalien?

Im Vorfeld des DKP-Parteitag gibt es eine rege programmatische Diskussion – auch zum gegenwärtigen Imperialismus. Der von Fred Schmid und Leo Mayer eingebrachte Terminus „kollektiver Imperialismus“ stieß ganz überwiegend auf Ablehnung und Widerspruch; viele zutreffende Gegenargumente wurden vorgetragen (UZ, 8. 2. 2002) – so auch im „RotFuchs“ von Anemarie Mühlefeldt (Dezember 2001) und Norbert Pauligk (Februar 2002). In meiner Sicht gilt gleichfalls generell: Der Imperialismus, der seinem ökonomischen Wesen nach Monopolkapitalismus war und bleibt, ist jetzt in steigendem Maße dekadenter, parasitärer, sterbender Kapitalismus.

„Kollektiver Imperialismus“ bedeutet tatsächlich ein Abrücken von der Leninschen Positionierung. Es steht damit im Zusammenhang, daß dazu übergegangen wird, „Globalisierung“ als eigentlich neue Wesensbestimmung für den Imperialismus des 21. Jahrhunderts auszugeben. Mayer schrieb bereits vor Jahr und Tag: „Der Imperialismus von heute ist der Kapitalismus im Prozeß der Globalisierung.“ (Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung 27, 1997, S. 12) Dadurch wird nicht nur die Leninsche Auffassung gelähmt, sondern auch ein gewisses eigenes Unvermögen verhüllt, gemäß Lenins Position Erkenntniszuwachs zu erzielen. Global bedeutet eigentlich nur erdumfassend. Der Begriff „Globalisierung“ hingegen wurde als Kampfbegriff neoliberaler Politik und Ideologie erfunden und ausgestaltet, um den Weg zur Maximierung des Profits zu bahnen. Er soll den Gesamtzustand der Welt (Wirtschaft, Politik, Kultur) erschließen, verschleierte ihn aber. Tatsächlich setzt sich dieser Begriff selbst als Medium an das wirkliche Weltgeschehen, welches so nur passiv und neutral beschrieben werden kann. Deshalb ist er für eine marxistisch-leninistische Erfor-

schung des Imperialismus in unserer Zeit völlig ungeeignet. Dieser arg schillernde, widernatürliche meistbenutzte Begriff der letzten Jahre hat sich inzwischen so in den Sprachgebrauch eingeschlichen, daß er selbst von Linken verwandt wird – mit bedenklichen Folgen. Wenn sich z. B. jüngst sogar für eine „Theorie der Globalisierung“ ausgesprochen wird, so schließt das ein, Marx als Randfigur abzutun und Lenin auszuklammern. (Z-Nr. 48, Dez. 2001, S. 21 ff.) Die Verteidigung und Präzisierung der Leninschen Imperialismus-Theorie ist deshalb das Gebot der Stunde. Das gilt m. E. auch für die programmatische Debatte in der DKP.

Alle diesbezüglichen Daten belegen, daß Lenins Positionierung unentbehrlich wie eh und je bleibt. (s. Harpal Brar: Imperialismus im 21. Jahrhundert. Sozialismus oder Barbarei, Bonn 2001). Daß sich innerhalb des Imperialismus in historischer Dimension eine widerspruchsvolle Entwicklung vollzieht, die auch auf den Begriff zu bringen ist, gehört zum ABC der Dialektik. Bereits Lenin meinte bei seiner ökonomischen Analyse, daß aus „dem zersplitterten Kapitalisten ... ein einziger kollektiver Kapitalist“ entsteht. (LW 22/218)

Als Wesensbestimmung des Imperialismus schied er für Lenin allerdings aus. Das Maß eines solchen historisch veränderlichen Kollektivität wird stets vom Inhalt und von der Gestaltveränderung der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen Entwicklung des Imperialismus geprägt. Auch seine gegenwärtigen Entwicklungstendenzen bieten keinen Anlaß, ihm das Merkmal „kollektiver“ zu verleihen. Die Vertiefung seiner ihm innewohnenden antagonistischen Widersprüche zeigt sich nach der Niederlage des realen Sozialismus natürlich in neuen Erscheinungsformen: seine „Tendenz zur Stagnation und Fäulnis“ (a. a. O., S. 281) als

Barbarei; sein „Drang nach Gewalt und Reaktion“ (a. a. O., S. 273) in Form des „langfristigen“ Krieges der USA, der alle Merkmale eines imperialistischen Krieges um die Neuaufteilung der Welt und ihre Energiereserven – vor allem im Nahen Osten und in Zentralasien – aufweist. Die neue Stufe der Weltkonzentration des Kapitals und der Produktion veranlaßte Lenin zu folgenden: „Wir wollen sehen, wie dieses Übermonopol heranwächst.“ (a. a. O., S. 250)

Bereits der staatsmonopolistische Kapitalismus überschritt die nationalen Grenzen. Heute tendiert das Kapital zu einem transnationalen Kapitalismus – ohne daß dies zur Ausschaltung des Staates führt, dessen neoliberale Politik die Internationalisierung der Monopolisierung beschleunigt. Und dies bestätigt auch, daß die Leninsche Bestimmung des historischen Platzes des Imperialismus als „Übergang von der kapitalistischen zu einer höheren Gesellschaftsformation“ (a. a. O., S. 304), welthistorisch weitergedacht, keinesfalls passé ist: „das aus dem Kapitalismus hervorwachsende Monopol ist bereits das Sterben des Kapitalismus.“ (LW 23/104) Zu Lenins Zeiten waren die Kartelle und Trusts allerdings wie kleine Kinder im Verhältnis zu den heutigen Multis und Transnationals. „Wir können (zwar) nicht wissen, mit welcher Schnelligkeit und welchem Erfolg sich einzelne geschichtliche Bewegungen der jeweiligen Epoche entwickeln werden.“ (LW 21/134) Doch diese weitere gewaltige Vergesellschaftung schafft wesentliche objektiv-materielle Bedingungen für eine künftige universelle kommunistische Zivilisation – auch wenn dies (noch) nicht unmittelbar mit revolutionären Ausbrüchen großen Stils und dem historisch-konkreten Fortgang der sozialistischen Revolution auf unserem Planeten gekoppelt ist. Prof. Dr. Ingo Wagner, Leipzig

## Herzliches Gespräch mit britischem Chefredakteur

# Nick Wright in Berlin

Der Chefredakteur der in London erscheinenden Gewerkschaftszeitung „Stage, Screen and Radio“ (Bühne, Bildschirm und Funk), Nick Wright, Mitglied des Exekutivkomitees der KP Britanniens, stattete dem Chefredakteur des RF, Dr. Klaus Steiniger, am 18. März 2002 einen Besuch ab. Der führende britische Kommunist hatte als Vertreter seiner dem Marxismus-Leninismus verbundenen Partei am Rostocker Parteitag der PDS teilgenommen und nutzte einen Zwischenaufenthalt in Berlin zu dem mehrstündigen Gespräch unter Journalistenkollegen.

Nick Wright berichtete dabei vom Kampf seiner Genossen, die vor allem in der Gewerkschaftsbewegung über wachsenden Einfluß verfügen. Eingehend schilderte er die erfolgreiche Entwicklung der progressiven Tageszeitung „Morning Star“, die einer Genossenschaft gehört, unter deren Mitgliedern sich auch zahlreiche Kommunisten befinden. Sie dient den verschie-

densten Kräften der britischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung als gemeinsame Tribüne. Mehrere Unions sind hier direkt beteiligt, unter den ständigen Kolumnisten befinden sich der linke Labour-Abgeordnete Tony Benn und der Londoner Oberbürgermeister Ken Livingstone, der gegen den Widerstand der Blair'schen New-Labour-Führung aufgestellt und gewählt wurde.

Klaus Steiniger informierte den Gast aus Großbritannien, der seit Jahren den „RotFuchs“ bezieht, über inhaltlich-thematische Fragen und Projekte, mit denen sich die Redaktion unserer kommunistisch-sozialistischen Monatschrift beschäftigt. Das Gespräch war aufgeschlossen, herzlich und solidarisch. R. F.



Trotz alledem! Aus: „Northstar Compass“, Kanada.

# Schlüsse aus der Pariser Commune

In Auswertung der Pariser Commune fand die bis dahin durch Marx und Engels entwickelte Theorie von der Diktatur des Proletariats ihre tiefste theoretische Begründung. Sie hat für die marxistisch-leninistische Staatstheorie eine ähnliche Bedeutung wie das „Kapital“ für die Ausarbeitung der Politischen Ökonomie der Arbeiterklasse. Marx bezeichnete die Commune von 1871 als „die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte“. (MEW 17/342) Die Commune sollte „als Hebel dienen, um die ökonomischen Grundlagen umzustürzen, auf denen der Bestand der Klassen und damit der Klassenherrschaft ruht“. (Ebenda)

Die Commune und die theoretischen Erkenntnisse, die Marx und Engels aus diesem weltgeschichtlichen Ereignis gezogen hatten, waren von Beginn an den unterschiedlichsten Deutungen, Fehlinterpretationen und Verfälschungen ausgesetzt. Es ist verständlich, daß die Bourgeois, die sich erstmals am Abgrund ihrer Klassenherrschaft sahen, in eine Hysterie verfielen, die sie im 20. Jahrhundert auf die Oktoberrevolution, die Sowjetunion und – die deutschen Bourgeois speziell – auf DDR und SED übertrugen. Offensichtlich ist nun auch die Führungsriege der PDS von dieser Hysterie angesteckt worden. Aber auch unter Sozialisten und Kommunisten gab und gibt es nicht wenige Irrtümer und Mißverständnisse bei der Auslegung der Commune sowie des Marx'schen Werkes „Der Bürgerkrieg in Frankreich“.

Dazu gehört u. a. das Verhältnis von Zentralismus und Selbstverwaltung. Angeblich hätte die Kommunalverfassung die Notwendigkeit einer Zentralregierung negiert und auf Selbstverwaltung, Selbstregierung der Gemeinden orientiert. Diese Gegenüberstellung von Zentralismus und Selbstverwaltung spukt auch heute noch in diversen Sozialismus-Vorstellungen kommunistischer Parteien herum. Nun polemisierte Marx keineswegs gegen eine zentrale Staatsmacht schlechthin, sondern gegen eine bürokratische zentrale Staatsgewalt; eine andere gab es bis zur Commune ja nicht. „Die Einheit der Nation sollte nicht gebrochen, sondern im Gegenteil organisiert werden durch die Kommunalverfassung ...“ Vernichtet sollte jene Staatsmacht werden, „welche sich für die Verkörperung dieser Einheit ausgab ...“, aber nur ein „Schmarotzerauswuchs“ am Körper der Nation war. (MEW 17/340, 596) Marx stellte die Selbstverwaltung der Gemeinden nicht der Zentralregierung gegenüber, sondern erkannte in der Selbstverwaltung – in dialektischer Einheit mit der Zentralregierung – das Wesen eines demokratischen Staates der kommunistischen Gesellschaft. Er wandte das Prinzip des demokratischen Zentralismus, von ihm als Organisationsprinzip der revolutionären Partei entwickelt, auch auf den sozialistischen Staat an. An dieser Vorstellung haben Marx und Engels bis an ihr Lebensende festgehalten.

Der Zentralismus geht als notwendiges Leitungsprinzip aus der maschinellen Großproduktion hervor. Die Arbeiterklasse kann bei ihrer Machtausübung nicht auf ihn ver-



zichten. Bürokratismus ist kein notwendiges Attribut des Zentralismus. Auch Selbstverwaltungsorgane können bürokratische Formen annehmen. Bürokratismus, Ektismus etc. sind Erscheinungen der Machtausübung von Ausbeuterklassen. Sie sind mit der absoluten Monarchie entstanden. Im Imperialismus wurden sie als Ausdruck der Trennung des Staatsapparates von den Volksmassen perfektioniert. Die Aufhebung des Bürokratismus ist keine Frage von Zentralregierung oder Selbstverwaltung, sondern eine Klassenfrage. Verwaltungsakte werden immer wieder fälschlich mit Bürokratismus gleichgesetzt. Überreste davon gab es auch nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats – das lehren die Erfahrungen des bisherigen Sozialismus – als zählebige Erscheinung noch sehr lange. Sie konnten nicht völlig überwunden werden.

Bereits in seiner Schrift „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ aus dem Jahre 1852 gelangte Marx zu der Erkenntnis, daß es für die Arbeiterklasse darauf ankomme, die alte bürgerliche Staatsmaschinerie zu zerbrechen. (MEW 8/197; 33/205) Dies sei „Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent“. (Ebenda) Aber erst aus der Praxis der Commune deckte er die Zerschlagung der alten Staatsmaschinerie als eine objektive politische Gesetzmäßigkeit in der proletarischen Revolution auf. Die prinzipielle Bedeutung, die Marx und Engels ihr zuerkannten, ist aus dem 1872 verfaßten Vorwort zum „Manifest der Kommunistischen Partei“ ersichtlich, wonach „... die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre Zwecke in Bewegung setzen kann“. (MEW 4/574)

Am Beispiel der Pariser Kommunarden konnte Marx erstmals erfahren, wie das Zerbrechen der militärisch-bürokratischen Staatsmaschinerie vor sich geht: Ablösung der alten Beamten durch „Arbeiter oder anerkannte Vertreter der Arbeiterklasse“, Auflösung des stehenden Heeres, an dessen Stelle das bewaffnete Volk in Gestalt

der Nationalgarde trat. Die Polizei wurde „ihrer politischen Eigenschaften entkleidet“ und in „das jederzeit absetzbare Werkzeug der Kommune verwandelt“. Die Richter verloren ihre scheinbare Unabhängigkeit und sollten, wie alle anderen Beamten auch, gewählt werden, „verantwortlich und absetzbar sein“. (MEW 17/338 f., 596)

Neu ist die aus der Praxis der Commune gewonnene Erkenntnis, daß beim „Zerbrechen“ der alten Staatsmaschinerie nicht alle Institutionen des bürgerlichen Staates zertrümmert werden müssen, sondern nur dessen Repressivorgane. Die anderen Staatsorgane, die „berechtigte Funktionen“ ausüben, sind der alten herrschenden Klasse zu entreißen und „den verantwortlichen Dienern der Gesellschaft“ zurückzugeben. (MEW 17/340) Dieser Gedanke wurde später von Engels mehrfach wiederholt. Unter „Zerbrechen“, „Zerschlagen“, „Zerstören“ des alten Staatsapparates ist keineswegs die „Abschaffung“, die Zerstörung des Staates zu verstehen. Letzteres ist eine anarchistische These, die mit Vorliebe von bürgerlichen Ideologen dem Marxismus-Leninismus unterstellt wird. Unter „Zerbrechen“ der alten Staatsmaschinerie verstanden Marx und gut vier Jahrzehnte später Lenin eindeutig die Zerstörung der Unterdrückungsorgane des alten bürgerlichen Staatsapparates.

Wenn man von diesem „Zerbrechen“ abstrahiert, gibt es dann nicht doch eine Kontinuität von der bürgerlichen zur sozialistischen Demokratie? Bis auf den heutigen Tag wird von Revisionisten unterschiedlichster Richtungen eine solche „Fortschreibung“ behauptet. Sie haben eine „Selbstlauftheorie“ geschaffen, wonach sich der Sozialismus im Laufe der Zeit ohnehin aus der kapitalistischen Gesellschaft heraus entwickelt, so daß die kommunistischen Parteien ihre Existenzberechtigung verlieren hätten. Dabei wird Marx aus einem Revolutionär in einen harmlos-freundlichen Anhänger des bürgerlichen Parlamentarismus verwandelt und in sozialdemokratische Leitbilder integriert. Sogar Gysi macht hin und wieder eine knappe Verbeugung vor dem freundlichen alten Herrn.

Die Revisionisten berufen sich auf Äußerungen von Marx aus den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts, wonach in England und in den USA, wo es weder eine Bürokratie noch ein stehendes Heer gab, der Übergang zur sozialistischen Gesellschaft über die Ausnutzung des Parlaments möglich sei. Nach der Pariser Commune hat sich Marx sehr eindeutig gegen diese Auffassung gewandt. Auch in den Altersbriefen von Engels finden sich mehrfach Hinweise auf die Unverzichtbarkeit der Errichtung der Diktatur des Proletariats als politischer Bedingung für den Übergang zur sozialistischen Gesellschaft. Marx hat den unüberbrückbaren Gegensatz von bürgerlichem Parlamentarismus und proletarischer Demokratie, deren qualitativ neuartigen Charakter, klar und deutlich aus den Erfahrungen der Kommunarden abgeleitet.

LESEEMPFEHLUNG: **Ulrich Huar**  
K. Marx: *Der Bürgerkrieg in Frankreich*. Teil III. In: MEW 17/335-350 oder MEAW in 6 Bänden, IV/70-88



Da sind wir aber immer noch ...  
Aus: „Northstar Compass“, Kanada.

## Die Wahrheit über eine angeblich unblutige „Revolution“

# Verharmlosung

Über tschechische Freunde erhielt ich erst jetzt, übersandt von Österreichern, den „Roten Fuchs“ vom Juli 2001 mit dem Beitrag von Ulrich Huar über Implosion oder Konterrevolution. In der DDR habe es keine Konterrevolution gegeben, denn es sei ja „kein Blut geflossen“, behauptete da jemand, den der Autor zitiert. Er setzt sich mit den Bedingungen auseinander, die zum Ende der DDR führten und die Konterrevolution begründeten. Damit bin ich einverstanden. Was mich indes seit langem stört ist die Behauptung, in der DDR und anderswo habe eine „unblutige Revolution“ stattgefunden. Dabei handelt es sich schlichtweg um eine Verharmlosung, eine Verzerrung, eine Entschärfung der Wahrheit. Denn bei genauer Betrachtung wird deutlich, daß Tausende elend zugrunde gingen.

Jüngst sagte eine Politikerin im Hessischen Fernsehen, sie, die BRD-Leute, hätten den Ostdeutschen geholfen, eine „unblutige Revolution“ zu vollziehen. Damit war sie freilich schon etwas weiter als jene, die immerzu nur von der „Einheit“ schwätzen. Im Wesen handelte es sich doch nicht „nur“ um die Einheit, sondern darum, einen grundlegenden Wandel in der DDR, eine Konterrevolution mit Siegern und Verlierern, durchzuführen! Und das soll friedlich verlaufen sein?

In der Tat kam es nicht zum bewaffneten Kampf, zum offenen Krieg, den wir als Fortsetzung des Kalten Krieges mit „heißen Mitteln“ bezeichnen müßten. Die Ursachen sind vielschichtig und sollen hier nicht beschrieben werden. Fest steht aber:

Daß es nicht zur massenhaften Anwendung von Schußwaffen kam, ist zuerst den DDR-Offizieren zu verdanken, die im Sinne des Friedens erzogen waren und in einer Armee dienten, die erstmals in der deutschen Geschichte nicht an Kriegen beteiligt war.

Aber waren die Verwerfungen der „Einheit“ wirklich so frei von Gewalt?

Eine naive Behauptung, die so nicht hinnehmbar ist. Ich wende mich gegen den lax dahingesprochenen Satz vom friedlichen Verlauf der „Wende“, als ob dies alles recht angenehm und nahezu lustig gewesen sei. Da muß ich schon den Leser bitten, sich gründlicher in seiner Umgebung umzusehen. Er wird unschwer feststellen, daß die 90er Jahre sehr schmerzhaft Spuren hinterließen, ungezählte Opfer forderten, ein blutiger Prozeß waren, der bis heute andauert. Die „Sächsische Zeitung“ berichtete jüngst, ebenso das MDR-Fernsehen, allein von der Brücke des Friedens in Bautzen seien 18 Selbstmörder in den Freitod gesprungen. Zwei erst vor wenigen Tagen. Das wird so kalt in den Raum gestellt. Man ist geneigt zu sagen: „Welch unüberlegte, leichtsinnige Tat!“

Ich hätte aber gern gewußt, welche Ursachen dazu führten. Die aber werden totgeschwiegen. Welche Beweggründe trieben die Opfer – darunter junge Leute – zu diesem verhängnisvollen Schritt? Waren es vielleicht gewaltige Spannungen, scheinbar unlösbare Konflikte, Hoffungslosigkeit und tiefe Erschütterung? Ich darf auch vermuten, daß unbewältigte wirtschaftlich-soziale Probleme – vielleicht Arbeitslosig-

keit – dazu beitrugen. Oder Existenzangst? Zerbrochene Hoffnungen?

Wir haben in Städten Befragungen durchgeführt: „Gab es bei Euch Wendeopfer?“ Ein Professor wies in verschiedene Richtungen seines Wohngebietes. „Vier allein hier“ Also alles ohne Gewalt und ohne Blut? Ich selbst fand eine Frau vor, die in letzter Verzweiflung – als 53jährige hatte sie keine Chance mehr auf Arbeit! – mit blutigem Kopf in ihrer Wohnung lag und verstorben war.

Eine Hochrechnung ergab, daß in der früheren DDR etwa 100 000 Menschen direkt oder indirekt, auf die eine oder andere Weise an der „Wende“ zugrunde gingen. „Suizid“, liest man. Das heißt: „Selber schuld!“ Der Mensch lebt jedoch nicht im luftleeren Raum, all sein Tun wird gesellschaftlich „abgesichert“.

Wenn man gelegentlich von der Aufarbeitung der Geschichte spricht, dann muß man auch über die „unblutige Revolution“ reden. Bisher gab es dazu nur Schweigen. Die leichtfertige Behauptung von der gewalt- und blutfreien „Revolution“ oder Konterrevolution“ verschönt die „Wende“ und läßt sie z. B. für westliche Ausländer in freundlichem Licht erscheinen. Doch hinter dem angenehmen Neuen der „Einheit“ verbergen sich miserable Bedingungen, die als eine Ursache für 10 113 im Jahr 2001 begangene rechte Gewalttaten gelten.

**Dr. Heinz Senenko, Sebnitz**

*Unser Autor gehört zur antifaschistischen Forschungsgruppe der VVN-BdA-Spuren-sucher*

**Als wir für die Wohnung noch 3,9 % des Familienbudgets bezahlten**

## „Mietwucher“ in der DDR

Der nachfolgende Text wurde einer Broschüre des „Staatssekretariats für westdeutsche Fragen“ der DDR aus dem Jahre 1967 entnommen:

Einen Fernsehapparat, der heute in der DDR noch etwa doppelt so viel wie in der Bundesrepublik kostet, kauft sich der Durchschnittsbürger vielleicht alle 8, 10 oder gar 12 Jahre. Seine Miete aber, die in der BRD um ein Mehrfaches höher ist als in der DDR, muß er jedes Jahr 12 Mal entrichten.

Ein DDR-Bürger erntet oft Unglauben bei Westdeutschen, wenn er auf ihre Frage wahrheitsgemäß antwortet, daß er als Inhaber einer modernen 2-Zimmer-Wohnung der Arbeiter-Wohnungsbau-Genossenschaft (AWG) mit Müllschlucker, Bad, Zentralheizung und eingebauter Küche in Berlin monatlich 75,50 MDN Miete bezahlt (Baujahr 1965). Eine moderne 4-Raum-Komfortwohnung mit großem Balkon kostet in der AWG einschließlich Fernheizung und Warmwasser 99,10 MDN.

Der Preis je Quadratmeter Wohnraum beträgt in der DDR allgemein 0,85 bis 1,35 MDN je nach Komfort.

In der Bundesrepublik sind 2,05 DM selbst im „sozialen Wohnungsbau“, der jetzt eingeschränkt wird, das Mindeste; der Durchschnitt liegt bei 2,35 DM. Die übergroße Mehrheit der Wohnungen im sogenannten freien Wohnungsbau ist noch wesentlich teurer. Da werden in Großstädten 300 und 400 Mark (1989: 900 bis 1 400 Mark) für eine 3-Zimmer-Wohnung genommen.

Sie werden verstehen, daß sich ein Bürger über solchen Gebrauch der Wörter „sozial“ und „frei“ nur wundern kann.

Die Ausgaben für Miete betragen in einem Arbeiter- oder Angestelltenhaushalt der DDR 3,6 bis 3,9 % des Familieneinkommens, in Westdeutschland sind 25 % (1989: 35 bis 40 %) keine Seltenheit. Von einer geringfügigen Mietpreisänderung für Neubauten mit modernem Komfort abgesehen, blieben die Mieten in der DDR seit 1950 konstant (BRD: vielfach verdoppelt und verdreifacht).

Tatsache ist, daß sie nach 1989 bis zum Zehnfachen stiegen.

**Gefunden und aktualisiert: W. M.**



Am 4. Mai 2002 begeht einer der Mitbegründer des „RotFuchs“

**Genosse Dipl.-Ing. Dr. Hartwig Strohschein** seinen 70. Geburtstag. Einer der Autoren der „11 Programatischen Forderungen von Kommunisten und Sozialisten für Ostdeutschland“, hat sich der Jubilar sowohl beim sozialistischen Aufbau der DDR als auch im antiimperialistischen und antifaschistischen Widerstand gegen Konterrevolution und Annexion als Kommunist bewährt. An seinem Ehrentag grüßen wir das *Vorstandsmitglied des „RotFuchs“-Fördervereins*, unseren Freund und Genossen in herzlicher Verbundenheit. ■

## Harpal Brar bei den Berliner „RotFuchs“-Genossen

# Absage an „Ultraimperialismus“

Am 2. März traf sich die Berliner Regionalgruppe des „RotFuchs“-Fördervereins mit dem indisch-britischen Politiker, Publizisten und Wissenschaftler Prof. Harpal Brar, um sich über Aspekte der neuesten Entwicklungen im Imperialismus zu verständigen. Genosse Brar war den etwa 60 Versammelten kein Unbekannter: Schon zur gemeinsam mit der Zeitschrift „offensiv“ veranstalteten Konferenz (vgl. RF Nr. 34) hatte er einen wichtigen Beitrag geleistet und dort die Leninsche Imperialismus-Theorie kenntnisreich, mit gediegener Argumentation kämpferisch verteidigt. Nunmehr stand sein Auftreten mit am Beginn einer dreiwöchigen Vortragsreise durch die BRD. Sie diente der Präsentation seines Buches „Imperialismus im 21. Jahrhundert – Sozialismus oder Barbarei“ (Pahl-Rugenstein-Verlag, Bonn).

Die Veranstaltung erhielt ihr Gepräge nicht zuletzt dadurch, daß der Autor faktisch zwei Vorträge hielt: Zunächst wurde eine deutsche Übersetzung der vorbereiteten Einstiegsbemerkungen verlesen und dann eine Lektion in freier Rede gehalten, mit der H. Brar die Anwesenden regelrecht faszinierte. Seine klare, einfache Sprache, überzeugende Faktenketten, eine engagierte Redeweise und schließlich die starke Ausstrahlung des Gastes zogen alle in ihren Bann. Die Ausführungen bewegten sich im wesentlichen um drei Themenkreise: 1. die Beschleunigung des Monopolisierungsprozesses, 2. den Kampf um die Neuaufteilung der Welt und 3. die Wirkungen des Opportunismus auf die Arbeiterklasse. Zum ersten Komplex führte der Redner eine Fülle von Daten und Tatsachen aus der Fusionswelle der letzten Jahre an. Die Bildung von internationalen Supermonopolen, bereits ein Faktum zu Lenins Zeiten, sei unerbitlich vorangeschritten. „Das Fusions- und Übernahmefieber führte 1999 zu einem Höhepunkt, indem die Gesamtsumme (des Aktienwertes der beteiligten Unternehmen – F. M.) einen bis dahin undenkbar Wert von 3,4 Billionen US-Dollar erreichte.“ H. Brar erinnerte an die Übernahme der britischen One2One durch die Deutsche Telekom, den Griff der Deutschen Bank nach dem amerikanischen Bankers Trusts, der ihr einen Platz unter den sechs weltgrößten Banken verschaffte, an die faktische Übernahme von Chrysler durch Daimler mit dem Ergebnis, jetzt drittgrößter Automobilhersteller der Welt zu sein. „Die Deutschen sind Spätzügler in Sachen Globalisierung, aber sie legen einen unbändigen Aufholeifer an den Tag“, zitierte er eine britische Pressestimme. Das Motto laute, jetzt fusionieren und globale Dominanz erreichen oder in völlige Vergessenheit geraten. Im Buch beschreibt H. Brar einige Folgen dieser Prozesse: „Eine kleine Handvoll von 15 Multis kontrolliert den Markt bei 20 Schlüsselprodukten. Sie kontrollieren 90 % des weltweiten Weizenhandels, 70 % des Reishandels, 80 % des Tee- und Kaffeehandels, 90 % des Holz-, Baumwoll- und Tabakhandels, 80 % des Kupferhandels, 60 % des Ölhandels, 90 % des Eisenhandels ...“ (S. 19) Die atemberaubende Geschwindigkeit dieser Abläufe ändere jedoch nichts am Wesen der Sache.

Das charakteristische Merkmal sei in seinem Gehalt dasselbe wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts, nämlich Aufteilung in hegemoniale Einflußsphären unter den rivalisierenden imperialistischen Mächten.

Zum zweiten Komplex seiner Ausführungen – den aktuellen Erscheinungen des Kampfes um die Neuaufteilung der Welt – zitierte H. Brar einen Daimler-Chrysler-Chef: „Es gibt nun keine neuen Märkte mehr in der Industrie zu entdecken. Wir bekämpfen einander, um zu siegen.“ Die sich gesetzmäßig ununterbrochen verändernde relative Stärke miteinander ringender Monopole und damit einzelner Staaten habe bereits zum Ersten wie auch zum Zweiten Weltkrieg geführt. Tatsächlich sei auch jetzt wieder „ein irrsinniger Kampf um die Neuaufteilung der Welt im Gange, und zwar zwischen den imperialistischen Zentren USA, EU und Japan“. Viele Beweise aus den aktuellen Geschehnissen wurden angeführt, so die europäischen Bemühungen zur Bildung einer eigenen Interventionsarmee oder die Nichteinbeziehung „verbündeter“ Streitkräfte beim Überfall auf Afghanistan. Zu einer entsprechenden Diskussionsbemerkung meinte H. Brar, daß sich dort die USA-Aktivitäten mit den Interessen der Großmächte Rußland, China und Indien kreuzten, was unweigerlich zu Konflikten führen müsse. Außerdem sei es besorgniserregend, daß Deutschland und Japan über Voraussetzungen zur Eigenproduktion von Kernwaffen verfügten. So erwiesen sich die Drohungen der USA gegenüber Irak auch als Warnung an die Adresse dieser beiden Mächte. „Man schlägt den Sack und meint den Esel.“ Man könne sich da natürlich nicht auf „astrologische“ Voraussagen festlegen. Denkbar seien auch Allianzen, z. B. zwischen Deutschland und Rußland; immerhin stelle die BRD heute den größten Auslandsinvestor in diesem Lande dar. Jedenfalls zielten die unverhüllten Vorherrschaftsansprüche der USA in Afghanistan, Usbekistan und Aserbaidschan auch darauf ab, Deutschen wie Japanern „bei Bedarf“ den Ölhahn zudrehen zu können.

Breiten Raum widmete der Redner den Problemen, die mit der Spaltung der Arbeiterklasse in den imperialistischen Metropolen verbunden sind. Die Ausplünderung der Länder der „Dritten Welt“ schaffe die materielle Basis für die Existenz und Wirksamkeit einer breiten Schicht der Arbeiteraristokratie und ihrer politischen Organisation, der Sozialdemokratie. 85 % des weltweiten Bruttosozialprodukts würden von den reichsten 20 % der Menschheit verbraucht und umgekehrt stünden den übrigen 80 % nur 15 % des Bruttosozialprodukts der Erde zur Verfügung. Angesichts dessen sei es sonnenklar, daß die Sozialdemokratie „eine Partei des Imperialismus und einer bevorzugten Schicht der Arbeiterklasse ist“, deren Privilegien auf der Erzielung von Monopolprofiten im Ausland und auf intensiver Ausbeutung der breiten unteren Schichten des Proletariats im eigenen Land beruhten. Nur Marxisten-Leninisten seien in der Lage, Massenkämpfe zu führen, den definitiven Bruch mit der Ideologie und den organisatorischen For-

men der Sozialdemokratie zu vollziehen“ (S. 169 des Buches).

Der Redner ging auf die jüngst aufgetauchte Theorie vom „kollektiven Imperialismus“ ein, die von der Idee der Interessenharmonie zwischen den imperialistischen Metropolen bestimmt werde. Sie sei jedoch nichts weiter als ein Versuch, die schon von Lenin scharf kritisierte Kautsky-Lehre vom „Ultraimperialismus“ neu zu beleben. Vielmehr stelle der Imperialismus die Menschheit vor die Wahl: entweder Revolution oder Krieg und Barbarei. Allein der britische Imperialismus habe im Verlauf seiner Kolonialherrschaft den Tod von 100 Millionen Menschen zu verantworten; während der USA-Überfälle auf Korea und Vietnam hätten 9 Millionen Menschen ihr Leben verloren. Da sei es schon makaber, die Anschläge vom 11. September als „Wendepunkt der Menschheitsgeschichte“ darzustellen. Gegenwärtig verschärfen sich alle Widersprüche des Imperialismus bis zum äußersten; durch seine Rücksichtslosigkeit aber sporne er unweigerlich die Arbeiterklasse und die unterdrückten Menschen zur revolutionären Überwindung dieser Gesellschaftsordnung an. H. Brar erinnerte noch einmal an Lenin: „Der Imperialismus ist der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats.“

Fazit des Berichterstatters: Herzlicher Beifall bekundete dem Referenten wiederholt die Sympathie, mit der seine Ausführungen aufgenommen wurden. Unverkennbar war die völlige Übereinstimmung mit den Gedanken, die Hans Heinz Holz vor vier Monaten in der ersten Mitgliederversammlung des RF-Fördervereins entwickelt hatte. Unübersehbar ist aber auch das Abgleiten der „Erfinder“ und Verfechter des „kollektiven Imperialismus“ auf Kautsky'sche Positionen. **Frank Mühlefeldt**



## Regionalgruppe Schwerin des RF-Fördervereins konstituierte sich

# Ein guter Auftakt

Am 23. März folgten 17 Genossinnen und Genossen, Mitglieder der PDS, der DKP und Parteilose, der Einladung zu einem Gespräch mit „RotFuchs“-Chefredakteur Dr. Klaus Steiniger in Schwerin. Alte Bekannte trafen sich erfreut wieder, andere, auch Jüngere, kamen ohne Reserviertheit, so daß bald eine lockere Atmosphäre, frei von Mißtrauen oder Vorbehalten entstand. Der Gast aus Berlin leitete das Gespräch mit einigen grundsätzlichen Bemerkungen zur Orientierung des „RotFuchs“ ein. Die Zeitung stehe für die Verteidigung des Vermächtnisses der sozialistischen Revolution in Europa, besonders in der DDR, deren Errungenschaften trotz der Niederlage Erfahrungsgrundlage aller künftigen revolutionären Entwicklungen in Deutschland sein werden; sie bleibe dem proletarischen Internationalismus gegen alle euro- oder deutschzentristischen Parolen treu; sie bekenne sich zur Arbeiterklasse und ihrer historischen Mission bei der Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung; sie pflege den wissenschaftlichen Sozialismus von Marx, Engels und Lenin und dessen Nutzung für die Analyse des gegenwärtigen Imperialismus gegen alle Wiederbele-

bungsversuche opportunistischer Theorien von Kautsky u. a. Die Diskussionsteilnehmer unterstützten diesen Kurs der Zeitung. Klaus H. wünschte sich noch mehr Beiträge zu Fragen der internationalen kommunistischen Bewegung, weil deren weiterer Kurs für Sozialisten und Kommunisten in der BRD großes Gewicht besitze. Gerhard G. äußerte sich zu revisionistischen Tendenzen in der Politik der DKP-Führung. Angesichts des Abweichens von Positionen des wissenschaftlichen Sozialismus werde der „RotFuchs“ für immer mehr Genossen zur politischen Heimat, wurde betont. Viel Platz nahm in der Debatte das mögliche Wahlverhalten im kommenden Herbst ein. Mehrere Anwesende erklärten sich z. B. außerstande, der PDS noch einmal ihre Stimme zu geben. Auch Ingo H. (PDS) betonte, er könne seine eigene Partei nicht mehr vorbehaltlos unterstützen. Einig wurden sich die Teilnehmer schließlich, daß die PDS als linke, antifaschistische und demokratische, zugleich aber nichtrevolutionäre, nichtmarxistische und nichtkommunistische Partei so lange Gewicht besitze, wie sie auf Bundesebene in der Opposition bleibe und sich als Friedenspartei profile-

re. Mit Sorge wurde das Abbröckeln in beiden Fragen vermerkt. Im Wahlkampf gehe es vor allem darum, den gefährlichen Rechtskurs Stoibers zu entlarven und zugleich die SPD mit dem Kriegskanzler Schröder nicht zu schonen.

In der Diskussion kam der Wille zum Ausdruck, gemeinsam dafür einzutreten, daß die sozialistische Bewegung nach der schweren Niederlage wieder aus der Talsohle herauskommt. Den Teilnehmern des Gesprächs war dabei der beschwerliche, nicht kurzfristig zu bewältigende, aber unumgängliche Wachstums- und Vereinigungsprozeß bewußt, um den es geht. Der „RotFuchs“ will seinen Beitrag dazu leisten.

Gewissermaßen aus dem Stand heraus konstituierte sich die Regionalgruppe Schwerin des RF-Fördervereins mit zunächst 15 Mitgliedern. Hartwig S., Heidi P., Ingo H. und der Grafiker Karheinz Effenberger (nicht nur ND-Denkzettelleser als Effi bekannt) machten konkrete Vorschläge zur Weiterverbreitung der Zeitschrift und zur Wirksamkeit des Vereins. Ein ermutigender Start! **Norbert Pauligk**

## Warum Petra Pau für uns nicht wählbar ist

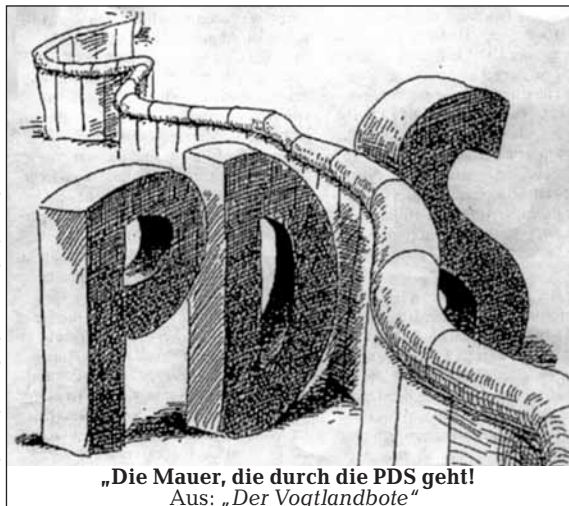
# Eine unakzeptable Kandidatin

Im bisherigen Gysi-Bundestagswahlkreis Marzahn-Hellersdorf ist mit der stellvertretenden PDS-Vorsitzenden Petra Pau eine für linke Wähler nicht akzeptable Kandidatin aufgestellt worden. Sie hat sich bereits in der Vergangenheit, als sie noch der Berliner PDS vorstand, durch jährlich wiederkehrende Anbiederungs-Rituale, bei denen sie die „Niederschlagung des Arbeiteraufstandes“ vom 17. Juni 1953 und den „Mauerbau“ vom 13. August 1961 verurteilte, besonders negativ hervorgetan. Später kam die Entschuldigung für die angebliche Zwangsvereinigung von KPD und SPD hinzu. Doch in diesem Jahr ging Petra Pau noch einen Schritt weiter. Sie forderte laut ND eine „Klärung“, warum die Ausländerfeindlichkeit in den „neuen Bundesländern“ und in den Ostberliner Stadtbezirken „ungleich höher“ als im Westen sei. Es solle untersucht werden, welche Ursachen „noch in der DDR oder in der Politik der dort vertretenen Parteien“ lägen.

Mit all dem hat sich die offizielle PDS-Bewerberin aus unserer Sicht unwählbar gemacht! Da auch die Direktkandidaten der übrigen Parteien – darunter die SPD-Ministerin Bergmann – nicht diskutabel sind, steht die Frage nach einer Alternative in diesem Wahlkreis. Sie bietet sich glücklicherweise an, da mit **MR Doz. Dr. med. sc. Erhard Thomas** (Brachliner

Str. 12, 12683 Berlin) abermals ein parteipolitisch unabhängiger Bewerber antritt, der bereits bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus gut abgeschnitten hat (5,2 %). Der angesehene Mediziner – er war u. a. Chefchirurg des Regierungs- und des Diplomatenkrankenhauses der DDR – gehört übrigens dem Vorstand des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. an.

Wir bitten unsere in Hellersdorf-Marzahn wohnhaften Leser und Freunde, Dr. Thomas ihre Unterstützerunterschriften für die Kandidatur zu geben. Wir empfehlen zugleich, bei den Bundestagswahlen mit der Erststimme für diesen Berliner Volksarzt zu votieren. **R. F.**



„Die Mauer, die durch die PDS geht!  
Aus: „Der Vogtlandbote“

## Was Dr. Tichauer beim Lesen fand

### FAKTEN UND ZAHLEN

Aus dem Buch der russischen Autoren W. Lisitschkin und L. Schelepin „Das globale Reich des Bösen“ (Moskau 2001) ist über die Bevölkerungsstruktur des Kosovo folgendes zu erfahren: „Eine kompakte Gruppe von Albanern (70000) wurde erstmals auf Initiative Titos seit Mitte der 50er Jahre angesiedelt. Zum Jahrhundertwechsel gab es im Kosovo schon mehr Albaner als Serben, bedingt durch hohe Geburtenquoten und Zuwanderung aus dem wesentlich ärmeren Albanien. Schon 1990 lebten dort ca. 300000 illegale Einwanderer.“

In der Zeitung „Sowjetskaja Rossija“ vom 14. Februar 2002 wird berichtet: „Die Kernbevölkerung des Moskauer Gebiets verringert sich mit einem Tempo von 1 % pro Jahr. Seit 1992 gibt es auf 1000 Geburten 2000 Todesfälle. Die heutige Einwohnerschaft wird in 50 Jahren halbiert und durch Zuwanderer ergänzt sein. Wenn letztes Jahr in ganz Rußland pro 1000 Personen 15,6 Sterbefälle registriert wurden, dann waren es im Moskauer Gebiet 18,2. Damit steht die Region um die Hauptstadt in dieser Hinsicht an der Spitze des Landes.“

## Warum es in China keine parlamentarische Opposition gibt

# „Diktatur“ nur einer Partei?

Der „RotFuchs“ wird in loser Folge über bestimmte Fragen zur Situation und zur Entwicklung in China informieren. Dabei sollen auch Themen behandelt werden, die bei Vorträgen aufgeworfen wurden oder zu denen wegen unkorrekter Aussagen in Veröffentlichungen eine richtigstellende Information geboten ist.

In einem Artikel zum 80. Jahrestag der KP Chinas hat die Zeitschrift „Sozialismus“ (Sept. 2001) von einer „Einparteiherrschaft“ in China gesprochen. Dem Autor des Artikels, der eigentlich zu den Kennern des Landes gehört, ist entweder ein Irrtum unterlaufen oder er begibt sich auf eine Ebene der Argumentation, die dieser Zeitschrift sonst fremd ist. Es sei hier nur erwähnt, daß im Entwurf des PDS-Partei-programms, der von der Vorsitzenden Gabi Zimmer „vorgestellt“ wurde, generell gegen „kommunistische Einparteindiktatur“ in den „staatssozialistischen Ländern“ Front gemacht wird. Eine sachliche Korrektur ist deshalb am Platz.

In der VR China gibt es ein System der Mehrparteiensystem zusammenarbeit und der politischen Konsultation unter Führung der KP Chinas. Dieses für China spezifische Parteiensystem unterscheidet sich vom Mehrparteiensystem kapitalistischer Länder und auch vom Einparteisystem in einigen ehemals sozialistischen Ländern. Es ist das Ergebnis der erfolgreichen demokratischen Revolution in China und Ausdruck der Einheitsfront in der demokratischen und sozialistischen Revolution. Die KP Chinas ist die führende politische Kraft des Landes. Das ist fester Bestandteil der Grundorientierung für die sozialistische Entwicklung. Doch die konkrete Realisierung dieser führenden Rolle ist weit entfernt von einer „Einparteindiktatur“. Die chinesische KP hat grundsätzliche Schlußfolgerungen aus der Niederlage des Sozialismus in der UdSSR und den osteuropäischen Ländern gezogen. Im Parteiprogramm heißt es: „Die Führung durch die Partei ist vor allem politische, ideologische und organisatorische Führung. Entsprechend den Erfordernissen von Reform und Öffnung sowie des sozialistischen Aufbaus und der Modernisierung muß die Partei ihre Führung verstärken und verbessern. Sie muß die geistigen Kräfte auf die Führung des wirtschaftlichen Aufbaus konzentrieren. (...) Die Partei hat die aktive und selbständige, unabhängige und eigenverantwortliche koordinierte Arbeit der gesetzgebenden, rechtlichen und Verwaltungsorgane des Staates, der wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen und der gesellschaftlichen Vereinigungen zu gewährleisten.“

Die KP Chinas akzeptiert das bürgerliche Mehrparteiensystem nicht, das würde zum Verlassen des sozialistischen Weges führen, wie die Erfahrungen besagen. In China bestehen aber acht weitere Parteien. Diese formierten sich im Prozeß der „Neu-demokratischen Revolution“ (1912-1949). Sie werden deshalb demokratische Parteien genannt. Seit ihrer Gründung arbeiten sie in unterschiedlichem Grade mit der KP zusammen. Von 1948 bis Anfang 1949 folg-

ten sie nacheinander dem Aufruf der Kommunisten, die Politische Konsultativkonferenz einzuberufen. Im September 1949 nahmen sie mit der KP Chinas und parteilosen Persönlichkeiten an der 1. Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes teil, auf der das „Gemeinsame Programm“ als provisorische Verfassung angenommen, die zentrale Volksregierung gewählt und der Beschluß zur Gründung der VR China gefaßt wurden. Die demokratischen Parteien genießen politische Freiheit, organisatorische Selbständigkeit und gesetzliche Gleichberechtigung auf der Grundlage der Verfassung. Es sind Parteien, die die Führung durch die KP Chinas anerkennen, mit ihr eng zusammenarbeiten und sich für die Sache des Sozialismus einsetzen. Ich stelle die acht demokratischen Parteien hier kurz vor:

1. „Das Revolutionskomitee der Guomindang Chinas“  
Diese Partei wurde im Januar 1948 in Hongkong gegründet und hat über 60 000 Mitglieder. Sie und ihre Sympathisanten sind hauptsächlich ehemalige Mitglieder der Guomindang und Persönlichkeiten, die früher mit der Guomindang Verbindung hatten. Die Partei pflegt das Erbe von Sun Yat-sen und wirkt im Sinne des Patriotismus und des Fortschritts.
2. „Die Chinesische Demokratische Liga“  
Sie wurde im Oktober 1941 in Chongqing gegründet und hat heute etwa 144 000 Mitglieder. Sie und die Kreise, die mit ihr in Verbindung stehen, sind vor allem Intellektuelle der Mittel- und Oberschicht.
3. „Die Chinesische Gesellschaft für den Demokratischen Nationalen Aufbau“  
Sie wurde im Dezember 1945 gegründet und hat jetzt etwa 78 000 Mitglieder. Diese und weitere Anhänger waren zur Zeit der Gründung vor allem Angehörige der Bourgeoisie und Intellektuelle mit Kontakten zur kapitalistischen Wirtschaft, sie sind heute überwiegend Persönlichkeiten aus der Wirtschaft, Spezialisten und Wissenschaftler.
4. „Die Chinesische Gesellschaft für die Förderung der Demokratie“  
Sie wurde im Dezember 1945 in Shanghai gegründet und hat über 74 000 Mitglieder. Sie und das Umfeld sind vor allem Intellektuelle aus Erziehung, Kultur, Wissenschaft und Verlagswesen.
5. „Die Chinesische Demokratische Partei der Bauern und Arbeiter“  
Sie wurde im August 1930 in Shanghai gegründet und hat über 75 000

Mitglieder. Ihr Einflußbereich umfaßt Intellektuelle aus Gesundheitswesen, Wissenschaft und Technik, Kultur und Erziehung.

6. „Die Zhi-Gong-Dang Chinas“  
Sie wurde im Oktober 1925 gegründet und hat heute ca. 18 000 Mitglieder. Es handelt sich vorwiegend um heimgekehrte Auslandschinesen, mit ihnen in Verbindung stehende Personen und Familienangehörige der im Ausland lebenden chinesischen Bürger.
7. „Die Gesellschaft des 3. September“  
Sie wurde im September 1944 gegründet und zählt etwa 78 000 Mitglieder. Mitgliedschaft und Anhänger sind vor allem Intellektuelle der Ober- und Mittelschicht aus den Bereichen Wissenschaft und Technik, Kultur und Erziehung, Gesundheitswesen.
8. „Die Demokratische Selbstbestimmungsliga Taiwans“  
Sie wurde im November 1947 in Hongkong gebildet und hat heute 1 800 Mitglieder. Diese stammen wie auch die Sympathisanten vorwiegend aus Taiwan und leben jetzt auf dem Festland. Ziel der Liga ist es, dem Aufbau und der Vereinigung des Vaterlandes zu dienen.

Alle Parteien sind durch Abgeordnete im Nationalen Volkskongreß (Parlament) und in der als Beratungsorgan eng mit dem Parlament zusammenarbeitenden Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes vertreten. Mitglieder der demokratischen Parteien bekleiden wichtige leitende Positionen in der Regierung, in Wirtschaft, Kultur, Volksbildungswesen, wissenschaftlichen und technischen Gremien. Ihre Organisationen repräsentieren spezielle gesellschaftliche Kräfte. Ihr Rat ist gefragt und geachtet. Sie sind keine Oppositionsparteien, sondern der Regierung angehörende Kräfte. Sie tragen nicht unwesentlich zum politischen Entscheidungsprozeß bei. Die jährlich parallel zum Nationalen Volkskongreß tagende Politische Konsultativkonferenz berät über wesentliche Fragen der Politik des Staates, Lebensprobleme des Volkes, Fragen der Einheitsfront. Sie beurteilt die Arbeit der Regierung, beaufsichtigt die Einhaltung der Verfassung und der Gesetze.

Das System der Mehrparteien-Zusammenarbeit und der politischen Konsultation unter Führung der KP Chinas hat sich im volkreichsten Land der Erde bewährt.

**Rolf Berthold**

Unser Autor war Botschafter der DDR in der Volksrepublik China.

**Der KP Chinas gehören mehr als 65 Millionen Mitglieder an. Unter jeweils 1 000 Chinesen befinden sich 52 Kommunisten. 26,7 % sind Frauen, mehr als 4 Millionen entstammen den ethnischen Gruppen (nationalen Minderheiten). 22,3 % der Genossen sind jünger als 35 Jahre, 23,9 % befinden sich in der Altersstufe zwischen 36 und 45 Jahren.**

**Gab es in den frühen 50er Jahren in China 366 000 weibliche Kader, so beträgt ihr Anteil an der Gesamtzahl jetzt mit 14,89 Millionen mehr als 36 %. 45 Frauen sind Provinzgouverneure, Vorsitzende oder stellvertretende Vorsitzende von autonomen Regionen oder Bürgermeister großer Städte. (Pekinger Volkszeitung/Xinhua)**

## Was steckt hinter der Haßkampagne gegen Robert Mugabe?

# Ein kolonialistisches Manöver

Kurz nach Bekanntwerden des Resultats der Präsidentschaftswahlen in Simbabwe, bei denen der langjährige Amtsinhaber Robert Mugabe 55 % und sein vom Westen aufgebaut und ausgehaltener Gegenspieler, der Chef der proimperialistischen „Bewegung für Demokratischen Wandel“ (MDC), Morgan Tsvangirai, nur 42 % der Stimmen erhielten, brachten die westlichen Mächte und deren Medien ihre Propagandamaschine zur Delegitimierung des südafrikanischen Staates auf eine noch höhere Umdrehungszahl. Mugabe habe die ihn offensichtlich begünstigende bisher höchste Wahlbeteiligung in der Geschichte Simbabwes allein durch Gewalt und Einschüchterung, durch Aushebelung der Pressefreiheit und Fälschung der Ergebnisse erreichen können, wurde behauptet. Hunderte objektive Wahlbeobachter aus aller Welt bescheinigten der Regierung in Harare indes das Gegenteil: Von einzelnen Vorfällen abgesehen sei die Abstimmung fair, frei und gewaltlos verlaufen. Die alte Kolonialmacht Großbritannien, deren Gazetten und Sender monatelang den sicheren Sieg ihres Favoriten Tsvangirai vorhergesagt hatten, schoß den Vogel ab und inszenierte den auf ein Jahr befristeten Ausschluß Simbabwes aus dem Commonwealth. Zugleich drehten das Auslandskapital und die weißen Farmer weiter an der Versorgungsschraube: Mais – das Grundnahrungsmittel des Landes – wurde noch mehr verknappt und verteuert. Schon zuvor hatte die Europäische Union – auf britisch-amerikanisches Verlangen – Sanktionen gegen Simbabwe beschlossen, nachdem der mit einem simplen Touristenvisum eingereiste Chef der EU-Beobachtergruppe – der Schwede Schori – ausgewiesen worden war.

Der eigentliche Hintergrund der imperialistischen Kampagne gegen den Führer der Afrikanischen Nationalunion von Simbabwe-Patriotische Front (ZANU-PF) ist jedoch ein anderer: Mugabe, dessen Bewegung gemeinsam mit der in ihr aufgegangenen Afrikanischen Volksunion von Simbabwe (ZAPU) unter Joshua Nkomo 1979 siegreich aus dem antikolonialen Befreiungskrieg gegen das scheinunabhängige weiße südrhodesische Regime von Ian Smith hervorging und im Februar 1980 auch die ersten freien Wahlen für sich entschied, greift den Lebensnerv der im Lande verbliebenen proimperialistischen Kräfte entscheidend an: den kolonialistischen Großgrundbesitz. Vor allem aber hat sich Mugabe – nach einer Phase des Zurückweichens – in letzter Zeit auch zu einer härteren Gangart gegen den Simbabwe erpressenden Internationalen Währungsfonds (IWF) entschieden.

Das 1990 beschlossene Bodenreformgesetz rief außer den weißen Plantagenbesitzern, die nach wie vor den größten Teil des besten Farmlandes kontrollieren, auch die Neokolonialisten des Auslands auf den Plan. Auf ihre „Empfehlung“ trotzte der IWF 1992 Mugabe ein Strukturelles Korrekturprogramm (SAP) ab, das die Enteignung der Großgrundbesitzer stoppen und wesentliche Abstriche an den Gesundheits- und Bildungsplänen der ZANU-PF vornehmen sollte. Dagegen wandten sich besonders die Veteranen des Befreiungskrieges, deren Organisation sich an die Spitze der schwarzen Landbesetzer stellte. Als die ZANU für diese Partei ergriff und 1999 ein Referendum durchführen ließ, das notwendigen Änderungen der Verfassung den Weg bereite und so die Konfiszierung der Ländereien des weißen Klassenfeindes der landlosen Armen legalisierte, schuf sich die berüchtigte Union Kommerzieller Farmer (CFU) – der Plantagenbesitzerverband – gemeinsam mit dem mächtigen Zimbabwe Democracy Trust (ZDT) das geeignete Instrumentarium: Sie rief die eingangs erwähnte Oppositionspartei Morgan Tsvangirai – einer Marionette des Imperialismus – ins Leben. Dem aus London operierenden ZDT gehören übrigens drei frühere britische Außenminister und ein ehemaliger Vizechef der Afrika-Abteilung des U. S. State Department an.

Mugabe, der auch wegen der Entsendung von 8 000 simbabwischen Soldaten zur Unterstützung des gleichfalls ungeliebten Laurent Kabila in die Demokratische Republik Kongo von den Imperialisten scharf angegangen wurde, antwortete auf die Intrigen seiner Gegner mit dem revolutionär anmutenden Landbeschlagnahme-Gesetz,

seit dessen Inkraftsetzung bereits 130 000 vorher besitzlose Familien eigenen Grund und Boden erhalten haben. Bei den Wahlen im Juni 2000 versuchte daraufhin der Westen, den „marxistisch angehauchten roten Diktator“ in Harare endlich loszuwerden. Doch die Rechnung ging nicht auf. Trotz enormer materieller und finanzieller Hilfe erfüllte Tsvangirais MDC nicht die ihr von den Londoner Geldgebern gesetzte Norm. Die ZANU-PF behauptete sich erneut als stärkste Parlamentspartei. Der Strohmann Großbritannien und der USA fiel durch. Mugabe ist ein Steher, den so leicht nichts umwirft. Das bewies er zuletzt bei den Präsidentschaftswahlen im März 2002. Sein Prestige als Antikolonialist und Antiimperialist ist – trotz mancher Irrungen und Wirrungen, die auf sein Konto kommen, und ungeachtet der zugespitzten innenpolitischen und ökonomischen Lage – besonders bei den ländlichen Massen nach wie vor hoch, wenn auch die proimperialistischen Aktivitäten der MDC nicht ohne Wirkung geblieben sind. Zu deren wichtigsten Finanzierern gehört die Westminster-Stiftung, deren Kapital zu 95 % britisch ist und zu deren Trägern die drei großen Parteien des Vereinigten Königreichs – Labour, Konservative und Liberaldemokraten – zählen.

„Es handelt sich um eine unannehmbare Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten, und das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Rekolonialisierung Simbabwes“, erklärte Mugabes Außenminister Mudenge im Januar 2002.

Mit anderen Worten: Was sich in dem strategisch bedeutsamen Land im südlichen Afrika abspielt, ist ein Kapitel härtesten Klassenkampfes.

Klaus Steiniger



Grafik: SH A H A R



## Erklärung des Exekutivkomitees der UKP-KPdsU

# NATO kreist Rußland ein

Das Exekutivkomitee der Union Kommunistischer Parteien - KPdsU bemerkt mit Besorgnis, daß in den letzten Monaten die Tendenz zum militärischen Eindringen der USA in das Territorium von Ländern, die früher zur UdSSR gehörten, klar erkennbar ist. Schon heute gibt es Luftwaffenbasen von Ländern, die Mitglieder der NATO sind, in Usbekistan, Kirgisien und Tadschikistan. Im November dieses Jahres kann beim angekündigten NATO-Gipfel in Prag der Beschluß gefaßt werden, Lettland, Litauen und Estland in die Allianz aufzunehmen. In diesem Falle werden NATO-Truppen im Baltikum in Erscheinung treten. Gleichzeitig läuft über das Programm „Partnerschaft für den Frieden“ die Einbeziehung

der Ukraine, Grusiniens und Aserbaidschans in die NATO.

Die Expansion dieses aggressiven militärisch-politischen Blocks trägt die Bedrohung nicht nur der Völker der GUS und des Baltikums, sondern auch aller Länder Asiens, des Mittelens und Nahen Ostens in sich. Besonders klar zutage getreten sind diese verhängnisvollen Pläne beim kürzlichen Auftreten von USA-Präsident Bush, das das Weltherrschaftsstreben der Vereinigten Staaten sowie die Absicht, mit der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, mit Iran und Irak abzurechnen, erkennen ließ. Die Territorien der GUS und des Baltikums können für die amerikanische Aggression gegen besagte Länder genutzt werden.

Das Exekutivkomitee der UKP - KPdsU verurteilt entschieden die Pläne zur Erweiterung der Nordatlantischen Allianz als Pläne, die eine ernsthafte Gefahr für die Sache des Friedens, der Freiheit und der Unabhängigkeit unserer Länder entstehen lassen. Das Plenum verurteilt den Kurs der USA auf Nutzung von Gewalt als Hauptinstrument der Weltpolitik, als Mittel, der Welt die „Globalisierung auf amerikanische Art“ aufzuzwingen.

Wir erklären unsere Absicht, ein Programm von Maßnahmen zum Widerstand gegen die Ostexpansion der NATO und vor allem gegen die Schaffung von Basen der NATO in Mittelasien, Kasachstan und dem Baltikum auszuarbeiten und zu verwirklichen.

Übersetzung: Eberhard Bock

## Wird Japan zur militärischen Supermacht aufsteigen?

# Tokio propagiert „chinesische Gefahr“

Japan, das seine verarmlosend als „Selbstverteidigungskräfte“ (SDF) bezeichnete Armee seit Jahren systematisch modernisierte, hat 2001 einen qualitativen Schritt zum Ausbau seines Aggressionspotentials getan. Der strategische Wechsel zu einer Interventionsarmee ist vollzogen worden. Nach Auffassung der Pekinger „Volkszeitung“ arbeitet Tokio jetzt zielstrebig darauf hin, eine „militärische Supermacht“ zu werden. Wie im Falle der BRD wurde auch hier der „11. September“ vorgeschoben, um den diesbezüglichen Ambitionen mehr Schubkraft zu verleihen. Ende Oktober nahm das japanische Oberhaus ein Gesetz an, das die SDF zur militärischen Unterstützung des von Bush ausgerufenen „Krieges gegen den Terror“ autorisierte. Erstmals wurde der Weg zur Verlegung von Truppen ins Ausland freigemacht. Die vorerst zu entsendenden Verbände wurden klar definiert: Eskorten, Wacheinheiten, Aufklärer und Logistik.

Noch ist von Kampftruppen nicht die Rede. Doch ohne Zweifel: Eine Vorab-Zustimmung des Parlaments ist nicht länger erforderlich; sie muß allerdings innerhalb von 20 Tagen nach Operationsbeginn (!) eingeholt werden. Auch die potentielle Einsatzzone wurde neu definiert: Statt der „Japan umgebenden Gebiete“ wird jetzt vom „Westpazifik“ gesprochen. Doch selbst das ist nur Schall und Rauch: Nach Washingtons Überfall auf Afghanistan entsandte Tokio modernste Kriegsschiffe zur Begleitung von USA-Flugzeugträgern in die Arabische See und den Persischen Golf. Noch immer sind sechs von ihnen dort stationiert.

Japan will bei der Aufrüstung und beim Mitspielen im U. S. War Game keine Zeit verlieren. Deshalb wurde die für 2005 vorgesehene Ausarbeitung einer neuen Verteidigungsdoktrin um zwei Jahre vorverlegt. Wie aus Kreisen der als Kriegsministerium fungierenden Verteidigungsbehörde durchsickerte, gerät vor allem die Volksrepublik China immer mehr ins Visier der japanischen Militärplaner. Auffällig ist, daß Nippons Medien in letzter Zeit die Kapazitäten der Volksbefreiungsarmee und der chinesischen Bewaffnungsindustrie mit deutlicher Übertreibung darstellen, um die von Peking drohende „Gefahr“

drastisch auszumalen. Außerdem wird das gewaltige Potential der VR China mit den „bescheidenen“ militärischen Ressourcen Taiwans verglichen, was die vom Festland ausgehende „Bedrohung“ hervorheben soll.

Im Dezember 2001 passierte ein ebenfalls vom „11. September“ angestoßenes Gesetz für Verhalten in Notstandssituationen das Tokioter Parlament. Es befaßt sich mit möglichen Guerilla-Angriffen, bei denen nukleare, biologische oder chemische Waffen eingesetzt werden. In solchen Fällen kann der Premierminister ohne Regierungsbeschluß den Angriff befehlen.

Vorläufig vollzieht sich Japans forcierte Militarisierung noch unter dem „Atomschirm“ der USA. Deshalb hat sich das Kabinett im vergangenen Jahr für die Unterstützung des Nationalen Raketenabwehrsystems (NMD) des Pentagon und das entsprechende USA-Regionalprogramm (TMD) ausgesprochen. Eigene

Entwicklungs- und Produktionskapazitäten sollen dabei massiv eingespannt werden. Im Jahre 2001 erreichte Japans Verteidigungsbudget die bisherige Rekordhöhe von 45 Mrd. Dollar. Im Dezember 2000 hatte das Parlament bereits ein mittelfristiges Verteidigungsprogramm beschlossen, bei dem es um die Verausgabung von 227 Mrd. Dollar innerhalb von fünf Jahren ging.

Unter den ins Auge gefaßten Projekten befindet sich der Bau helikoptertragender Zerstörer der 35 000 t-Klasse. Es handelt sich um Schiffe eines Typs, der mehr als die doppelte Tonnage der jetzt vorhandenen besitzt. Unterdessen haben im Südwestpazifik wiederholt abgestimmte Manöver mit der U. S. Navy stattgefunden. Im November 2001 wurde die größte gemeinsame Übung beider Flotten abgehalten.

R. F., gestützt auf „Volkszeitung“, Peking

## Pentagon will Nuklearschwelle dramatisch absenken

# „Westentaschen“-Atombomben?

Washington bereitet die Serienproduktion von Kleinst-Atomsprengeköpfen zur Bekämpfung schwer überwindbarer gegnerischer Objekte wie Höhlen und Bunkeranlagen vor. Am 10. März berichtete die „Los Angeles Times“, das Pentagon habe in einem von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld abgezeichneten Report (Nuclear Posture Review - NPR), der bereits am 8. Januar dem USA-Kongreß zugeleitet worden sei, „verschiedene Situationen, in denen nukleare Kampfmittel zum Einsatz gelangen könnten“, dargestellt. Das U. S. Strategic Command bemühe sich bereits um die Entwicklung einer neuen Generation bunkerbrechender Mini-Atomraketen und anderer nuklearer „Kleinwaffen“.

Mit dem NPR-Report seien die „Falken“ im Pentagon zum Angriff angetreten. Sie wollten offenbar den jahrzehntelangen Kurs ändern, der jeglichen Kernwaffeneinsatz nur als „Kategorie des letzten Rückgriffs“ definiert habe, stellte William Arkin von der John Hopkins School of Advanced International Stu-

dies fest. Die NPR-Verfasser halten jetzt u. a. für „denkbare Szenarien“, die einen Einsatz taktischer Nuklearwaffen gestatteten: eine Eskalation im israelisch-arabischen Konflikt, einen Krieg zwischen der Volksrepublik China und Taiwan oder einen militärischen Zusammenprall der beiden Teile Koreas. Unter den sieben Staaten, die als potentielle Schauplätze für die Kernwaffenanwendung infrage kämen, werden von der „Los Angeles Times“ Rußland und China aufgeführt.

Ein Vertreter des chinesischen Außenministeriums betonte, sein Land sei durch solche Verlautbarungen „tief schockiert“, während der russische Außenminister Iwanow davon sprach, Moskau erwarte offizielle Erklärungen „auf höherer Ebene“ als die abweigenden Fernseh-Interviews von USA-Vizepräsident Cheney und USA-Außenminister Powell.

R. F., gestützt auf „People's Weekly World“

vom 16. 3. 02

## Wie Brzezinski und Carter 1979 in Afghanistan „einstiegen“

# Die Falle

Vor vier Jahren, in ihrer Ausgabe vom 15. bis 21. 1. 1998, veröffentlichte die französische Wochenzeitschrift „Le Nouvel Observateur“ ein Interview mit dem Chefsicherheitsberater von USA-Präsident Jimmy Carter. Die Offenlegungen Zbigniew Brzezinskis bedürfen keines Kommentars.

**Der frühere CIA-Direktor Robert Gates stellte in seinen Memoiren („Aus dem Schatten“) fest, daß die amerikanischen Geheimdienste sechs Monate vor der sowjetischen Intervention mit der Hilfe für die Mujahedin in Afghanistan begannen. In dieser Periode waren Sie Nationaler Sicherheitsberater für Präsident Carter. Sie spielten also in dieser Angelegenheit eine Rolle. Ist das richtig?**

Ja. Nach der offiziellen Geschichtsversion begann die CIA den Mujahedin im Laufe des Jahres 1980 zu helfen, was heißt, nachdem die Sowjetarmee am 24. Dezember 1979 in Afghanistan einrückte. Aber die bis jetzt geheimgehaltene Realität ist völlig anders: Tatsächlich unterzeichnete Präsident Carter schon am 3. Juli 1979 die erste Direktive über geheime Hilfe für die Gegner des prosovjatischen Regimes in Kabul. Und an jenem Tage schrieb ich eine Note an den Präsidenten, in welcher ich ihm erklärte, daß diese Hilfe nach meiner Ansicht eine sowjetische Militärintervention auslösen werde.

**Ungeachtet des Risikos waren Sie ein Befürworter dieser verdeckten Aktion. Aber vielleicht wünschten Sie selbst den sowjetischen Eintritt in den Krieg und trachteten danach, ihn zu provozieren?**

Es ist nicht ganz so. Wir drängten die Russen nicht zu intervenieren, aber wir erhöhten wissentlich die Wahrscheinlichkeit, daß sie es tun würden.

**Als die Sowjets ihre Intervention damit rechtfertigten, beabsichtigt zu haben, gegen eine geheime Verwicklung der Vereinigten Staaten zu kämpfen, glaubten ihnen die Leute nicht. Dennoch beruhte das auf Wahrheit. Bedauern Sie heute irgendetwas?**

Was bedauern? Diese geheime Operation war eine ausgezeichnete Idee. Sie hatte die Wirkung, die Russen in die afghanische Falle zu ziehen. Und Sie wünschen, daß ich das bedaure? An dem Tag, an dem die Sowjets offiziell die Grenze überschritten, schrieb ich an Präsident Carter: Wir haben jetzt die Gelegenheit, der UdSSR ihren Vietnamkrieg zu bescheren. Tatsächlich mußte Moskau fast zehn Jahre lang einen für die Regierung untragbaren Krieg führen, einen Konflikt, der die Demoralisierung und letztlich das Auseinanderbrechen des sowjetischen Imperiums mit sich brachte.

**Und Sie bedauern auch nicht, dem Islamismus Waffen gegeben und künftige Terroristen beraten zu haben?**

Was ist das Wichtigste für die Geschichte der Welt? Die Taliban oder der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums? Einige

übergeschnappte Moslems oder die Befreiung Mitteleuropas und das Ende des Kalten Krieges?

**Einige übergeschnappte Moslems? Würde denn nicht gesagt und wiederholt: Der islamische Fundamentalismus stellt heute eine Weltbedrohung dar?**

Unsinn! Es wurde gesagt, daß der Westen eine globale Politik in bezug auf den Islam gehabt habe. Das ist blöd. Es gibt keinen globalen Islam. Schauen Sie auf den Islam in einer vernünftigen Weise und ohne Demagogie oder Emotion. Er ist mit 1,5 Milliarden Anhängern die führende Religion der Welt. Aber was gibt es Gemeinsames zwischen dem saudiarabischen Fundamentalismus, dem gemäßigten Marokko, dem pakistanischen Militarismus, dem ägyptischen prowestlichen oder dem zentralasiatischen Säkularismus? Nicht mehr als das, was die christlichen Länder vereint.

**Wie Afghanistans „Petersberger Regierung“ das Laufen lernt.**

Grafik: SHAHAR



**USA: Drakonische Strafen für fünf Patrioten Kubas**

## Havanna verlieh Heldentitel

Ein USA-Bundesgericht im Miami (Florida) hat die fünf kubanischen Kundschafter, die in die Terrorstrukturen der Emigranten-Mafia eingedrungen waren, zu drakonischen Strafen verurteilt. Gerardo Hernández erhielt zweimal lebenslänglich und zusätzlich 15 Jahre Gefängnis, Ramón Labanino lebenslänglich, Antonio Guerrero lebenslänglich und zwei Zusatzstrafen, Fernando González 19 Jahre und René González 15 Jahre Gefängnis. Nach Auffassung von Beobachtern zielt das Urteil auf

die Stärkung des antikubanischen Terrorismus ab.

Die kubanische Nationalversammlung hat den fünf von der USA-Klassenjustiz verurteilten Patrioten die höchste Auszeichnung für Angehörige der Revolutionären Streitkräfte und andere Verteidiger des Vaterlandes - den Ehrentitel „Held der Republik Kuba“ - verliehen.

R. F., gestützt auf „Granma Internacional“

**Am 22. Mai  
kommt Bush  
nach Deutschland.  
Alle Gegner  
des Terrors  
am 21. Mai  
in Berlin  
auf die Straße!**

Zur Verknüpfung von Antikommunismus und Antisowjetismus in Polen

# Siamesische Zwillinge

Antikommunismus und Antisowjetismus trafen in Polen von Anfang an wie siamesische Zwillinge auf. Im Frühling 1920 hatte die Warschauer Regierung das Sowjetland überfallen. In einer Gegenoffensive vertrieb die Rote Armee die Interventionen und stand im August an der Weichsel. Diese zeitweilige Stärke und politische Fehlkalkulationen verführten den Rat der Volkskommissare dazu, in den besetzten Gebieten mit polnischer Bevölkerung eine prosovjetsche provisorische Regierung einzusetzen und revolutionäre Umwälzungen einzuleiten. Die Einwohnerschaft verhielt sich demgegenüber reserviert, zumal die Aktionen nur wenige Wochen anhalten sollten. Darüber hinaus erwies sich der sowjetische Feldzug auf Polens Boden als politischer und militärstrategischer Fehler. Denn erst 1918 war die 123 Jahre dauernde zaristische Fremdherrschaft in diesem Gebiet zu Ende gegangen. So gelang es der polnischen Bourgeoisie, alle Klassen und Schichten „zur Verteidigung des Vaterlandes“ zu mobilisieren. Am 15. August 1920 gingen die polnischen Streitkräfte zur Gegenoffensive über. Sie trieben die Rote Armee bis weit nach Belorubland zurück. Später wurde dem Sowjetland ein demütigender Frieden aufgezwungen. Jener Augusttag war seither – und ist erneut seit 1990 – offizieller Feiertag. Diesen Sieg des vom Westen damals wirtschaftlich und militärisch unterstützten Landes über die junge Sowjetmacht interpretierten viele Polen so: Ob Zar oder Kommunisten, Russe bleibt Russe. Dessen Ziel aber sei es, Polen zu unterjochen. Russen seien expansiv und man dürfe sie – koste es was es wolle – niemals auf polnisches Territorium lassen, da sie dort sofort den gesellschaftlichen Umbruch betrieben. Polnische Kommunisten aber seien Russenknechte, die es in besonders perfider Weise auf die Seele des eigenen Volkes, seine nationale Identität und den katholischen Glauben abgesehen hätten. Doch das kleine Polen habe gezeigt, daß es in der Lage sei, als antibolschewistisches Bollwerk und Verteidiger der europäisch-christlichen Zivilisation auch einem zahlenmäßig überlegenen Gegner standzuhalten und ihn sogar militärisch zu besiegen. Diese unrealistische Einschätzung ist eine der wesentlichen Ursachen dafür, daß die polnischen Antikommunisten besonders motiviert, ausdauernd, hartnäckig und uneinsichtig waren und sind. Der Sieg von 1920 wurde von der katholischen Kirche – der stärksten antikommunistischen Kraft in Polen – als „Wunder an der Weichsel“ im Kampf gegen den „Antichrist“ interpretiert. Die damalige Niederlage der Roten Armee habe Europa vor den Roten gerettet. Paradoxerweise waren es indes weder der kleinkarierte Konterrevolutionär Lech Walesa oder der polnische Papst oder andere Gegner im Lande, die der sozialistischen Staatlichkeit in Polen sechs Jahrzehnte später den Todesstoß versetzten, sondern die „Kommunisten“ um Gorbatschow und der Russe Jelzin. Natürlich spielten auch innere Faktoren dabei eine ganz maßgebliche Rolle. Es liegt auf der Hand, daß es die polnischen Kommunisten unter den geschilderten Bedingungen sehr schwer hatten, selbst bei der zahlenmäßig schwachen Arbeiterklasse Akzeptanz zu finden. Dabei konnte ihre Partei auf bedeutende Traditionen zurückblicken. Sie

wurde 1893 als Gegengewicht zur reformistischen PPS unter dem Namen Sozialdemokratie Polens und Litauens von Rosa Luxemburg, Julian Marchlewski und Leo Jogiches-Tyszka gegründet und blieb stets auf revolutionären Positionen. Frei von Revisionismus und Opportunismus war sie – als es die Leninschen Bolschewiki noch nicht gab – neben den bulgarischen Engherzigen die wohl standhafteste marxistische Partei ihrer Zeit. Im Dezember 1918 vereinigte sie sich mit der Linksozialistischen Partei zur Kommunistischen Arbeiterpartei Polens (seit 1925 KPP). Konsequenter internationalistisch, tat sie sich anfangs schwer mit der 1918 errungenen staatlichen Unabhängigkeit. Für sie war das ein Werk der polnischen Bourgeoisie. Die Kommunisten strebten den Zusammenschluß mit Sowjetrußland an. Erst nach energischer Intervention Lenins akzeptierte die KP die polnische Selbständigkeit. Dennoch träumten viele Kommunisten von einem Sowjetpolen als 17. Unionsrepublik. Wie in keiner anderen polnischen Partei gab es in der KP eine Konzentration von Angehörigen nationaler Minderheiten, die ein Drittel der Bevölkerung ausmachten. Besonders hoch war der jüdische Anteil. In der KP betrug er 35 %, im Kommunistischen Jugendverband sogar 51 %. Diese Tatsachen bedienten Bezichtigungen wie Moskauhörigkeit und Polenfeindlichkeit. Es wurde behauptet, die polnischen Juden trauerten dem Zarenreich nach und orientierten sich auf die Russen.

Obwohl die KPP in tiefster Illegalität handelte und viele ihrer Mitglieder ständig inhaftiert waren, leistete sie eine beachtliche politische Arbeit. Ihre 7 000 Genossen bildeten den Kern einer weit größeren kommunistischen Bewegung. Sie waren auch in legalen Organisationen tätig. Zeitweilig konnte die Partei bis zu 17 Abgeordneten und einen Senator ins Parlament bringen. Mit viel Geschick betätigten sich Kommunisten in linksgerichteten kulturellen Einrichtungen. Die Erfahrungen im illegalen Wirken der KPP sollten später auch der KPD helfen. Aus diesem Grunde delegierte die Komintern polnische Kommunisten in deren Apparat, um diese Partei auf die eigene Illegalität vorzubereiten. Anders als in Deutschland gelang es der KPP in den 30er Jahren, die Aktionseinheit mit den PPS-Sozialisten der Basis herzustellen und faschistische Schlägerbanden aus den Arbeitervierteln hinauszuerwerfen. Die Partei verlor im Kampf viele Mitglieder, die ermordet oder in Haftanstalten zu Tode gequält wurden. Von 5000 polnischen Spanienkämpfern fielen 3000.

In den Jahren 1937/38 richtete sich eine schwerwiegende Entscheidung mit schlimmen Konsequenzen gegen die KPP. Zu einem Zeitpunkt, als sich für sie in Polen günstigere Kampfbedingungen ergaben, wurde sie plötzlich durch einen Beschluß der Komintern aufgelöst; fast die gesamte Parteiführung kam in der UdSSR ums Leben. Die Hintergründe dieser Vorgänge sind bis heute nicht völlig aufgeklärt. Später wurden der Beschluß offiziell als falsch bezeichnet und die Opfer rehabilitiert. Doch die „Selbstauflösung“ der KPP hatte verheerende Folgen. Viele der in die Sowjetunion geflüchteten polnischen Kommunisten wurden als „Verräter“

behandelt. Zu jener Zeit nahmen die Beziehungen zur KPdSU schweren Schaden.

Doch der Kampf ging weiter. Die polnischen Kommunisten reorganisierten sich schließlich in der PPR.

Als der hitleristische Angriff auf Polen unmittelbar drohte, unternahm die sowjetische Außenpolitik den Versuch, gemeinsam mit den Westmächten und Warschau ein militärisches Bündnis gegen die Faschisten zu schaffen. Es scheiterte an der starren Haltung der polnischen Regierung. Getreu der „Lehren des Jahres 1920“ wollte die herrschende Klasse Polens auf keinen Fall sowjetische Truppen auf ihr Territorium lassen. Diese sollten den Kampf erst aufnehmen dürfen, sobald die Deutschen an den polnischen Ostgrenzen stünden, und nur auf dem Territorium der UdSSR kämpfen. Dieses defätistische Konzept war selbst für die Vertreter der Westmächte unbegreiflich, hätte es doch de facto die Preisgabe des gesamten polnischen Staatsgebietes bedeutet. Warschau hielt dem entgegen: In einem solchen Falle verlöre Polen „nur“ seine staatliche Unabhängigkeit. Diese könnte es zurückgewinnen. Ließe man aber die Sowjets herein, zerbräche sein gesellschaftliches System. Diese „souveräne“ Außenpolitik des bürgerlichen Polens, von den hiesigen Antikommunisten jeglicher Couleur bis heute gepriesen, hat unser Volk mit sechs Millionen Toten und gewaltigen Zerstörungen bezahlen müssen.

Doch der klassenegoistische Starrsinn nützte der polnischen Bourgeoisie nichts. Fünf Jahre später stand die Rote Armee – nun die stärkste Streitmacht der Antihitlerkoalition – wieder an der Weichsel. An ihrer Seite die von Kommunisten und Linksozialisten geschaffene Polnische Volksarmee, dazu die in der UdSSR aufgestellten Divisionen, die später an der Befreiung Berlins teilnahmen. Die revolutionären Linken ergriffen in unserem Land die Macht, um sie für 45 Jahre zu behaupten.

Stefan Warynski, Warschau



# ¡Presente!

■ **Halldór Laxness** wäre am 23. April 100 Jahre alt geworden – er starb hochbetagt vor erst vier Jahren (am 9. Februar 1998) und kann der bedeutendste isländische Dichter genannt werden. Er war der Sohn eines Arbeiters und Kleinbauern; besuchte das Gymnasium ohne Abschluß und war nach 1919 oft im Ausland. Seine erste Erzählung erschien bereits 1919. Nach 1921 lernte er in Deutschland und Österreich die sozialen Gegensätze nach dem ersten Weltkrieg kennen. 1925 schrieb er seinen ersten, z. T. autobiographischen Roman („Der große Weber von Kaschmir“, dt. 1927). Ein Aufenthalt in den USA und in Kanada 1927/30 ließ ihn erkennen, daß die werktätigen Klassen die Kraft sind, die die Welt verändern können. Als Anhänger des Sozialismus kehrte er nach Island zurück. Er unternahm auch weiter zahlreiche Auslandsreisen, u. a. in die Sowjetunion (Reiseschilderungen „Im Osten“, 1933, und „Das russische Märchen“, 1938) und war Vorsitzender der Gesellschaft für kulturelle Verbindungen zwischen Island und der Sowjetunion. Er erhielt 1953 den Internationalen Lenin-Friedenspreis und 1955 den Literaturnobelpreis.

Laxness wurde vor allem durch seine realistischen, künstlerisch ausgereiften Romane berühmt; sprachgewaltig schilderte er etwa die Verhältnisse im isländischen Fischerdorf „Salka Valka“ (dt. 1951). In „Islandglocke“ (dt. 1953) werden die Leistungen Islands für die Weltkultur herausgearbeitet; in der „Atomstation“ (Aufbau-Verlag 1956) warnte er vor den Gefahren, die von den Militärstützpunkten der USA ausgehen. Sarkastisch verspottet

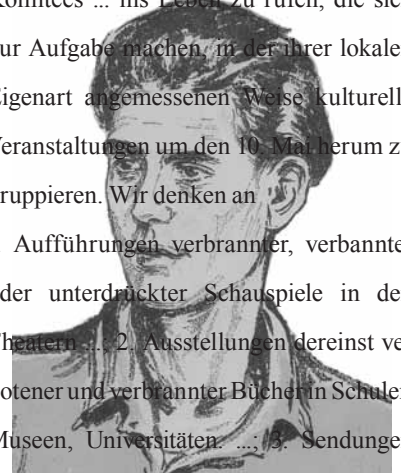
Laxness in „Seelsorge am Gletscher“ (dt. 1973) die verlogene Moral und Menschenverachtung des USA-Imperialismus und geißelt dessen Aggression in Vietnam. Als Essayist nahm er immer wieder zu den Problemen seiner Zeit Stellung.

■ Seit 1946 begehen Antifaschisten, Sozialisten und Kommunisten den 10. Mai als „**Tag des freien Buches**“, den Tag, an dem vor 69 Jahren in Berlin die Bücherverbrennung der Faschisten stattfand. Peter Suhrkamp sagte auf der öffentlichen Kundgebung am 10. Mai 1947 u. a.: „Die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 war eine heimtückische Aktion. Unter dem agitatorischen Vorwand, die Intellektuellen und Gebildeten als Klasse zu treffen, wurde versteckt ein Schlag gegen jede Aufklärung geführt; die Spießerdummheit wurde ... als flammender Engel auf dem Altar des Vaterlandes enthüllt. Dummköpfe werden lieber brennen und morden als denken, das wußten sie. Die Bücherverbrennung als Volksbelustigung, das war ein Attentat gegen den Menschen. Hier begann es; die Flammen, die zuerst über dem Bücherhaufen prasselten, verschlangen später im Feuersturm unsere Städte, menschliche Behausungen, die Menschen selbst. Nicht der Tag der Bücherverbrennung allein muß im Gedächtnis behalten werden, sondern diese Kette: von dem Lustfeuer an diesem Platz über die Synagogenbrände zu den Feuern vom Himmel auf die Städte. Kein vernünftiger Mensch, kein Mensch mit Verstand wird mit Feuer spielen. ... Das geistige Leben verdunkeln oder terrorisieren heißt Verständnis und Verständigung unterdrücken, und das heißt: Krieg vorbereiten.“

In „Anregungen zur Durchführung des

„Tags des freien Buches 1948“ hieß es u. a.: „Es wird sich ... darum handeln, den ‚Tag des freien Buches‘ als einen Tag der Ehre der großen Literatur, gewissermaßen als einen Kulturfesttag im Bewußtsein des deutschen Volkes zu verankern. [Es sind] würdige Manifestationen vorzubereiten, die im Zeichen der unauflöslichen Verbundenheit des geistigen Deutschlands stehen sollen und zugleich auch die Verbundenheit der deutschen Literatur und Kultur mit der Weltliteratur und Weltkultur dartun sollen. Dazu sei vorgeschlagen, rechtzeitig Komitees ... ins Leben zu rufen, die sich zur Aufgabe machen, in der ihrer lokalen Eigenart angemessenen Weise kulturelle Veranstaltungen um den 10. Mai herum zu gruppieren. Wir denken an

1. Aufführungen verbrannter, verbannter oder unterdrückter Schauspiele in den Theatern ...
2. Ausstellungen dereinst verbotener und verbrannter Bücher in Schulen, Museen, Universitäten. ...
3. Sendungen der verbrannten und verbotenen Literatur über alle Rundfunkstationen Deutschlands, wenn möglich mit einführenden Vorträgen;
4. Zentrale Veranstaltungen in Großstädten und Universitäten;
5. Rechtzeitige Benachrichtigung der gesamten deutschen Presse, diesen Tag in gebührender Weise ankündigend vorbereiten zu helfen und publizistisch zu würdigen;
6. Aufforderung an die deutschen Verleger, besonders wichtige Publikationen an diesem Tage an die Öffentlichkeit zu bringen ...;
7. Versendung von Listen der wichtigsten der unterdrückten oder verbannten Autoren mit der Anregung für Länderregierungen und Magistrate, am 10. Mai Schulen, Straßen, öffentliche Plätze oder Museen nach den großen Vorkämpfern und Märtyrern



## Leserbriefe an **RotFuchs**

Ich bin noch Mitglied der PDS. Durch Genossen, die inzwischen nicht mehr der Partei angehören, erhielt ich kürzlich einige Exemplare des „RotFuchs“ zur Kenntnisnahme. Um es gleich vorweg zu sagen, ich war überrascht, daß es eine Zeitschrift dieses Formats gibt, die in ihren Beiträgen so eindeutig zu aktuellen Problemen von Theorie und Praxis der linken Bewegung Stellung bezieht. Auch die Artikel zur Geschichte der DDR und ihrer Bewertung aus heutiger Sicht sowie zur Entwicklung und zum Einfluß linker Parteien und Kräfte in anderen Ländern entsprechen genau meiner Sicht auf diese Problematik. Leider findet man solch klare Einschätzungen in anderen Druckerzeugnissen kaum noch. Auch die derzeitige Führung der PDS befindet sich auf dem besten Wege, Positionen und Ideale, für die Generationen linker Kräfte gekämpft und gelitten haben, systematisch aufzugeben.

Für die Begründung, man müsse politikfähig bleiben und sei deshalb gezwungen, mit dem Klassengegner (ja, den gibt es nämlich noch!) Kompromisse einzugehen, habe ich nur teilweise Verständnis. Kompromisse ja, aber sie haben auch irgendwo ihre Grenzen, nämlich dann, wenn grundlegende linke Positionen auf dem Altar der möglichen Teilhabe an Regierungsverantwortung geopfert werden sollen. Dann ist man besser beraten, in einer starken Opposition zu bleiben. Außerdem, warum sollen diese Kompromisse immer nur von linken Kräften eingegangen werden? Als hätten wir ständig für irgendeine Abbitte zu leisten oder uns gar, wie es heute Mode geworden ist, zu entschuldigen.

In diesem Zusammenhang noch einige Bemerkungen zu den sogenannten rot-roten Bündnissen. Aus linker Sicht betrachtet, ist die Bezeichnung „rot“ eigentlich eine Belobigung. Nur haben die derzeitigen Bündnisse diese Ehre für ihre Politik überhaupt nicht verdient. Deshalb betrachte ich sie eher, wie auch andere Eurer Leser, als „rosa-rosa-Bündnisse“ mit der Tendenz zum weiteren Verlassen. Die Führung der PDS ihre Politik weiterhin so reformistisch gestaltet, wird sie in absehbarer Zeit – wie jetzt schon die Grünen – nicht mehr als linke Kraft zu erkennen sein.

Zum Schluß möchte ich betonen, daß mir besonders die Leserschriften Auftrieb gegeben haben, weil sie deutlich machen, daß es nicht wenige Kommunisten und Sozialisten im In- und Ausland gibt, die allen Anfeindungen zum Trotz zu ihren Idealen stehen.

**Gottfried Fleischhammer, Leipzig**

Ein kleines Schmäckerl für die Leser: Am 22. April 1912, also vor 90 Jahren, erschien die erste Ausgabe der neuen Parteizeitung der SDAPR, der „Prawda“. Michail Kalinin erkundigte sich damals bei Nikolai Poletajew, dem offiziellen Herausgeber der Zeitung, wie man auf diesen treffenden Namen gekommen sei. Der erzählte, der Druckerei-Inspektor, der den Namen der Zeitung zu genehmigen hatte, habe immer aufs Neue beteuert, sämtliche von ihm vorgeschlagenen Namen seien schon anderweitig vergeben. Als Poletajew aber die Liste der erlaubten Zeitungen durchsah, stieß er auf eine „Prawda“. Unter diesem Namen erschienen nämlich ein Blättchen religiösen Inhalts. Schade um den schönen Namen!

Aber was sollte man machen?

Poletajew suchte den Herausgeber auf und kaufte dem „nichtkäuflichen“ Kirchenbeamten jenen Titel für 25 Rubel ab, der heute in der ganzen Welt bekannt ist.

Im Juli 1913 wurde die „Prawda“ verboten, erschien aber nur wenige Tage später unter dem Namen „Rabotschaja Prawda“. Übrigens, wer sich mit der Geschichte dieser Zeit befaßt, der wird erstaunliche Parallelen zum Heute entdecken. Insbesondere war den Kampf der Bolschewiki gegen den Opportunismus der Menschewiki betrifft.

**Michael Christ, Berlin**

Eine Genossin aus Zwickau kam, bedingt durch ihre guten Sprachkenntnisse, mit zwei Straßenmusikanten ins Gespräch. Es stellte sich heraus, daß die beiden russischen Musiker am Konservatorium

in Nishnij Nowgorod unterrichten, sich jedoch notgedrungen entschließen mußten, ihren Lebensunterhalt zeitweilig auf Deutschlands Einkaufsstraßen zu verdienen, da sie seit Monaten keinen Lohn ausgezahlt bekommen hatten. Trotzdem erklärten sie sich spontan bereit, auf einer von verschiedenen Friedensgruppen initiierten Veranstaltung unentgeltlich aufzutreten. Prof. Jurij Filatow mit seinem russischen Akkordeon und Josif Stiller mit seiner Balalaika rissen das Publikum zu wahren Beifallsstürmen hin. Im Anschluß an die Veranstaltung entstand die Idee, die beiden Musiker bei verschiedenen Organisationen „anzubieten“ und so den Versuch zu starten, für sie eine kleine Konzertrunde zu organisieren. Da viele Wahlkampfveranstaltungen, Sommerfeste usw. in Planung und Vorbereitung sind, ist eine so hochwertige Musikdarbietung – Prof. Filatow und Josif Stiller wurden als „Verdienst Künstler der Russischen Föderation“ ausgezeichnet und sind bei Festivals in New York, Oslo, Moskau, Barcelona und Mexiko aufgetreten – in jedem Falle ein Gewinn und Höhepunkt.

Das Honorar (Verhandlungssache) wird ein Beitrag praktischer Solidarität sein, wenn man berücksichtigt, daß Löhne, Gehälter, Renten etc. in nachsozialistischer Zeit in Rußland nur sporadisch oder oft monatelang gar nicht gezahlt werden. Zur Verfügung stehen die beiden Musiker voraussichtlich ab Mitte Mai 2002. Wer Interesse hat, auf seiner geplanten Veranstaltung kulturellen Hochgenuß und Solidarität miteinander zu verbinden, melde sich bitte telefonisch unter der Nr.: 0171/3265329 bei mir.

**Lutz Manke, Chemnitz, Sprecher der Plattform Internationalismus in und bei der PDS Sachsen**

Wie ich Ihnen bereits telefonisch mitteilte, bin ich sehr am Bezug des „RotFuchs“ interessiert, besonders an der Ausgabe mit dem Beitrag „Wer brauchte den 11. September?“. (...)

Von 1947-1991 war ich im Leuna-Werk tätig. Nach einem erfolgreichen Lehrabschluß hat man mir ein Studium empfohlen. Nach diesem dreijährigen Studium merkte ich, daß ich nur sehr wenig wußte. Daher habe ich noch ein fünfjähriges Fernstudium absolviert. Dies war nur durch Fleiß und Leistung möglich und nicht, wie dummdurchgeköpft oft behauptet wird, von der SED-Zugehörigkeit abhängig. Dieser Partei trat ich erst nach dem Studium bei, nicht durch Nötigung, sondern aus voller Überzeugung.

Alles, was nach der „Wende“ über uns gekommen ist, war keine so große Überraschung, denn auch in Leuna konnten wir die ARD empfangen. Wir haben uns nicht an der Werbung u. ä. aufgeschaukelt, sondern uns auch bei Franz Alt u. a. kritisch kundig gemacht. Trotzdem fielen wir erst mal in ein tiefes Loch. Seitdem wir herausgekrabbelt sind, tragen wir wieder ob unserer interessanten, oft nicht leichten und mit manchem Ärger verbundenen Vergangenheit den Kopf hoch!!! Denn wir waren ehrlich und wir sind das auch heute!

**Dipl.-Ing. Karl Landskron, Leuna**

Erwartungsvoll entnahm ich dem Briefkasten den März-„RotFuchs“. Für mich herausragend diesmal der Artikel von Dr.-Ing. Hans Köckeritz „Wem gehörte die DDR?“. Anschaulich und nicht widerlegbar wird dargestellt, welche Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten die Werktätigen der DDR an der Gestaltung ihres Staates hatten. (...)

Ein Beispiel: Ich war fast 20 Jahre Vorsitzender einer Schiedskommission. Wir hatten ehrenamtlich über Eigentumsvergehen, Nachbarschaftsstreitigkeiten, Beleidigungen, Geldforderungen und anderes zu beraten und zu entscheiden. Etwa ein Drittel aller Straftaten (kleinere Fälle) wurde zu DDR-Zeiten in den Schiedskommissionen behandelt, wobei ein wichtiger Aspekt die Kriminalitätsvorbeugung war. Mit der Tätigkeit in diesen Kommissionen (in den Betrieben waren das die Konfliktkommissionen) haben die Werktätigen also im Rechtsleben wesentlich mitgewirkt. Das war reale sozialistische Demokratie. Ein Mitarbeiter der Humboldt-Universität interviewte mich vor einiger Zeit über die Tätigkeit der Schiedskommissionen. Zum Schluß fragte er mich, ob ich auch in der heutigen BRD eine Möglichkeit für ihr Wirken sähe. Das habe ich entschieden verneint, weil dafür die gesellschaftlichen Voraussetzungen fehlen.

Ich war über den Artikel von Hans Köckeritz deshalb so erfreut, weil endlich Errungenschaften der DDR wieder ins Gedächtnis gerufen wurden, die in den 10 Jahren seit dem Anschluß restlos beseitigt wor-

den sind. Errungenschaften, von denen die Werktätigen heute nur noch träumen können. Deshalb begrüße ich es sehr, daß die „RotFuchs“-Redaktion Ergebnisse und Erinnerungen von Zeitzeugen veröffentlicht will, die dazu beitragen sollen, ein wahres Bild über die DDR zu vermitteln. Sicher werden diejenigen, die uns vorwerfen, Traditionalisten zu sein, also einseitig nur das Positive zu sehen, sich bestätigt fühlen. Das sollte uns nicht beirren. Diese Unterstellung ist im „RotFuchs“ bereits widerlegt worden. Heute ist es üblich, wenn über die DDR gesprochen wird, nur auf die Fehler und Mängel einzugehen. Von den Feinden des Sozialismus ist natürlich nichts anderes zu erwarten. Daß aber auch uns gutgesonnene Autoren die Schwächen der DDR so sehr in den Vordergrund stellen und das Positive außer acht lassen, finde ich bedauerlich. Natürlich ist es äußerst wichtig, konsequent die Defizite und Fehler zu analysieren und die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Das tun wir. Im Rückblick können wir aber mit Recht sagen: Die DDR war die größte Errungenschaft der Arbeiterklasse.

**Herbert Thomas, Berlin**

Wir bedanken uns für die regelmäßige Übersendung des „RotFuchs“, dessen Lektüre für uns sehr wichtig ist. Meinungsstreit in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen beflügelt die eigenen Gedanken, bereichert und zwingt zur Positionierung. Wobei es uns traurig stimmt, wenn Linke nach unserer Meinung nicht immer richtig miteinander umgehen und unterschiedliche Standpunkte zu persönlichen Kränkungen führen.

Um zur Erhaltung des von uns geschätzten „RotFuchs“ beizutragen, senden wir Euch als bescheidene Unterstützung 30 Briefmarken.

**Hannelore und Klaus-Dieter Baumgarten, Zeuthen**

Stets erhalte ich den „RotFuchs“ mit großer Verspätung. Er ist von Berlin nach Athen bis zu 10 Tagen unterwegs. Daß die Post von Hellas nach Deutschland und in umgekehrter Richtung so lange braucht, hängt wohl damit zusammen, daß meine Briefe und Eure Sendungen gleich zwei Sicherheitsdienste zu passieren haben. Einmal gehen sie durch die Kontrolle der griechischen Sicherheitspolizei und einmal unterliegen sie dem scharfen Blick des bundesdeutschen Verfassungsschutzes. Doch wir müssen „Verständnis“ für die bei beiden Behörden tätigen Herrschaften zeigen, denn ohne diese Beschäftigung wären auch sie erwerbslos. (...)

Ich übermittle Euch heute Auszüge eines Schreibens, das ich vor kurzem an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Herrn Klaus Wowereit, gerichtet habe und auf das ich sogar eine formelle Antwort aus der Senatskanzlei erhielt. In meinem Schreiben habe ich Freiheit für Egon Krenz, Dieter Mühlmann und Heinz Kadgien gefordert – die letzten politischen Gefangenen der BRD-Sonderjustiz gegen frühere DDR-Bürger. In meinem Brief wird nicht nur deren Freilassung, sondern auch die sofortige Beendigung jeder Verfolgung von Verantwortungsträgern aus der DDR sowie die Wiederherstellung von Ehre und Würde aller Verurteilten gefordert.

**Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki**

### Parasitärer Kapitalismus

Klarer sind jetzt die Widersprüche des Kapitalismus: Leerstand im Osten und Abrißbirne für neue Gebäude, Wohnungssuche und Kälte auf nächtlichen Straßen, Offene Stellen und massenhafte Entlassung von Menschen, Lebensmittelvernichtung und Hunger in anderen Ländern. Stündlich wächst Reichtum und gleichzeitig wächst die Armut im Lande.

Bildung rechnet sich nicht, besser Deutschland führt wieder Krieg und macht Geschäfte mit Waffen.

Nazis marschieren geschützt von Polizisten des Rechtsstaats.

Ost und West sind geteilt in Menschen verschiedener Rechte.

Die besitzende Klasse beherrscht die Verlierer der Einheit.

Recht haben nur die Eigentümer, die herrschenden Sieger.

Opposition tut not und Streik und Aufstand der Massen:

Friede dem Arbeitervolk und Krieg den Kapitalisten!

**Dr. Eva Ruppert, Bad Homburg**

Beglückwünschen möchte ich Klaus Steiniger zu dem Artikel „Salz in die Wunden?“. Dies ist m. E. ein rundum ausgewogener Text. Nicht zufällig fällt jedem Kenner z. B. des Briefwechsels von Friedrich Engels mit Franz Mehring dabei ein, daß sich der Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus bei Mehring – Gründungsmitglied der KPD – spä-

ter für die frühere barsche Kritik entschuldigte. Sie erfolgte zu einer Zeit, deren politisches Grundprinzip Engels mit den Worten charakterisierte: „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.“ Damals war Mehring noch kein Marxist; er stand ideologisch auf der anderen Seite der Barrikade und handelte danach. Daher ließ die „revolutionäre resp. contrerevolutionäre Kausalität“, deren Vergessen „die Folge jeder siegreichen Reaktion“ ist (Engels an Marx, 18. Dezember 1868), den „beiden Alten“ keine andere Wahl. Nicht ganz unwidersprochen kann jedoch der Leserbrief von Herrmann Jacobs (Berlin) bleiben. Das Wort „staatssozialistisch“ verwandte nach 1917 auch Lenin. Aber nicht in dem von Engels kritisierten, heute als „Argument“ gegen den Realsozialismus ins Feld geführten Sinn, sondern zur Kennzeichnung der noch bestehenden Differenz zwischen politischer und ökonomischer Umwälzung. Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie (der revolutionären wie der reformkapitalistischen) ist reich an Debatten zu diesem Begriff. Der Kern der Auseinandersetzung besteht aus marxistischer Sicht darin, daß der Sozialismus eine neue Gesellschaft darstellt, die aus dem Kapitalismus im Ergebnis einer sozialen (ökonomischen) Revolution hervorgeht und ihn ablöst. Das Merkmal des Gemeineigentums (der besonderen ökonomischen Struktur) wird aus dem Sozialismus-Begriff entfernt. Auf diese Weise konnte unter Umständen selbst die Politik Bismarcks für „Sozialismus“ ausgegeben werden. Einen Staatssozialismus gibt es in der Realität nicht, aber es gibt einen sozialistischen Staat und es gibt sozialistische Demokratie.

Weiter: Der Begriff „Frühsozialismus“ trägt keineswegs „Entschuldigungscharakter“. Er differenziert lediglich zwischen der Reife der materiellen Bedingungen für den Sozialismus in den einzelnen ungleichmäßig entwickelten kapitalistischen Ländern und der Reife der Bedingungen für die Revolution. Im Sinne der materiellen Bedingungen (...) war der Realsozialismus „eine historische Frühgeburt“. Wäre es anders gewesen, dann hätte sich z. B. Lenin nach der Oktoberrevolution nicht so intensiv mit der Frage der Übergangsformen zur Lösung von Aufgaben befassen müssen, die eigentlich bereits im Kapitalismus zu lösen sind. Die Besonderheit besteht aber darin, daß diese „Frühgeburt“, dieser „Frühsozialismus“ in der Epoche des Imperialismus eine Unvermeidlichkeit darstellt. In dieser Epoche kann es keine verfrühte Revolution mehr geben. Im weltgeschichtlichen Sinn wird der Sozialismus zum Minimalprogramm für das Überleben der Menschheit. Siegt jedoch der Sozialismus auf dem Boden entwickelterer kapitalistischer Verhältnisse – wie es Lenin z. B. für Deutschland erhoffte –, dann verliert er wesentliche Züge der „Frühgeburt“, sowohl im nationalen als auch im internationalen Maßstab. (...)

**Herbert Münchow, Leipzig**

Den „RotFuchs“ schätze ich hoch. Er war stets ausgezeichnet, aber jetzt wächst sein Wert immer mehr. Und er wird auch für uns in Tschechien immer nützlicher, da es hier um dasselbe geht wie bei Euch. Ich bedaure nur, daß wir nicht imstande sind, all unseren Genossen seinen ganzen Inhalt zu übermitteln.

**Dr. K. P.-Intera, Prag**

Einige Bemerkungen zu Klaus Steinigers Artikel „Polemik mit dem Freund“ (RF 50).

Lieber Klaus, „aus Freundschaft“, so schreibst Du, möchtest Du „Bedenken“ an unserem Parteienheft („offensiv“), „nicht verschweigen“.

Die ersten Bedenken fand ich im dritten Absatz Deines Textes. Hier sagst Du, dass Du nichts hältst von „pauschaler Verurteilung“, von „Rundumschlägen“ oder gar von „Notenverteilung vom Schiedsrichterturm“. Damit meinst Du das Parteienheft. Du hingegen plädiertst mehr für ein „ausgewogenes Urteil“ und für „ruhiges Augenmaß“.

Für sehr wichtig halte ich die Frage nach dem Ziel Deines Artikels, denn Deine Kritik bleibt bei emotionalen Kategorien und rhetorischen Fragen stehen, enthält also wenig Greifbares, wenig sachlich diskutierbares, dafür aber um so mehr Polarisierung und Distanzierung.

Dies soll zunächst betrachtet werden: Du suggerierst Deinen Lesern eine Einstellung zum Parteienheft, ohne inhaltlich zu argumentieren, Du suggerierst, Böses „Rundumschläge“, „blinden Eifer“, „Schiedsrichterturm“ usw.) was uns entdeckt zu haben und setzt dem Deinerseits viel Gutes entgegen („Differenziertheit“, „ausgewogenes Urteil“, „ruhiges Augenmaß“, „Takt“, „Feingefühl“...). Was soll

eine solche Polarisierung, vor allem: was soll sie öffentlich? Meiner Meinung nach sind „freundschaftliche Bedenken“ etwas anderes als ein solcher Axthieb.

Und ein weiterer Punkt Deines Artikels bedarf des Kommentars: unsere Darstellung im Parteienheft sei „nur halb“, „nur mit einem Teil ihrer Farben“ dargestellt – und so könne „ein schiefes Bild“ entstehen, und mit einem solchen „täten wir all jenen Genossinnen und Genossen unrecht, die in der Zeit der Illegalität nach 1956, in der Ära der Berufsverbote sowie später Mut und Prinzipienfestigkeit bewiesen haben...“, so schreibst Du. Lieber Klaus, das habe ich schon früher einmal gehört, nämlich, als wir die PDS-Führung kritisierten, kam die Anmerkung, wir beleidigten damit die vielen Genossinnen und Genossen an der Basis, die sich in steter Kleinarbeit für ihre Partei einsetzten. Verstanden habe ich das allerdings auch damals schon nicht: wenn man auf revisionistische Tendenzen in Theorie und Praxis einer Parteiführung hinweist, beleidigt man nicht einen einzigen Genossen an der Parteibasis. Wie sollte man auch, man hat ja gerade kein negatives Pauschalurteil abzugeben, sondern eine konkrete, inhaltliche, diskutierbare, offene Detailkritik an bestimmten Inhalten, Praktiken oder Haltungen eines ganz bestimmten Personenkreises – nämlich der Führung – der Partei geübt. Mit einer solchen Kritik kann sich jeder auseinandersetzen, man kann sie teilen oder ablehnen, man kann sie modifizieren wollen usw. Wie man aber jemanden, der unter Adenauer im Zuchthaus saß oder unter Brandt/Schmidt vom Berufsverbot betroffen war, damit „unrecht“ tut, dass man z.B. die Haltung der DKP-Führung zur DDR, deren Sozialismusvorstellungen oder die gern in der UZ publizierten Leo-Mayer-Theorien kritisiert, ist mir unverständlich. Ich würde sogar im Widerspruch zu Deiner Auffassung meinen, dass diejenigen, die sich immer für Solidarität mit dem realen Sozialismus eingesetzt haben – und dafür politische und persönliche Verfolgung in Kauf nahmen – viel eher von den Sozialismusvorstellungen der DKP beleidigt werden als von einer Kritik daran.

Was mir an dieser Stelle Deines Artikel aber am meisten Sorge macht, ist die mögliche Wirkung: Hier verbirgt sich die Tendenz, denen das Wort zu reden, die sich vor der konkreten inhaltlichen Auseinandersetzung fürchten und sie abblocken wollen, die sich deshalb wünschen, die betroffenen Genossinnen und Genossen möchten sich doch jetzt bitte beleidigt fühlen. Erreichen sie das, verhindern sie zielsicher die inhaltliche Auseinandersetzung – und zwar unter dem Deckmantel der Solidarität mit den alten verdienten Genossen. Wir sollten vorsichtig sein damit, solcher emotionalen Aufheizung Vorschub zu leisten, und so etwas zu tun, kann doch auch nicht Dein Ziel sein, oder? Ich glaube, unsere Stärke liegt eher in der offenen, inhaltlichen Diskussion.

Zum Schluss einige Bemerkungen zum Deiner Meinung nach falschem Zeitpunkt. (Nebenbei: hier gefällt mir auch nicht, dass Du das Parteienheft zur „Generalabrechnung mit dem Revisionismus, dem Kapitalentum, dem Unvermögen aller hierzulande bestehenden relevanten kommunistischen Parteien und Gruppen...“ machen willst. Der Anspruch ist, ein Diskussionsheft gemacht zu haben, mehr nicht; das ist auch im Heft nachzulesen. Aber das nur am Rande.) Du stellst die rhetorische Frage, ob der jetzige Zeitpunkt geeignet sei, so etwas zu unternehmen. Vorausgestellt hattest Du den allgemeinen – und deshalb auch immer richtigen – Satz: „Das Richtige zur falschen Zeit gesagt, kann sich der Wirkung nach leicht ins Gegenteil verkehren.“ Offensichtlich willst Du also andeuten, dass der Zeitpunkt falsch war. Nur bringst Du keine Argumente! Warum verschweigst Du die Antwort auf die Fragen: Warum ist er falsch? Für was ist er störend? Für welche Entwicklung ist er schlecht? Irgend eine Art von Begründung anzugeben wäre schon wünschenswert gewesen, denn so bleibt auch dieser Punkt seltsam unkonkret, verschwommen, rein rhetorisch. Auch hier werde ich bei der Suche nach dem Ziel Deines Artikels also nicht fündig. (...)

Lieber Klaus, wir sollten uns konkreter in die Debatte begeben!  
**Frank Flegel, Hannover**

Dieser Tage habe ich wiederholt die Märzangabe des RF zur Hand genommen. Ich versuche, möglichst alle Beiträge gründlich zu lesen, was mir mangels Zeit nicht immer gelingt. Nach wie vor ist mir Eure Publikation eine unverzichtbare Lektüre.

Der Beitrag von Norbert Paulig hat mich zu einigem Nachdenken gebracht. Mehrfach habe ich mich in den Artikel vertieft und dazu auch das Material von Manfred Wekwerth in der UZ nochmals aufgeschlagen. Ich bin mir nicht ganz sicher, wie berechtigt die Kritik an M. W. in dem scharten Stil und Ton ist, wie das Norbert Paulig tut. Mitunter empfinde ich unsere Streitkultur als nicht besonders gut und fruchtbringend. Meinem Empfinden nach wird in Beiträgen unseres „RotFuchs“ überreagiert auf manche kritischen Beurteilungen der DDR. Damit meine ich nicht, daß es jedem erlaubt sein darf, Unwahrheiten und Legenden zu verbreiten. Wer es weniger ehrlich mit der Kritik meint, dem muß auch in Deutlichkeit begegnet werden. Bei dem Beitrag von M. W. habe ich solchen Eindruck nicht gewonnen. (...)

Was nun die strittigen Punkte betrifft, die N. P. aufgreift, so wird m. E. daran eine Sichtweise der künstlerischen Intelligenz der DDR deutlich, die lange vor 1989 vorhanden war. Wir müssen schon fragen, wie und wodurch sich diese Denkweise entwickeln und ausbreiten konnte.

Was Manfred Wekwerth zu dem Buch „Die Intellektuellen“ resümiert, so glaube auch ich nicht, daß dieses zum Besten gehört, was in der UZ zu lesen war. Das ganz sicher nicht. Dennoch habe ich den Artikel von M. W. mit einigem Interesse gelesen. Es ist meiner Ansicht nach wichtig und unerlässlich, auch unterschiedliche Sichtweisen zur Entwicklung der DDR darzustellen und zu diskutieren. Die Rolle der Intellektuellen ist dabei ein nicht unbedeutendes Thema. Wir bewältigen es nicht, wenn wir nach dem Motto verfahren: „Nicht sein kann, was nicht sein darf.“ Das sollten wir eigentlich begriffen haben. (...) Ich glaube, daraus ist uns großer Schaden entstanden, der 1989/90 die bekanntesten Entwicklungen befördert hat. Ähnlich wie Ihr habe ich, der ich jetzt seit 10 Jahren bei Stuttgart wohne, die Zeit der Konterrevolution er- und durchlebt. Etwas, was diese Wochen und Monate sehr stark geprägt hat, war die Rolle der Intellektuellen. (...)

Wie bedrückend war und ist es mitunter noch heute, wenn wir ehemalige Angehörige unserer vermeintlich sozialistischen Intelligenz medial vorgeführt bekamen oder diese sich selbst darzustellen suchten. Wie peinlich bis ekelerregend oftmals die Anpassungssucht! Wie winzig klein und mies, verzweifelt kriechend, sich entschuldigend und selbst verachtend haben sich so viele gemacht, die von großen Teilen der Bevölkerung der DDR anerkannt wurden, mit denen sich so mancher auch identifiziert hat. Sicher, nicht alle haben sich derart verhalten. Jenen, die aufrecht geblieben sind, wird nicht das Interesse dieser Medien entgegengebracht.

Ich denke, gerade die Schicht der Intellektuellen hat das gesamte Spektrum der Charaktere, Einstellungen und Haltungen der Zeitgenossen dieser Konterrevolution sehr sichtbar werden lassen. Vom offenen Verrat bis zu naiven Träumereien haben wir alles erfahren. Eindrucksvoll durften wir uns davon überzeugen, wie wenig der Intellekt selbst bei gesellschaftlich tätigen Menschen mit dem politischen Bewußtsein im Zusammenhang stehen muß. Dem, was Norbert Paulig dazu kritisch zu bemerken hat, stimme ich zu. Dieses Empfinden, daß sich so viele plötzlich „neben die Dinge“ stellten, hat mich häufig erfaßt. Hier erhebt sich die Frage nach dem subjektiven Faktor. Haben wir diese Seite nicht sehr vernachlässigt bzw. gegenüber der objektiven zu gering geschätzt? (...)

**Roland Winkler, Remseck-Aldingen**

Vielen Dank für die pünktliche Zustellung der immer wieder Kraft spendenden Zeitschrift „RotFuchs“. Es ist mir ein inneres Bedürfnis, mit viel Aufmerksamkeit die von Euch veröffentlichten Artikel zu lesen. Leider läßt es meine Gesundheit nicht mehr zu, alles voll zu verarbeiten und noch aktiv mitzuwirken. Doch mein Freundeskreis erhält monatlich von mir ausgewählte „RotFuchs“-Artikel in Form von Kopien. Anbei eine Spende. Ich werde Euch auch in Zukunft unterstützen und zum Erhalt des RF beitragen.

**Heinz Winter, Storkow**

Das neue Heft kam genau zu meinem 50. Geburtstag an, und obwohl viele andere Geschenke da waren und viele auswärtige Freunde zum Feiern, mußte ich mich doch inmitten des Trubels erst einmal hinsetzen und den „RotFuchs“ lesen. Erfreulich ist, daß Ihr die „junge Welt“ gelobt habt, in der ich auch von Zeit zu Zeit Artikel schreibe. Zuletzt über Bin Laden und das Interview des Andreas von Bülow. (...)

Ich hoffe in Zukunft auf gelegentliche Zusammenarbeit.  
Herzliche Grüße

**Dr. Seltsam, Entertainer und Kommunist,  
Berlin-Kreuzberg**

Unser Dank und unsere Hochachtung gelten allen am „RotFuchs“ Beteiligten, verbunden mit den besten Wünschen für weitere erfolgreiche Arbeit. Eine uns mögliche bescheidene Spende wurde heute auf den Weg gebracht.

In solidarischer Verbundenheit

**Werner Walde, Kurt Winter und weitere  
Cottbuser Freunde des „RotFuchs“**

Auch in Leipzig war der international bekannte marxistische Gelehrte Prof. Harpal Brar aus London zu Gast. Auf Einladung der DKP-Gruppe hatten sich am 13. 3. 2002 etwa 55 Zuhörer, darunter etliche Mitglieder des „RotFuchs“-Fördervereins, eingefunden. Sie brachten dem Vortragenden und seinen Ausführungen gespannte Aufmerksamkeit entgegen. Die Teilnehmer hatten nicht den Eindruck, an einer der sonst üblichen Buchpräsentationen teilzunehmen, sprach hier doch ein hochintellektueller Kommunist und Wissenschaftler, der mit aller Kraft und Akribie für ein menschenwürdiges Dasein wirkt. (...)

Genosse Brar bewies die uneingeschränkte Gültigkeit der von Lenin herausgearbeiteten Wesensmerkmale des Imperialismus und machte zugleich auf revisionistische Verschleierungsversuche durch Wortspielereien mit Begriffen wie Globalisierung, Neoliberalismus, Ultraimperialismus, kollektiver Imperialismus u. a. aufmerksam. Er stellte den ideologischen Zusammenhang zu Kautsky her. (Mit einer gewissen Spannung darf das Buch von Leo Mayer und Fred Schmid „Die Macht der Multis“ in Kürze erwartet werden, tendieren doch die Autoren nach meinen Erfahrungen in diese Richtung.)

Gen. Brars Buch „Imperialismus im 21. Jahrhundert ...“, seine Analysen und die von ihm aufbereiteten Fakten wird man nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern auch als nötiges Werkzeug in der ideologischen und alltagspolitischen Auseinandersetzung gebrauchen müssen.

P. S.: Bei dieser Gelegenheit kam mir Harpal Brars neuestes Buch „Perestroika – der vollständige Zusammenbruch des Revisionismus“ als Vorabdruck in die Hände. Liebe „RotFüchse“, lesen! Solche Bücher gibt es z. Z. nur wenige in der politischen Literatur.

**Kurt Walther, Leipzig**

(...) Es muß und wird uns gelingen, die marxistisch-leninistisch denkenden und handelnden Genossinnen und Genossen zu vereinigen. Ich meine, der „RotFuchs“ ist dabei sehr wertvoll. (...)

**Horst Jäkel, Potsdam**

Die „Besorgnisse“ um das Schicksal der VR China, die heute manche Zeitgenossen haben, kommen etwas spät. Sie sollten damals entstanden sein, als Chruschtschow (nicht Stalin!) und Kumpare dem Land fast die Lebensadern abgeschnitten haben. Sie ließen China damals allein im Regen stehen. (...)

Weshalb berichten denn die kapitalistischen Medien so spärlich, wenn überhaupt, über die VR China? Selbst wenn sie etwas Wahres verbreiten, ist es so im Lügengespinnst eingelagert, daß es dem Lügenbild über China insgesamt nichts anhaben kann. (...)

Wer China heute nach den kapitalistischen Medien zu beurteilen trachtet oder gar nach einigen Urlaubstagen dort, könnte genauso gut mit einer Stange im Nebel stochern. Ehrlich, ich traue mir keine einigermaßen exakte Einschätzung des jetzigen China zu. Doch deshalb jammere ich noch lange nicht. Es ziemt sich für Kommunisten natürlich auch, am allerwenigsten euphorisch zu sein. Solange die kapitalistische Medienmafia die Wahrheit über China vorenthält oder fälscht, muß ich mir aus irgendwelchen Brosamen der Wirklichkeit ein Bild über dieses größte Volk der Erde machen, das zum Sozialismus strebt. (...) Welche Widersprüche und Gefahren dabei auftreten, kann ich nur ahnen. (...)

**Anton Heinrich, Bad Langensalza**

Mit ihrem Leserbrief im RF vom März 2002 hat Elfriede Matthias auf ein für Kommunisten in der heutigen Welt sehr brennendes Problem hingewiesen. Mit Recht macht sie auf große Lücken in der Medieninformation über China aufmerksam. Gerade weil die Marxisten mit der Entwicklung des sozialistischen

China so große Hoffnungen verbinden, führen der Mangel an Informationen sowie Falschinformationen zu einseitigen Beurteilungen und zu Befürchtungen.

Zu den im Leserbrief aufgeworfenen Fragen hier nur wenige Bemerkungen in Stichworten: China ist dem ausländischen Kapital nicht schutzlos ausgeliefert. Über dessen Investitionen entscheidet die chinesische Regierung und nicht das Ausland. Grundsatz dabei ist der Nutzen für den sozialistischen Aufbau. Die KP Chinas steht auf der Position, daß eine Abschottung von der Weltwirtschaft nicht möglich ist und schädlich wäre. Größe des Landes und Stärke seiner Wirtschaft lassen es auch zu, sich dieser Auseinandersetzung zu stellen. Die Zahl von 100 Millionen Arbeitslosen und die Behauptung, es gäbe keine staatliche Unterstützung für sie, sind einfach falsch. 2001 betrug die Arbeitslosenrate in den Städten und Gemeinden 3,6 %, das sind etwas über 6 Millionen. Sie erhalten Arbeitslosengeld bzw. staatliche Hilfe. In der Landwirtschaft gibt es aber eine große Zahl unterbeschäftigter Arbeitskräfte, die sich zum Teil als Wanderarbeiter verdingen.

Die Reformen in China wurden von der Partei eingeleitet und werden von ihr durchgesetzt; sie dienen nicht der Beseitigung des Sozialismus, sondern seiner erfolgreichen Entwicklung unter den neuen inneren und internationalen Bedingungen. Sie sind also keine negativen Prozesse, sondern haben zu den beachtlichen Fortschritten des Landes in den letzten 20 Jahren geführt. Es gibt aber auch negative Begleiterscheinungen, denen die KP Chinas entgegensteuert. Im Prozeß der Reformen wird privatem Eigentum Entwicklungsspielraum gewährt, aber keine „Privatisierung“ oder „Transformation“ betrieben. Das sozialistische Eigentum, bestehend aus Staatseigentum und genossenschaftlichem Eigentum, ist der bestimmende Teil der Wirtschaft (ca. 65 %). Deren Schlüsselbereiche, der Grund und Boden, das Finanzwesen usw. sind und bleiben in staatlicher Hand. Die KP China hat ihre Entschlossenheit bekräftigt, das Land auf dem sozialistischen Weg zum Erfolg zu führen. Nach der Niederlage des Sozialismus in der UdSSR und in Osteuropa soll so gemeinsam mit den anderen weiter bestehenden sozialistischen Ländern der Menschheit gezeigt werden, daß der Sozialismus der einzig gangbare Weg und daß er dem Kapitalismus überlegen ist. Dies bleibt ein harter Kampf, auch gegen die imperialistischen Versuche, den Sozialismus in China zu liquidieren, machtpolitischen Druck auf die Volksrepublik auszuüben.

**Botschafter a. D. Rolf Berthold, Berlin**

Norbert Paulig gebraucht in seinem Artikel „Schwierigkeiten mit der Wahrheit“ in der März-Ausgabe – Manfred Wekwerth zitierend – den Ausdruck „die Funktionäre“. Hierzu muß man wissen, daß gerade mit dieser Bezeichnung „die Funktionäre der SED“ in den jesuitisch geführten Zeitungen des Westens haßtriefende Artikel produziert wurden, die diese „Kategorie“ von SED-Anhängern in eine Rote von erbarmungslosen Sadisten verwandelte, die von Luxuswohnungen aus das „wehrlose“ Volk der DDR mißhandelten. Ob sich M. W. als einstiges ZK-Mitglied heute der Bedeutung dieses Ausdrucks bewußt ist, dürfte eine ganz andere Frage sein.

Wir Kommunisten und Sozialisten dieser Tage sind nur ermahnt, aufgrund solcher Erfahrungen bedeutend vorsichtiger in der Auswahl der Kader zu sein und sie viel längerer und härteren Prüfungen zu unterziehen. (...)

**Wolfgang Wallenwein, Düsseldorf**

Muß sich eine proletarische Partei einen Philosophen halten, wenn unverzichtbare Unversöhnlichkeit aus Gründen beschlossener Anpassung aufgegeben werden soll? Das war bereits vor 1990 ein Leiden. Damals hat die Philosophie bei der Aufgabe grundlegender Positionen ganze Arbeit geleistet. Das Thema scheint mir Horst Mette, Ebersberg, sehr gut herausgearbeitet zu haben. In bewundernswerter Gelassenheit und mit Überblick, wie sie mir damals – zu Zeiten vorherrschender Gorbimanie – nicht zu Gebote standen. Die Abwendung „drüben“ mußte ja zeitweise auch irritieren. Da lernte ich MSZ – eine seriöse marxistische Zeitung der Gruppe von Karl Held als Leserin kennen. (...) Heute trägt die Publikation den Namen „Gegenstandspunkt“. Später wurde, ebenfalls in Bayern, Kurt Gossweilers Artikelsammlung „Wider den Revisionismus“ verlegt und der Horizont für so ein West-Ungeschick wie

mich wieder klarer. Erst viel später bekam ich vom Verfasser den Hinweis auf „RotFuchs“ und „offensiv“. Dafür bin ich unendlich dankbar. Es war und ist auch zu erkennen, daß es nicht wenigen im „ver-einten“ Deutschland so erging. Ich habe seither unendlich viel gelernt, was mir trotz Emil Carlebach, E. Vesper und einigen Jahren „Weltbühne“-Bezug aus Berlin-Ost noch verschlossen war. (...) Die Wurzeln des Revisionismus liegen jetzt mehr und mehr offen zutage. (...)

Ich muß allen Autoren des „RotFuchs“ danken und sehe wie andere Leserbriefschreiber auch „wieder Land“: Eine mir passende politische Heimat. (...)

**Ursula Siegmayer, Pforzheim**

Vielen, vielen Dank für die mir zugesandten zwei Ausgaben des „RotFuchs“. Positionen vieler unserer Genossinnen und Genossen – auch meine eigenen – finden sich darin wieder. Gehen wir daran, etwas Gemeinsames daraus zu machen, das dringend notwendig ist. **Hans-Georg Vogl, Zwickau**

Ich bedanke mich herzlich für die schon seit längerer Zeit erfolgende Übersendung der Ausgaben des „RotFuchs“. Eine kleine Spende habe ich inzwischen an Euch überwiesen. Zwei weitere Freunde haben sich mit mir zu einer Art Lesergemeinschaft zusammengefunden, die Exemplare gehen rundum.

Etlliche Gedankengänge in den Beiträgen der Zeitung finden meine Zustimmung, manche aber auch nicht. Es wäre nach meiner Auffassung notwendig, den ersten Sozialismusversuch in der Geschichte der Menschheit in bezug auf Anspruch und Wirklichkeit kritischer zu beurteilen und die Ursachen unserer Niederlage gründlicher und realistischer einzuschätzen. **Heinz Düttbrenner, Rostock**

Sehr oft taucht heutzutage der Begriff „politische Klasse“ bei uns auf, womit sich auch der „RotFuchs“ vom Februar des Jahres (Artikel von Dr. Friedrich Wolff) auseinandersetzt. Der Begriff ist offensichtlich falsch. Nach der wissenschaftlichen Grundlage des Marxismus-Leninismus gibt es doch zwei Hauptklassen: Proletariat und Bourgeoisie. Will man nun daraus eine „vermischte“ Klasse machen, die gar nicht existiert und die es auch nicht geben kann?

Die PDS hat ja auch den Klassenbegriff (und mit ihm den Klassenkampf) „abgeschafft“. Aber gerade auf den Klassenstandpunkt kommt es heutzutage besonders an. Denn die Zerschlagung des europäischen Sozialismus als zeitweiliger Triumph der reaktionärsten Kräfte des Imperialismus – siehe Prof. Tiedke – ist auch daraus zu erklären, daß etliche seiner Führer den Klassenstandpunkt aufgegeben haben (nicht nur Gorbatschow). Dafür bezahlte und bezahlt die Menschheit sehr teuer.

Es wird viel von „Demokratie“ geredet und geschrieben – aber welche ist eigentlich gemeint? Bürgerliche oder sozialistische Demokratie? Die Demokratie der Besitzer der Produktionsmittel oder die Demokratie für die Arbeiterklasse? Selbst am Namen „Partei des Demokratischen Sozialismus“ ist nicht erkennbar, um welche Demokratie es eigentlich geht. Der „demokratische Sozialismus“ kann eine Anpassung an die bürgerliche Demokratie bedeuten, falls das Endziel im Programm verwässert wird. Die Feinde der Arbeiterklasse sehen es gerne, wenn die Volksmassen den Doppelcharakter des Begriffs Demokratie nicht erkennen.

**Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf**

Bemerkung der Redaktion

Viele Leserbriefe greifen große Themen auf und stellen in sich geschlossene Abhandlungen dar. Das ist sehr zu begrüßen, zumal die Korrespondenz ein eigenständiges Genre der Zeitung verkörpert. Wir bitten die Verfasser aber, eine bestimmte Länge (bis zu etwa 25 Zeilen) nicht zu überschreiten und nicht als Zuschriften „getamte“ Artikel für diese Rubrik einzusenden, weil wir uns nicht nur zu Kürzungen gezwungen sehen, sondern auch daran gehindert werden, die Leserbriefe anderer Genossinnen und Genossen ebenfalls zu berücksichtigen. Autoren, die ein selbständiges Thema behandeln wollen, sollten das der Redaktion signalisieren.



# Frauen & Klasse

Die bekannte Wiener Publizistin **Lisl Rizy** hat eine beeindruckende österreichische Fassung einer hervorragenden Broschüre der KP Britanniens (Women and Class) aus dem Jahre 1999 als Sondernummer der kommunistischen Zeitschrift „nVs – Neue Volksstimme“ herausgebracht. Die reich illustrierte Schrift zur Frauenfrage in Großbritannien, in der auf bewegende Weise auch vom antifaschistischen Widerstandskampf österreichischer Frauen berichtet wird, kann bei der Redaktion (**Lisl Rizy**; A-1101 Wien, Postfach 14) bestellt werden. Um eine Spende an die „nVs“ wird gebeten.

## Chirurg am linken Ufer der Panke

Die Regionalgruppe Berlin des „RotFuchs“-Fördervereins lädt für Donnerstag, den **30. Mai 2002**, um **16.30 Uhr** in den **Klub der Volkssolidarität, Torstraße 203–205** (früher Wilhelm-Pieck-Straße) zu einer Begegnung mit dem namhaften Mediziner **Prof. Dr. sc. med. Kurt Franke** – dem langjährigen Chefarzt der Chirurgischen Klinik und der Abteilung Sporttraumatologie im Städtischen Krankenhaus Berlin-Pankow – herzlich ein. Genosse Prof. Franke liest aus seinen Erinnerungen, die gerade im Verlag Das Neue Berlin erschienen sind, und stellt sich dem Gespräch.

Herzlich gratuliert der „RotFuchs“-Förderverein der Genossin **Jutta Lübchow aus Teterow** die am 21. Mai 2002 ihren **70.** Geburtstag begeht, und dem Genossen **Helmut Burr aus Neubrandenburg** der am selben Tag **65** Jahre alt wird.  
\* Alles Gute! \*

Elf Generäle und 9 Oberste des MfS stellen am Montag, dem 22. April 2002, um 18.00 Uhr ihr zweibändiges Sachbuch „Die Sicherheit“ erstmalig öffentlich vor.  
Veranstalter: „RotFuchs“-Förderverein, Regionalgruppe Berlin  
Ort: Altes ND-Gebäude, Franz-Mehring-Platz, Blauer Salon

### I M P R E S S U M

Gegründet im Februar 1998 als Zeitung der Gruppe Berlin-Nordost der Deutschen Kommunistischen Partei

Herausgeber:

RotFuchs-Förderverein e. V.

**Chefredakteur:** Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)  
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,  
Tel. 030/5613404, Fax 030/56493965  
(Redaktionsadresse, an die bitte auch alle Post zu richten ist)

**Layout:** Egon Schansker

**Herstellung:** Druckerei Bunter Hund

Internet: [www.rotfuchs.net](http://www.rotfuchs.net)  
E-Mail-Adresse: [rotfuchs.berlin@t-online.de](mailto:rotfuchs.berlin@t-online.de)

**Redaktionsluß ist der 5. eines Monats**

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

#### Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki  
Rolf Berthold  
Isolda Bohler (Valencia)  
Dr. Vera Butler (Melbourne)  
Wolfgang Clausner  
Dr. sc. Gerhard Feldbauer  
Walter Florath  
Peter Franz  
Dr. sc. Kurt Gossweiler  
Dr. Ernst Heinz  
Werner Hoppe

Konto für Spenden und Beiträge: W. Metzger / RotFuchs  
Berliner Sparkasse (BLZ 10050000), Konto-Nr. 220160759

Prof. Dr. Ulrich Huar  
Dieter Itzerott  
Gerda Klabuhn  
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)  
Wolfgang Metzger  
Dr. Annemarie Mühlefeld  
Frank Mühlefeldt  
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)  
Dr. Norbert Pauligk  
Rainer Rupp  
Dr. Hartwig Strohschein  
Fritz Teppich  
Herbert Thomas

Dr. Ing. Peter Tichauer  
Stefan Warynski, (Warschau)

#### Künstlerische Mitarbeit:

Arno Fleischer  
Heinz Herresbach  
SHAHAR

#### Versand und Vertrieb:

Armin Neumann  
Salvador-Allende-Straße 35  
12559 Berlin  
Telefon 030/6545634  
[arminneumann@web.de](mailto:arminneumann@web.de)  
Marianne Ahrens  
Sonja Brendel, Bruni Büdler  
Monika Kauf, Bernd Koletzki